

BRÜSSEL AKTUELL

1/2024

15. Dezember 2023 bis 19. Januar 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Digitalisierung: Datengesetz in Kraft getreten

Die Verordnung über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (kurz: [Datengesetz](#)) trat am 11. Januar 2024 in Kraft (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2023). Die Verordnung soll Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung harmonisieren und als Regelwerk für den Zugriff und die Nutzung aller in der EU erzeugten Daten dienen. Von besonderer kommunaler Relevanz sind die Regelungen im Kontext des „business to government“-Datenstroms (Kapitel V, zuletzt Brüssel Aktuell 4/2022)...

Stabilitäts- und Wachstumspakt: Rat einigt sich auf Positionierung zur Reform

Am 20. Dezember 2023 verständigten sich der Rat der EU auf eine Positionierung zur geplanten [Reform](#) (englischsprachig) des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (zuletzt Brüssel Aktuell 9/2023). Das Hauptziel der Reform besteht darin, gesunde und tragfähige öffentliche Finanzen zu gewährleisten sowie inklusives Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mitgliedstaaten zu fördern. Schuldenstände und Defizite sollen schrittweise und auf realistische, nachhaltige und wachstumsfreundliche Art gesenkt werden...

Nachhaltigkeitsberichterstattung: Parlament und Rat verschieben Frist

Der Rat der EU und das EU-Parlament haben den [Vorschlag](#) der EU-Kommission vom 17. Oktober 2023 angenommen, wonach die Frist für die Verabschiedung delegierter Rechtsakte für die sektorspezifischen Europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (European Sustainability Reporting Standards, ESRS; zuletzt Brüssel Aktuell 15/2023) durch die EU-Kommission auf den 30. Juni 2026 verlegt werden soll...

Umwelt, Energie und Verkehr

Waldstrategie I: EU-Kommission schlägt Gesetz zur Waldüberwachung vor

Bereits am 22. November 2023 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Vorschlag](#) zur Einführung einer Waldüberwachungsverordnung. Ziel der Verordnung soll nach Darstellung der Kommission das Schließen von Informationslücken bzgl. der Wälder in der EU und die Schaffung einer gemeinsamen Wissensbasis sein, um den Mitgliedstaaten und Waldbesitzenden zu helfen, die Widerstandsfähigkeit der Wälder in Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise zu stärken. Dabei betont die Kommission auch die wirtschaftliche Bedeutung der Wälder – so hängen ca. 4,5 Mio. Arbeitsplätze direkt oder indirekt in der EU von den Wäldern ab...

Waldstrategie II: Neuer Waldbrandbericht 2022 veröffentlicht

Bereits am 22. November 2023 veröffentlichte die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission einen neuen [Waldbrandbericht](#) für das Jahr 2022 für Europa, den Nahen Osten und Nordafrika (englischsprachig). Seit 2000 werden im Rahmen des Europäischen Waldbrandinformationssystems ([EFFIS](#)) Auswirkungen von Waldbränden registriert. 2022 wurden rund 900.000 ha an Waldfläche in der EU durch Brände vernichtet, was dem zweithöchsten Wert nach 2017 (mit 1,3 Mio. ha) seit Beginn des Berichtszeitraums entspricht...

Wolf: Kommission will Schutzstatus auf „geschützt“ ändern

Am 20. Dezember 2023 hat die EU-Kommission einen [Vorschlag](#) (englischsprachig) vorgelegt, mit dem der Schutzstatus des Wolfs (zuletzt Brüssel Aktuell 14/2023) im Rahmen des Berner Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume von „streng geschützt“ auf „geschützt“ geändert werden soll...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration I: Vorläufige Einigung zum Asyl- und Migrationspaket der EU

Am 20. Dezember 2023 einigten sich in Trilogverhandlungen Rat und EU-Parlament zusammen mit der EU-Kommission auf mehrere [Verhandlungsergebnisse](#) im Bereich Asyl und Migration. Damit könnte eine formale Verabschiedung des „Asyl- und Migrationspakets“ vor den Europawahlen 2024 noch gelingen...

Migration II: Parlament fordert Frontex zur Einhaltung von Grundrechten auf

Am 14. Dezember 2023 stellte sich im EU-Parlament eine Mehrheit von 366 Abgeordneten (bei 154 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen) hinter eine [Resolution](#), die eine stärkere Einhaltung von Grundrechten, darunter die Europäische Menschenrechtskonvention und Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen, durch die Grenz- und Küstenschutzagentur der EU, Frontex, einfordert...

Migration III: Kommission schlägt Gesetze gegen Schleuserkriminalität vor

Bereits am 28. November 2023 stellte die EU-Kommission zwei Gesetzesentwürfe vor, die zur Prävention und Bekämpfung der Schleuserkriminalität in der EU beitragen sollen. Erstens soll eine [Richtlinie](#) (englischsprachig) zur Verhinderung und Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt in der EU fünf konkrete Ziele verfolgen:...

Gesundheit: Berichte zum Gesundheitszustand und zur Gesundheitsvorsorge 2023

Am 15. Dezember 2023 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ([OECD](#)) und dem European [Observatory](#) on Health Systems and Policies, die länderspezifischen [Gesundheitsprofile 2023](#) sowie einen ergänzenden [Synthesebericht](#) in englischer Sprache (Brüssel Aktuell 1/2022). Die aller zwei Jahre erscheinenden Berichte sind Teil des Zyklus „Gesundheitszustand in der EU“ und sollen Informationen, Fachwissen sowie bewährte Verfahren zugänglich machen...

Psychische Gesundheit: Schlussfolgerungen des Rates

Am 30. November 2023 veröffentlichte der Rat seine [Schlussfolgerungen](#) zu psychischer Gesundheit. Gerade vor dem Hintergrund der sich überlagernden weltweiten Krisen war im Jahr 2023 fast die Hälfte der europäischen Bevölkerung von emotionalen oder psychosozialen Problemen betroffen. Insbesondere für Kinder und junge Menschen hat sich die Situation verschlechtert. In den Schlussfolgerungen betont der Rat die Wichtigkeit der Förderung psychischer Gesundheit in allen Kontexten im Laufe des Lebens...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Grenzüberschreitende Beziehungen: Kommission schlägt Verhandlungsmandat vor

Am 20. Dezember 2023 hat die EU-Kommission eine [Empfehlung](#) (englischsprachig) für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung von Verhandlungen mit der Schweiz sowie einen Vorschlag für ein Verhandlungsmandat mit der Schweiz angenommen. Der Vorschlag der Kommission basiert auf der Vereinbarung, die nach 18-monatigen Sondierungsgesprächen mit Vertretern des Schweizer Bundesrates vorgelegt werden konnte...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Grüne Hauptstadt Europas 2026: Bewerbung bis Ende April möglich

Bis zum **30. April 2024** können sich Städte als „European Green Capital“ sowie für den „European Green Leaf Award 2026“ [bewerben](#). Die Auswahl erfolgt aufgrund einer Bewertung von sieben Umweltindikatoren: Luftqualität, Wasserqualität, Biodiversität und nachhaltige Landnutzung, Kreislaufwirtschaft, Lärmschutz, Klimawandelmilderung sowie Klimawandelanpassung...

In eigener Sache

Das Brüssel Aktuell-Jahresverzeichnis 2023

Die **fettgedruckten** Zahlen verweisen auf die jeweilige Ausgabe von Brüssel Aktuell, der normale Text auf die Rubrik und der kursive Text auf den Titel des Beitrags.

BRÜSSEL AKTUELL

2/2024

19. Januar bis 2. Februar 2024

Umwelt, Energie und Verkehr

Grüner Deal I: Einigung zur Wiederherstellung der Natur

Vertreter:innen der Mitgliedstaaten im Rat, des EU-Parlaments und der EU-Kommission haben sich am 22. November 2023 auf eine [Einigung](#) bei der Wiederherstellung der Natur verständigt (englischsprachig). Dabei sind deutliche Unterschiede zum ursprünglichen [Vorschlag](#) der Kommission zu erkennen. Grundsätzlich sollen bis 2030 mindestens 20 % der Land- und Meeresflächen der EU wiederhergestellt werden. Besonders gefährdete Ökosysteme, wie Feuchtgebiete und Wälder, haben spezifische Wiederherstellungsziele von mindestens 30 % bis 2040, 60 % bis 2040 und 90 % bis 2050. Die formelle Annahme der beiden Gesetzgeber steht noch aus. Die Verordnung ist nach Inkrafttreten unionsweit gültig und direkt anzuwenden...

Abfallwirtschaft: Ratsposition zur Reduzierung von Verpackungsmüll

Der Rat der EU hat am 18. Dezember 2023 sein [Verhandlungsmandat](#) für eine [Verordnung](#) über Verpackungen und Verpackungsabfälle angenommen (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2023). Diese soll zu einer Reduzierung des in der EU erzeugten Verpackungsmülls beitragen. Der Standpunkt des Rats der EU sieht vor, dass zwar, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, alle in Verkehr gebrachten Verpackungen recyclingfähig sein sollen, jedoch würden Verpackungen weitergehend als recyclingfähig gelten, wenn sie recyclingorientiert gestaltet sind und wenn die Abfallverpackungen getrennt gesammelt, sortiert und in großem Maßstab recycelt werden könnten (Art. 6 Abs. 2 Buchst. a und b)...

Wasser: Trilogieeinigung zur Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie

Am 29. Januar 2024 [erzielten](#) die Verhandlungsführer des EU-Parlaments und des Rates eine vorläufige Einigung über den [Vorschlag](#) zur Überarbeitung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (konsolidierter Text liegt noch nicht vor). Diese Einigung enthält die Einführung der vierten Reinigungsstufe für Spurenstoffe bis 2045 (inklusive Zwischenziele für die Jahre 2033 und 2039) in größeren Anlagen ab einem Einwohnerwert (EW) von 150 000 und mehr sowie Anlagen über 10.000 EW, die bestimmte risikobasierte Kriterien erfüllen. Damit erfolgte eine Anhebung der Schwellenwerte und Verlängerung der ursprünglich angedachten Fristen (2030 und 2035)...

Energiewende: EU-Parlament fordert europäische Strategie für geothermische Energie

Am 18. Januar 2024 hat das EU-Parlament eine [EntschlieÙung](#) angenommen, die eine europäische Strategie zur Beschleunigung des Einsatzes geothermischer Energie fordert. Dabei wird das Potenzial von geothermischer Energie hervorgehoben und gefordert, dieser eine wichtigere Rolle in der europäischen Energiewende zukünftig einzuräumen...

Agrar- und Lebensmittelsektor: Strategischer Dialog gestartet

Am 25. Januar 2024 eröffnete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel offiziell den Strategischen Dialog über die Zukunft der Landwirtschaft. In ihrer [Grundsatzrede](#) lobte von der Leyen den zentralen Beitrag der Landwirt:innen und der Lebensmittelindustrie für die Versorgung der Bürger:innen der EU mit Lebensmitteln und betonte gleichzeitig eine Vielzahl von Herausforderungen wie z. B. den Klimawandel, die Inflation und volatile Marktauswirkungen...

Europawahlen: Europäische Städte formulieren ihre Erwartung

Am 24. Januar 2024 unterzeichneten anlässlich der anstehenden Neuwahlen des EU-Parlaments und der Bildung eines neuen Kollegiums der EU-Kommission rund 40 europäische Bürgermeister:innen eine gemeinsame [Erklärung](#) (englischsprachig). In der Erklärung fordern die Vertreter:innen und Bürgermeister:innen der Metropolregionen und Städte alle europäischen Institutionen dazu auf, im politischen Mandat 2024-2029 eine ehrgeizige und wirksame europäische Städtepolitik zu verfolgen. Das Dokument fordert vor allem eine stärkere Einbeziehung der Stadtgebiete in alle relevanten europäischen Politikbereiche und schildert die obersten politischen Prioritäten aus Sicht der Städte wie z. B. die Förderung des Rechts auf bezahlbaren Wohnraum, Bekämpfung sozialer Ungleichheiten sowie Klimawandel und Mobilität...

Grüner Deal II: Konsultation zur Einbindung der Kommunen

Bis zum **23. Februar 2024** können sich insb. Kommunen an einer [Konsultation](#) der EU-Kommission und der Gemeinsamen Forschungsstelle zur Einbindung von Kommunen beim Grünen Deal einbringen. Im Fokus steht dabei die Priorisierung von Politiken und den dazugehörigen Zielen für Kommunen, die Identifizierung von strukturellen Barrieren bei der Umsetzung und möglichen weiteren notwendigen Vorschlägen aus kommunaler Sicht...

Soziales, Bildung und Kultur

Bekämpfung des Menschenhandels: Politische Einigung erzielt

Am 23. Januar 2024 erzielten Rat und EU-Parlament eine vorläufige politische [Einigung](#), um Zwangsheirat, illegale Adoption und Leihmutterchaft als Arten der Ausbeutung in die bestehende Richtlinie ([2011/36/EU](#)) zur Bekämpfung des Menschenhandels aufzunehmen. Diese Einigung steht im Zusammenhang der EU, gegen die organisierte grenzüberschreitende [Kriminalität](#) vorzugehen...

Migration: EuGH urteilt zum Recht auf Familienzusammenführung

In einem [Vorabentscheidungsersuchen](#) hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 30. Januar 2024 geurteilt, dass ein als Flüchtling anerkannter unbegleiteter Minderjähriger das Recht auf Familienzusammenführung mit seinen Eltern und mit seiner schwer erkrankten erwachsenen Schwester besitzt, auch wenn er während des Verfahrens auf Familienzusammenführung volljährig geworden ist. Im vorliegenden Fall aus Österreich beantragten die Eltern eines als Flüchtling anerkannten unbegleiteten Minderjährigen aus Syrien mitsamt der volljährigen, aber schwer kranken Tochter Aufenthaltstitel sowie später eine Familienzusammenführung. Dies lehnten die Behörden nach Befinden des EuGH zu Unrecht ab und legte die zugrunde liegende Richtlinie [2003/86/EG](#) (insb. Art. 10 Abs. 3 lit. a) entsprechend aus...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Rat der EU: Gipfel-Einigung auf weitere Ukraine-Hilfen

Am 01. Februar 2024 ist bei einem [Sondergipfel](#) der EU-Staats- und Regierungschefs eine Einigung zu den Ukraine-Hilfen erzielt worden. So wurde auf der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates entschieden, dass die Ukraine in den kommenden Jahren (2024-2027) von der EU mit finanziellen Mitteln in Höhe von 50 Mrd. € unterstützt wird. Das Finanzpaket für die Ukraine wurde zuvor von Ungarn blockiert...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Energie: Konsultationen zu RED III und EED

Die EU-Kommission eröffnete zwei Konsultationen, die sich beide der EU-Energiepolitik annehmen: Die erste [Konsultation](#) bezieht sich auf die kürzlich verabschiedete Erneuerbare-Energien-Richtlinie (sog. RED III; [2023/2413/EU](#), Brüssel Aktuell 17/2023), nach der die Mitgliedstaaten bis 2026 Pläne für sog. Beschleunigungsgebiete für eine oder mehrere Arten erneuerbarer Energiequellen (z. B. Wind- oder Solarenergie) ausweisen müssen (Art. 15c), in denen die Nutzung der jeweiligen Art der erneuerbaren Energiequelle voraussichtlich keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt haben wird...

Veranstaltungshinweis: Informationstag zum Förderprogramm ELENA

Am **22. Februar 2024** findet in Frankfurt a. M. ein Informationstag zum ELENA-Förderprogramm der Europäischen Investitionsbank (EIB) statt. [ELENA](#) bietet finanzielle Unterstützung für die Entwicklung und Umsetzung von Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Städten und Regionen an. Dabei wird v.a. die Vorbereitung von Investitionsprojekten im Bereich der Energieeffizienz, Nachhaltigem Wohnen sowie Stadtverkehr und Mobilität unterstützt...

Veranstaltungshinweis: Auftaktveranstaltung zum Rural-Toolkit

Am **6. Februar 2024** findet virtuell die Auftaktveranstaltung zum neuen Rural-Toolkit statt (auf Englisch). Das Rural-Toolkit ist der erste umfassende Online-Leitfaden zu EU-Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für ländliche Gebiete in der EU. Während der Auftaktveranstaltung soll es eine Präsentation und eine Live-Demonstration des Tools geben. Außerdem sollen Best-Practices und inspirierende Geschichten vorgestellt werden...

Europäische Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt: Aufruf zu Bewerbungen

Bis zum **15. Februar 2024 (12 Uhr MEZ)** können sich Kommunen in der EU auf den von der EU-Kommission ausgelobten Preis als „Europäische Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt 2024“ [bewerben](#). Der Preis steht allen Kommunen der EU offen, die Vielfalt und Inklusion zugunsten einer gerechteren Gesellschaft in Bezug auf Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion oder Glauben, Behinderung, Alter oder der LGBTIQ-Identität fördern...

In eigener Sache

Positionierung zur Bodenüberwachungsrichtlinie

Der Grundsatz der Subsidiarität ist in den Europäischen Verträgen (Art. 5 (3) EUV) garantiert und eng verbunden mit Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Diese europäischen Grundsätze sehen die Spitzen- und Landesverbände der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen bei der von der EU-Kommission im Juli letzten Jahres vorgeschlagenen [Richtlinie](#) zur Bodenüberwachung und -resilienz als nicht eingehalten und lehnen deshalb das Vorhaben in einem gemeinsamen [Geschäftsführerschreiben](#) grundsätzlich ab...

BRÜSSEL AKTUELL

3/2024

2. bis 16. Februar 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

EU-Haushalt: Politische Einigung über Reform der EU-Haushaltsregeln erzielt

Am 10. Februar 2024 erzielten das EU-Parlament und der Rat der EU eine politische Einigung im Trilog über den neuen [Rahmen](#) für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU. Diese umfasst den haushaltspolitischen Rahmen der EU (den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Anforderungen für die nationalen haushaltspolitischen Rahmen) und das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht. Durch die Reformen der EU-Haushaltsregeln sollen die Schwachstellen des derzeitigen Rahmens angegangen werden (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2023). Die Hauptziele des neuen Rahmens sind unter anderem die Stärkung der Schuldentragfähigkeit der Mitgliedstaaten und die Förderung eines nachhaltigen und integrativen Wachstums der Mitgliedstaaten...

Winterprognose: Verzögertes Wirtschaftswachstum und schneller sinkende Inflation

Am 15. Februar 2024 veröffentlichte die EU-Kommission die [Winterprognose](#) (englischsprachig) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten. Das Wirtschaftswachstum erholte sich 2023 kaum, innerhalb der EU wie auch innerhalb des Euro-Währungsgebiet (Eurozone), weshalb die EU-Wirtschaft schwächer als bisher erwartet in das Jahr 2024 gestartet ist. Die Kommission hat den Wert des realen BIP-Wachstum für das Jahr 2023 auf 0,5 % korrigiert (Herbstprognose: 0,6 %). Aufgrund der sich langsam erholenden Wirtschaftstätigkeit wird im Jahr 2024 entgegen der vorherigen Herbstprognose (1,3 %) nun mit einem Wirtschaftswachstum von 0,9 % in der EU gerechnet (Eurozone: 0,8 %; Deutschland: 0,3 %)...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Ausschuss der Regionen: Europäische Woche der Regionen und Städte

Am 22. Februar 2024 wird das [Kick-Off-Meeting](#) zur 22. Europäischen Woche der Regionen und Städte stattfinden. Hauptthemen der Europäischen Woche, welche vom 7. bis zum 10. Oktober 2024 stattfinden wird, sind unter anderem Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz, die Stärkung der europäischen Demokratie durch die Regionen, intelligentes und nachhaltiges Wachstum für die Regionen sowie die Kategorie „Regionen haben Talent“...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration I: Vertreter der Mitgliedstaaten billigen Asyl- und Migrationspaket

Nach der am 20. Dezember 2023 gelungenen vorläufigen Einigung im Trilog zwischen Rat, EU-Parlament und EU-Kommission auf mehrere Gesetze des Asyl- und Migrationspakets (Brüssel Aktuell 1/2024), billigte am 8. Februar 2024 der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV) die konsolidierten [Texte](#)

(englischsprachig). Dies stellt in der ordentlichen EU-Gesetzgebung eine wichtige Zwischenetappe in Richtung der finalen Verabschiedung des Gesetzespakets dar. Die gebilligten Texte umfassen die Verordnungen zu Asylverfahren, zum Screening, zu Krisensituationen und höhere Gewalt, zum Asyl- und Migrationsmanagement und zu Eurodac...

Migration II: Eurostat-Daten zu Asylentscheidungen in der EU, Ausgabe 2023

Am 31. Januar 2024 veröffentlichte Eurostat in Form einer interaktiven [Veröffentlichung](#), Ausgabe 2023, aufbereitete Daten zu Asyl und Migration in der EU. Demnach beantragten im Jahr 2022 875.000 Menschen in den EU-Ländern internationalen Schutz. Dies entspricht einem Anstieg um 63 % gegenüber 2021 und ist die höchste Zahl seit den Höchstständen in den Jahren 2015 und 2016, die während der Flüchtlingskrise im Zusammenhang mit dem Krieg in Syrien verzeichnet wurden. Folglich gewährten die EU-Mitgliedstaaten insgesamt 384.000 Asylsuchenden Schutz, was einem Zuwachs von 39 % im Vergleich zum Jahr 2021 entspricht...

Gewalt gegen Frauen: Einigung bei Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt

Am 6. Februar 2024 erzielten das EU-Parlament und der Rat eine politische Einigung über einen [Richtlinienvorschlag](#) der EU-Kommission aus dem Jahr 2022 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Brüssel Aktuell 5/2022). Mit der Richtlinie wird physische, psychische, wirtschaftliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen, sowohl offline als auch online, EU-weit unter Strafe gestellt. Zwangsehen, Verstümmelung weiblicher Genitalien und Cybergewalt, wie z. B. der nicht einvernehmliche Austausch von intimen Bildern, Cyberstalking und Cyber-Belästigung, werden als eigenständige Straftaten unter Strafe gestellt. Die von der Kommission vorgeschlagene Strafbarkeit von Vergewaltigungen wurde nicht aufgegriffen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Subsidiarität: AdR berät EU-Agenda für bessere Rechtsetzung

Im Zuge der [Konferenz](#) über die Zukunft Europas (COFE) wurden bis Mai 2022 von Bürgerinnen und Bürgern u. a. Vorschläge zur Verbesserung des Entscheidungsfindungsprozesses in der EU, der Kommunikation über EU-Themen sowie zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit ausgestaltet (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2023). In diesem Zuge schlug die Konferenz vor, die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zu stärken, v. a. durch die Anerkennung der Tatsache, dass aktive Subsidiarität und das Regieren im Mehrebenensystem für das Funktionieren der EU und ihre demokratische Rechenschaftspflicht von grundlegender Bedeutung seien. In den COFE-Vorschlägen wird in Angelegenheiten mit territorialen Auswirkungen auch eine stärkere Rolle des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) angemahnt...

Ausschuss der Regionen: Eric Beißwenger als neues Mitglied ernannt

Am 29. Januar 2024 nahm der Rat der EU den [Beschluss](#) zur Ernennung von Herrn [Eric Beißwenger](#) als Mitglied des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) für die verbliebene Amtszeit bis 25. Januar 2025 an. Der bayerische Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales folgt auf Frau Melanie Huml, seiner Vorgängerin im Amt, die im Nachgang der Landtagswahl 2023 aus dem bayerischen Staatskabinett ausschied...

EU-Kommissionsvertretungen: Neue Leitungen in Berlin, Bonn und München

Die EU-Kommission hat die Leitungsposten ihrer drei Standorte in Deutschland neu besetzt. Für die [Vertretung](#) der EU-Kommission in Berlin wurde Frau Barbara Gessler als neue Leiterin ernannt. Leiter des Regionalbüros in Bonn wird zukünftig Herr Stefan Lock sein. Für die Regionalvertretung der Kommission in München wurde Herr Wolfgang Bücherl ernannt, der die Betreuung von Baden-Württemberg und Bayern übernimmt...

Veranstaltungshinweis I: EU Green Week 2024 zum Thema Wasser-Resilienz

Am 29. und 30. Mai 2024 findet die diesjährige „EU Green [Week](#)“ (englischsprachig) statt, die sich mit den Herausforderungen der Wasser-Resilienz befasst, zu der die EU-Kommission für März 2024 eine Initiative angekündigt hat. Die EU Green Week ist eine jährliche Veranstaltung der Kommission. Sie zielt darauf ab, das

Bewusstsein für die europäische Umweltpolitik zu schärfen und relevante Stakeholder einzubeziehen. Die Konferenz fokussiert sich dieses Jahr auf Themen wie die Förderung einer intelligenten Wasserwirtschaft, den Zugang zu sauberem Wasser, Abwasserentsorgung und internationale Zusammenarbeit im Wasserbereich...

Veranstaltungshinweis II: Europäische Woche für nachhaltige Energie

Die Europäische Woche für nachhaltige Energie ([EUSEW](#), englischsprachig) findet in diesem Jahr vom 11. bis 13. Juni 2024 unter dem Thema „Netto-Null-Energielösungen für ein wettbewerbsfähiges Europa“ statt. Die jährliche EUSEW wird von der EU-Kommission ausgerichtet und umfasst zahlreiche Veranstaltungen zur Förderung erneuerbarer Energien und effizienter Energienutzung in Europa. Darin werden neue politische Entwicklungen, bewährte Verfahren und Ideen für nachhaltige Energie diskutiert...

BRÜSSEL AKTUELL

4/2024

16. Februar bis 1. März 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wettbewerbsfähigkeit: Einigung bei Verordnung zu Netto-Null-Industrie

Der Rat, das EU-Parlament und die EU-Kommission einigten sich am 6. Februar 2024 auf eine politische [Einigung](#) (englischsprachig) für eine Verordnung über einen Rahmen für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung). Der konsolidierte Kompromisstext wurde in der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 16. Februar 2024 gebilligt. Nun muss er formell von Parlament und Rat angenommen werden...

Umwelt, Energie und Verkehr

Biodiversität: Verabschiedung der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur

Das Europäische Parlament hat am 27. Februar 2024 die [Verordnung](#) zur Wiederherstellung der Natur verabschiedet. Die Verordnung hat das Ziel bis 2030 mind. 20 % der Land- und mind. 20 % der Meeresflächen und bis 2050 alle Ökosysteme wiederherzustellen (Art. 1). Vorangegangen war eine politische Einigung im Trilog zwischen dem Parlament, den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission. Die formelle Annahme der Verordnung im Rat steht noch aus. Die Bürogemeinschaft hat sich aktiv in den Gesetzgebungsprozess eingebracht...

TEN-V: Rat und Parlament einigen sich im Trilog

Der Rat und das Europäische Parlament haben am 18. Dezember 2023 eine vorläufige [Einigung](#) (bisher nur in englischer Sprache) über die Überarbeitung der Verordnung für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) erzielt. Die Verordnung legt klare Fristen für den Aufbau des Kernnetzes bis 2030, des erweiterten Kernnetzes bis 2040 und des Gesamtnetzes bis 2050 fest...

Luftqualität: Mitgliedstaaten und Parlament einigen sich im Trilog

Der Rat und das Europäische Parlament haben am 20. Februar 2024 eine politische [Einigung](#) über strengere EU-Luftqualitätsnormen erzielt, um das Ziel einer schadstofffreien Umwelt bis 2050 zu erreichen. Die neuen Normen setzen Grenz- und Zielwerte für verschiedene Luftschadstoffe fest, darunter Feinstaub und Stickstoffdioxid, die bis 2030 verschärft werden sollen. Mitgliedstaaten können unter bestimmten Bedingungen Fristverlängerungen beantragen, müssen jedoch ihre Luftqualitätspläne aktualisieren und über deren Umsetzung berichten...

Führerschein: Parlament verabschiedet Position zur Überarbeitung

Das Europäische Parlament hat am 28. Februar 2024 die europäischen Führerscheinregeln [überarbeitet](#), u. a. mit der Einführung digitaler Führerscheine, die Bewertung der Fahrtauglichkeit und eine bessere Sensibilisierung für Fußgänger. Die Abgeordneten betonen die Notwendigkeit, Autofahrer besser auf reale Fahrsituationen vorzubereiten, insbesondere in Bezug auf schutzbedürftige Verkehrsteilnehmer. Die Führerscheinprüfungen sollen daher Aspekte wie das Fahren bei verschiedenen Wetterbedingungen und die sichere Nutzung von Technologien im Auto abdecken...

Grüner Deal: Kommission zieht Pestizidreduktions-Vorschlag zur Überarbeitung zurück

Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, hat am 6. Februar 2024 die [Rücknahme](#) des Vorschlages zur Reduktion von Pestiziden (SUR) im EU-Parlament bekannt gegeben. SUR war Teil der EU-Farm-to-Fork-Strategie, die darauf abzielt, Lebensmittelsysteme umweltfreundlicher zu gestalten. Allerdings wurde die SUR im November letzten Jahres vom Parlament abgelehnt...

GreenData4All: Konsultation veröffentlicht

Die EU-Kommission hat eine Konsultation zur Initiative [GreenData4All](#) veröffentlicht. Diese bezieht sich auf die Aktualisierung der EU-Vorschriften über umweltbezogene Geodaten und den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen. Der Richtlinienentwurf hat zum Ziel, den ökologischen und digitalen Wandel in Europa voranzutreiben...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Zukunft der Kohäsionspolitik: Schlussfolgerungen der High-Level-Group

Die High-Level Group veröffentlichte am 20. Februar 2024 ihre [Schlussfolgerungen](#) (englischsprachig) zur Zukunft der Kohäsionspolitik. Die Gruppe der hochrangigen Expert:innen stellte dabei insbesondere die Bedeutung der Kohäsionspolitik für den Zusammenhalt der EU dar und dass es eine Politik für alle Regionen sei. Die nach zehn Arbeitstreffen erarbeiteten Schlussfolgerungen und Empfehlungen sollen dabei in den Reflexionsbericht der EU-Kommission zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 einfließen...

EU-Förderpolitik: Interaktiver Leitfaden für den ländlichen Raum

Die EU-Kommission hat einen interaktiven [Leitfaden](#) veröffentlicht, der alle verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten für ländliche Gebiete auf europäischer Ebene umfasst. Zahlreiche Fonds und Programme fördern nachhaltiges Wachstum in diesen Regionen. Das Instrumentarium bietet Zugang zu insgesamt 26 EU-Finanzierungsmöglichkeiten, darunter bspw. Horizont Europa, CERV, oder das Umweltprogramm LIFE...

EU-Regionalpolitik: Schulungsangebote für Good Governance

Die Generaldirektion für Regionalentwicklung und Stadtentwicklung der EU-Kommission (DG REGIO) führt eine [Veranstaltungsreihe](#) zum Thema "Good Governance für die EU-Regionalpolitik" durch. Wie in den vergangenen Jahren geht es dabei darum, die neuesten Entwicklungen beim Aufbau von Verwaltungskapazitäten zu entdecken und mit Programmbehörden, Interessenvertreter:innen, internationalen Organisationen und Kommissionsdienststellen zu diskutieren...

Ausschuss der Regionen: Europäische Woche der Regionen und Städte

Am 22. Februar 2024 fand das Kick-Off-Meeting zur 22. [Europäischen Woche](#) der Regionen und Städte statt. Die Europäische Woche findet vom 07. bis zum 10. Oktober 2024 unter dem Motto „Stärkung der Gemeinschaften“ statt. Hauptthemen der Europäischen Woche werden unter anderem Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz, die Stärkung der europäischen Demokratie durch die Regionen, intelligentes und nachhaltiges Wachstum für die Regionen sowie die Kategorie „Regionen haben Talent“ sein...

Asyl: EuGH urteilt zum Recht auf materielle Prüfung bei neuem Umstand

Laut einem Urteil ([C-216/22](#)) des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in einem Vorabentscheidungsverfahren (eingereicht vom Verwaltungsgericht Sigmaringen) vom 8. Februar 2024 kann ein Urteil des Gerichtshofs als ein Umstand angesehen werden kann, der eine erneute materielle Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz rechtfertigt. Bezugnehmend auf die Richtlinie ([2013/32/EU](#)) über die Zuerkennung von internationalem Schutz gilt dies unabhängig vom Verkündungsdatum des EuGH-Urteils, auch wenn es sich lediglich um die Auslegung des Unionsrechts handelt...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Transparenz und Targeting politischer Werbung: Parlament verabschiedet Verordnung

Nachdem die Unterhändler des Rates und des EU-Parlaments eine vorläufige politische Einigung bereits am 6. November 2023 erzielt haben, hat das Parlament in seiner Plenarsitzung am 27. Februar 2024 die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung der formell verabschiedet. Die Verordnung strebt danach, den europäischen Ansatz für politische Werbung an die veränderte grenzüberschreitende und Online-Natur anzupassen. Ihr Hauptziel ist es, die Integrität von Wahlen zu stärken, Desinformation zu bekämpfen und den Bürgerinnen und Bürgern Transparenz in der politischen Werbung sowohl online als auch offline zu bieten. Der Rechtsakt muss noch vom Rat, als Ko-Gesetzgeber, formell angenommen werden, bevor es in Kraft treten kann...

Schengen: Einigung auf Reform des Grenzkodex

Am 6. Februar 2024 einigten sich Rat und EU-Parlament in Verhandlungen auf eine Reform der Verordnung (englischsprachig) über einen Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen („Schengen-Grenzkodex“). Diese wurde am 15. Februar 2024 bereits durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter an das EU-Parlament zur formellen Annahme weitergeleitet. Es wurden Regelungen vereinbart, wie „als letztes Mittel“ im Falle der Bedrohung der öffentlichen Sicherheit vorübergehende Grenzkontrollen durch einen Mitgliedstaat eingeführt werden können, die bis zu zwei Jahre (mit Option auf Verlängerung um ein weiteres Jahr) gelten können (Art. 25 & Art. 25a neu)...

Digitaler Wandel: Parlament stimmt für digitale Briefftasche

Das EU-Parlament hat am 29. Februar 2024 die eIDAS-Verordnung verabschiedet. Bis zum Herbst 2026 müssen nun alle Mitgliedstaaten ihren Bürger:innen eine europäische digitale Identität (eID) anbieten, mit der sie sich dann on- wie offline und in fast allen Lebensbereichen authentifizieren und identifizieren können, ohne auf kommerzielle Dienstleister angewiesen zu sein...

Cybersicherheit: Zertifizierungssystem für IKT-Produkte möglich

Am 31. Januar 2024 bestätigte die EU-Kommission die Annahme des ersten europäischen Zertifizierungssystems für Cybersicherheit. Das neue System stellt Regeln und Verfahren für die Zertifizierung von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) während ihres Lebenszyklus bereit. Außerdem soll es dazu beitragen, dass die Produkte für die Nutzenden vertrauenswürdiger werden...

Vertragsverletzung: Anwendung der Mehrwertsteuerrichtlinie

Die EU-Kommission hat am 7. Februar 2024 beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, da Deutschland die EU-Vorschrift zur Befreiung von Privatunterricht von der Mehrwertsteuer nicht ordnungsgemäß anwendet. Privatlehrer in Deutschland brauchen bislang eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass die Unterrichtsleistungen auf einen Beruf oder auf eine vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abzulegende Prüfung vorbereiten...

Kreislaufwirtschaft: Förderleitfaden zu „Circular Cities“

Der Circular City Funding [Guide](#) (englischsprachig) soll städtische Kommunen und Unternehmen bei der Schaffung von Kreislaufstrukturen mit Blick auf die grüne Transition unterstützen. Der Leitfaden wurde im Rahmen der Urbanen Agenda Partnerschaft für Kreislaufwirtschaft initiiert und von externen Dienstleistern sowie der Europäischen Investitionsbank entwickelt. Mit rund 75 % der europäischen Bevölkerung, die in städtischen Gebieten lebt, kommt der größte Teil des Verbrauchs, der Abfallproduktion und der Emission von Treibhausgasen dort vor...

URBACT: Offen für ukrainische und moldawische Städte

Seit Anfang Januar 2024 können Städte aus den Ländern Ukraine und Moldau am europäischen Förderprogramm für nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung [URBACT](#) teilnehmen. Für die Neuzugänge sind derzeit zwei Mio. € zur Teilnahme an Netzwerken und Programmen zum Erfahrungsaustausch mit europäischen Städten und Netzwerken vorgesehen...

RegioStars Awards 2024: Bewerbungen bis Ende Mai möglich

Bis zum **31. Mai 2024** können Träger besonders innovativer, EU-finanzierter Regionalprojekte ihre Bewerbung für die „RegioStars Awards 2024“ [online](#) einreichen. Detaillierte Angaben zum diesjährigen Wettbewerb finden sich in einem [Leitfaden \(englischsprachig\)](#). In folgenden fünf Kategorien werden Hauptpreise verliehen: „Ein wettbewerbsfähiges und intelligentes Europa“; „Ein grünes Europa“; „Ein vernetztes Europa“; „Ein soziales und inklusives Europa“; „Ein bürgernahes Europa“. Außerdem wird erneut ein Projekt aus den von der RegioStars-Jury ausgewählten Finalisten mit dem Publikumspreis prämiert...

BRÜSSEL AKTUELL

5/2024

1. bis 15. März 2024

Umwelt, Energie und Verkehr

Umweltkriminalität: Parlament nimmt neue Richtlinie an

Am 27. Februar 2024 verabschiedete das EU-Parlament die Neufassung der [Richtlinie](#) über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt. Die Richtlinie folgt auf die politische Einigung, die die EU-Institution mit dem Rat am 16. November 2023 erzielen konnte und ersetzt eine vorherige aus dem Jahr 2008 ([2008/99/EG](#)) und soll Mindestvorschriften für die Definition von Straftatbeständen und Sanktionen festlegen, um die Umwelt besser zu schützen. Demnach wird die Zahl der Straftaten von neun auf 18 erhöht, worunter bspw. der illegale Holzhandel oder das illegale Recycling umweltschädlicher Schiffsteile fällt...

Bodenüberwachungsrichtlinie: ENVI-Ausschuss nimmt Bericht an

Am 11. März 2024 [nahm](#) der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EU-Parlaments seinen Bericht zur [Bodenüberwachungsrichtlinie](#) an, die die EU-Kommission im Juli letzten Jahres vorgeschlagen hatte. Darin unterstützen die Abgeordneten das übergeordnete Ziel, bis 2050 gesunde Böden in der EU zu erreichen. Das neue Gesetz wird die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, die Gesundheit aller Böden in ihrem Hoheitsgebiet zunächst zu überwachen und dann zu bewerten...

Grüner Deal: Kommission legt Mitteilung zu Klimarisiken vor

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 12. März 2024 eine [Mitteilung](#) (englisch) über die Bewältigung von Klimarisiken in Europa veröffentlicht. Die Mitteilung basiert auf der ersten europäischen Klimarisikobewertung ([EUCRA](#); englisch) der Europäischen Umweltagentur und ruft alle politischen Ebenen, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft zum Handeln auf. Es werden vier Hauptkategorien von Maßnahmen vorgeschlagen: verbesserte Entscheidungsprozesse, bessere Instrumente zur Stärkung der Risikoträger, Nutzung strukturpolitischer Maßnahmen und die Schaffung der richtigen Voraussetzungen für die Finanzierung der Klimaresilienz...

Abfallwirtschaft: Vorläufige Einigung auf Verpackungsverordnung

Am 4. März 2024 erzielten Unterhändler des EU-Parlaments und des Rates der EU haben eine vorläufige politische [Einigung](#) im Trilog zur Verordnung über Verpackung und Verpackungsabfälle. Diese soll zu einer Reduzierung des in der EU erzeugten Verpackungsmülls beitragen. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, insbesondere die Menge an Verpackungsabfällen aus Kunststoff zu verringern. Die Trilogeinigung legt neue Zielvorgaben für die Reduzierung von Verpackungen fest: 5 % bis 2030, 10 % bis 2035 und 15 % bis 2040. Darüber hinaus wurde auf Druck des Parlaments ein Verbot von besonders leichten Plastiktragetaschen unter 15 Mikrometern erzielt, wobei Ausnahme bestehen werden (z. B. wegen hygienischer Gründe)...

Klima: Erste europäische Risikobewertung veröffentlicht

Die Europäische Umweltagentur (EUA) veröffentlichte am 11. März 2024 die erste Europäische Klimarisikobewertung ([EUCRA](#); englisch), die politischen Prioritäten für die Anpassung und klimasensitive Branchen identifizieren soll. Die Bewertung zeige, dass europäische Anpassungsstrategien nicht mit den sich verschärfenden Risiken Schritt halten würden. Besonders betroffen seien Hotspots wie Südeuropa, das mit Waldbränden, Hitze und Wasserknappheit zu kämpfen hat, und Küstenregionen, die von Überschwemmungen und Erosion bedroht seien...

Soziales, Bildung und Kultur

Sozialpartnergipfel: Erklärung zur Stärkung des sozialen Dialogs

Die EU-Kommission, die belgische Ratspräsidentschaft und die europäischen Sozialpartner, zu den europäischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zählen, unterzeichneten am 31. Januar 2024 eine in englischer Sprache verfasste „Dreigliedrige [Erklärung](#) für einen dynamischen europäischen sozialen Dialog“. Die Unterzeichnenden einigten sich auf vier Punkte zur Bewältigung aktueller Herausforderungen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europäisches Parlament: Sitzungskalender für 2025 angenommen

Am 12. März 2024 nahm das EU-Parlament den Sitzungskalender für das Jahr 2025 an. Im kommenden Jahr sollen 15 Plenarsitzungen stattfinden, dabei zwölf als viertägige Sitzungswochen in Straßburg sowie zwei verkürzte in Brüssel. Die genauen Termine können der [Pressemitteilung](#) entnommen werden...

EU-Kommission: Bilanz zu Ergebnissen der aktuellen Legislatur

Am 1. März 2024 hat die EU-Kommission einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse veröffentlicht, die das Kollegium der Kommissare seit ihrem Amtsantritt am 1. Dezember 2019 nach eigener Darstellung erzielt hat. Die Veröffentlichung stellt anhand einer [Broschüre](#) (englischsprachig) und einer [Zeitleiste](#) (englischsprachig) die Umsetzung der sechs Prioritäten dar, die die Kommission zu Beginn ihrer Amtszeit unter dem Motto „Keeping our promise to Europe“ aufstellte. Der Fokus der Kommission lag auf dem Europäischen Grünen Deal, der digitalen Führungsrolle Europas, die Bekämpfung der irregulären Migration, die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU...

Digitalisierung I: Weißbuch zur digitalen Infrastruktur veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 21. Februar 2024 ein [Weißbuch](#) mit der Fragestellung „Wie kann der Bedarf an digitaler Infrastruktur in Europa bewältigt werden“ veröffentlicht. Ein Weißbuch ist eine breit angelegte Konsultation an die Mitgliedstaaten, Zivilgesellschaft, der Industrie und der Wissenschaft, um deren Ansichten zu den in diesem Weißbuch skizzierten Szenarien einzuholen und Vorschläge in diesem Bereich beizutragen. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit aller Sektoren der europäischen Wirtschaft hängt u. a. von fortschrittlichen digitalen Netzwerkinfrastrukturen und -diensten ab, da sie die Grundlage für den digitalen und grünen Wandel unserer Gesellschaft und Wirtschaft unterstützen...

Digitalisierung II: Gesetz für ein interoperables Europa

Der Rat der EU hat am 4. März 2024 eine neue Verordnung über Maßnahmen für ein hohes Maß an Interoperabilität des öffentlichen Sektors in der EU [angenommen](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2023). Diese hat das Ziel, den digitalen Wandel des öffentlichen Sektors zu beschleunigen. Verwaltungen in ganz Europa sollen vernetzt werden und dadurch effizienter zusammenarbeiten können. Außerdem werden Maßnahmen zur Förderung von Innovation und zum Wissensaustausch implementiert...

Walter-Hallstein-Stipendium: Aufruf zur Förderung

*Bis zum **30. April 2024** können sich Gemeinden, Städte und andere öffentliche Einrichtungen aus Baden-Württemberg für eine Förderung im Rahmen des Walter-Hallstein-[Programms](#), bei der Baden-Württemberg Stiftung bewerben. Unterstützt werden gemeinsame Projekte mit Partnern im europäischen Ausland. Ziel ist der Auf- und Ausbau von europäischen Netzwerken und Partnerschaften. Förderwürdige Themen beinhalten u. a. Digitalisierung, Dienstleistungen für die Bürgerschaft oder nachhaltige Mobilität...*

BRÜSSEL AKTUELL

6/2024

15. bis 29. März 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Europäisches Semester: Parlamentsbericht zu wirtschaftspolitischer Koordinierung

Das EU-Parlament nahm am 13. März 2024 den [Bericht](#) über das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung 2024 an. Im jährlichen Initiativbericht werden Bedenken hinsichtlich des schwachen Wirtschaftswachstums, der Auswirkung der steigenden Energiepreise und der Inflation und die Rolle der EU bei der Stabilisierung der Wirtschaft in Krisenzeiten geäußert. Es wird die Notwendigkeit einer koordinierten Haushalts- und Strukturpolitik, sowie öffentliche und private Investitionen betont, um ein nachhaltiges Wachstum in der EU zu sichern...

Kohäsionspolitik: Umsetzung und Ergebnisse der Kohäsionspolitik 2014-2020

Das EU-Parlament nahm am 14. März 2024 den [Bericht](#) zu der Umsetzung und den Ergebnissen der Kohäsionspolitik im Zeitraum von 2014 bis 2020 in den Mitgliedstaaten an. Der Bericht enthält Schlussfolgerungen und Empfehlungen über die Durchführung der wichtigsten kohäsionspolitischen Fonds, darunter fallen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Kohäsionsfonds, Europäische Sozialfonds (ESF) und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Grüner Deal: Veranstaltung der belgischen Ratspräsidentschaft

Am 15. März 2024 richtete die laufende belgische Ratspräsidentschaft zusammen mit der belgischen Region Flandern eine ganztägige [Konferenz](#) (englischsprachig) zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals auf lokaler Ebene aus (Titel: „Translating the European Green Deal into Local Action“). Lokale Entscheidungsträger:innen unterschrieben eine gemeinsame [Erklärung](#), die ein erneutes Bekenntnis zu den Klimaschutzzielen des Grünen Deals umfasst und eine bestmögliche Beteiligung der Bürgerschaft, von Unternehmen und lokaler und regionaler Behörden einfordert. An den verschiedenen Paneldiskussionen, die im Plenarsaal des EU-Parlaments in Brüssel sowie im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) stattfanden, nahmen u. a. Prof. Dr. Diana Pretzell, Erste Bürgermeisterin von Mannheim, und Martin Horn, Oberbürgermeister von Freiburg im Breisgau, teil...

Abfallwirtschaft: Parlamentsposition zur Abfallrahmenrichtlinie

Das EU-Parlament verabschiedete in einer Plenarsitzung am 13. März 2024 seine [Position](#) zum Kommissionsvorschlag für eine [Richtlinie](#) über die Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle. Diese sieht strengere Ziele zur Verringerung von Lebensmittelabfällen vor. Die Parlamentsposition geht teils weiter als der ursprüngliche Vorschlag: So schlagen die Abgeordneten höhere verbindliche Ziele für die Abfallreduzierung vor, die

auf nationaler Ebene bis zum 31. Dezember 2030 erreicht werden müssen - mindestens 20 % in der Lebensmittelverarbeitung und -herstellung (statt der von der EU-Kommission vorgeschlagenen 10 %) und 40 % pro Kopf im Einzelhandel, in Restaurants, bei Lebensmitteldienstleistungen und in Haushalten (statt 30 %)...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Regionalpolitik: 10. Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons

Am 18. und 19. März 2024 richtete der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) das 10. Europäische [Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons](#) aus. Diese Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit der belgischen Region Wallonien im Rahmen der laufenden belgischen EU-Ratspräsidentschaft statt und koinzidierte mit dem 30-jährigen Bestehen des AdR. Unter der Teilnahme von über 3.500 Gästen, darunter vielen lokalen Entscheidungsträger:innen, wurden Sichtweisen über eine stärkere, gerechtere und widerstandsfähigere EU ausgetauscht, die schließlich in einer gemeinsamen [Gipfelerklärung](#) der Regionen und Städte mündete. Ein weiterer Fokus galt der Unterstützung der Ukraine angesichts des laufenden russischen Angriffskrieges...

Veranstaltungshinweis: Informationen zu URBACT und Europäische Stadtinitiative

Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. (DV) richtet als neue gemeinsame Kontaktstelle für das europäische URBACT-Programm und die Europäische [Stadtinitiative](#) („European Urban Initiative“, EUI) eine Informationsveranstaltung am **16. April 2024, 10:00 bis 12:00 Uhr**, via WebEx (online) aus...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: EU und Ägypten vereinbaren Partnerschaftspaket

Am 17. März 2024 unterzeichneten EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und die Staats- und Regierungschefs aus Italien, Belgien, Österreich und Zypern mit dem ägyptischen Präsidenten al-Sisi eine gemeinsame [Erklärung](#) (englischsprachig) über ein Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Ägypten. Die Erklärung sieht eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 7,4 Mrd. € vor, die über vier Jahre verteilt wird. (Die genannten Geldbeträge beruhen auf Medienberichten.)...

Europäische grenzübergreifende Vereine: Standpunkt des Parlaments

Am 13. März 2024 wurde bei der [Plenarsitzung](#) des EU-Parlaments der Standpunkt zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission zur Erleichterung der grenzübergreifenden Tätigkeiten gemeinnütziger Organisationen und Vereine angenommen. Dieser sieht EU-weit einheitliche Regelungen vor: Beispielsweise muss eine gemeinnützige Organisation selbstverwaltet sein. Einschränkungen der Rechte europäischer grenzübergreifender Vereine aus Gründen der öffentlichen Ordnung müssen auf Einzelfallbasis erfolgen...

Gesundheit: Einigung über europäischen Gesundheitsdatenraum

Die EU-Kommission und das EU-Parlament erzielten am 15. März 2024 eine Einigung über einen europäischen Raum für Gesundheitsdaten (European Health Data Space, [EHDS](#)). Der EHDS schafft einen Rechtsrahmen, der den Austausch von und den Zugang zu Gesundheitsdaten auf EU-Ebene erleichtern soll (Brüssel Aktuell 9/2022)...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Haushalt: Rat stellt Leitlinien für 2025 vor

Am 12. März 2024 erzielte der Rat der EU eine Einigung über [Leitlinien](#) für den EU-Haushaltsplan 2025. Der Rat hebt hervor, dass der Haushaltsplan für 2025 eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der langfristigen Ziele und politischen Prioritäten der EU spielt. Dabei bekräftigt er das bisherige Engagement der EU, der Ukraine finanzielle Unterstützung zu bieten und ihren langfristigen Wiederaufbau zu fördern. Der Rat fordert einen

realistischen Haushaltsplan, der den tatsächlichen Bedarf berücksichtigt, eine umsichtige Planung ermöglicht und genügend Flexibilität innerhalb der Obergrenzen des Mehrjährigen Finanzrahmens aufweist, um auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können...

Vertragsverletzungsverfahren: Entscheidungen zu Deutschland

Die EU-Kommission gab am 13. März 2024 ihre Entscheidungen bezüglich vier laufender [Vertragsverletzungen](#) gegenüber Deutschland bekannt. Ein Aufforderungsschreiben wurde in folgenden Fällen verfasst: 1) Bezüglich der Verletzung der Vogelschutzrichtlinien ([2009/147/EG](#)), da die Maßnahmen innerhalb und außerhalb der Schutzgebiete nicht ausreichend seien...

EU-Schweiz: Verhandlungsmandate angenommen

Am 8. bzw. am 12. März 2024 wurden die [Verhandlungsmandate](#) der Schweiz und der EU angenommen. Das Mandat befähigt die Parteien ein Maßnahmenpaket auszuhandeln. Das Hauptziel besteht darin, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen aus der EU und der Schweiz zu schaffen, während gleichzeitig die Rechte der in der Schweiz arbeitenden Unionsbürgerinnen und -bürger geschützt werden...

Klimaneutrale und intelligente Städte: Heidelberg mit Missionssiegel ausgezeichnet

Am 21. März 2024 hat die EU-Kommission 23 europäische Städte mit dem EU-Missionssiegel im Rahmen der Mission „Klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“ [ausgezeichnet](#), darunter befindet sich Heidelberg in Baden-Württemberg als einzige deutsche Missionsstadt. Die weiteren Städte sind: Ioannina, Kalamata, Kozani und Thessaloniki (Griechenland), Löwen (Belgien), Espoo, Lahti, Lappeenranta, Tampere und Turku (Finnland), Barcelona und Sevilla (Spanien), Pecs (Ungarn), Malmö (Schweden), Guimarães und Lissabon (Portugal), Florenz und Parma (Italien), Marseille und Lyon (Frankreich), Limassol (Zypern) und Izmir (Türkei)...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Digitales Europa: Aufrufe für Projektvorschläge

Am 29. Februar 2024 gab die EU-Kommission [bekannt](#), dass im Rahmen des Programms Digitales Europa über 176 Mio. € in europäische digitale Kapazitäten und Technologien investiert werden sollen. Neue Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen aus dem Arbeitsprogramm 2023-2024 wurden veröffentlicht, mit Schwerpunkt auf Künstliche Intelligenz, Daten, Cloud, Kompetenzen und digitalen öffentlichen Diensten. Die Frist endet am **29. Mai 2024...**

Aufruf: „Young Elected Politician“-Netzwerk des AdR

Bis zum **19. April 2024** können sich kommunale Mandatsträger:innen für das „Young Elected Politicians“-Netzwerk (YEP) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) [bewerben](#) (englischsprachig). Diese müssen nach dem 1. Januar 1989 geboren sein. Das Netzwerk dient der Vernetzung mit anderen jungen europäischen Kommunalpolitiker:innen...

Governance: Auszeichnung „Europäische Innovationshauptstadt“

Die Auszeichnung „Europäische Innovationshauptstadt“ (iCapital) feiert 2024 ihr 10-jähriges Bestehen. Diese Auszeichnung würdigt Städte, die innovative Governance-Praktiken einführen und neue Wege beschreiten, um das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Neben einem finanziellen Preis bietet die Auszeichnung eine erhöhte Sichtbarkeit und die Möglichkeit, dem iCapital-Alumni-Netzwerk beizutreten. Die beiden Auszeichnungskategorien umfassen die „[Europäische Innovationshauptstadt](#)“ (englischsprachig) für Städte mit mehr als 250.000 Einwohnern und die „[Aufstrebende Innovative Stadt](#)“ (englischsprachig) für Städte mit 50.000 bis 249.999 Einwohnern...

BRÜSSEL AKTUELL

7/2024

29. März bis 12. April 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Kritische Rohstoffe: Neues Forum für Rohstoffsicherheit

Am 5. April 2024 richteten die Europäische Union, die USA und weitere Mitglieder der Mineralien-[Sicherheitspartnerschaft](#) (MSP, englischsprachig) sowie Kasachstan, Namibia, die Ukraine und Usbekistan ein [Forum](#) der Partnerschaft für die Sicherheit der Versorgung mit Mineralien ein. Dieses Forum soll als Plattform für Zusammenarbeit im Bereich kritischer Rohstoffe dienen, die für den globalen grünen und digitalen Wandel von großer Bedeutung sind...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsionspolitik: Kommission veröffentlicht 9. Kohäsionsbericht

Die EU-Kommission hat am 27. März 2024 den [9. Kohäsionsbericht](#) (englischsprachig) über die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 veröffentlicht. Trotz der Fortschritte bei der Konvergenz wird in dem Bericht darauf hingewiesen, dass die europäische Kohäsion eine Herausforderung bleibt. Dazu gehören die Unterschiede auf subnationaler Ebene zwischen großen Metropolregionen und anderen Regionen sowie den Regionen, deren Entwicklung stagniert und denjenigen, die einen Entwicklungsrückstand aufweisen...

Ländliche Entwicklung: Bericht der Kommission zur Vision für ländliche Gebiete

Die EU-Kommission hat am 27. März 2024 einen [Fortschrittsbericht](#) über ihre am 30. Juni 2021 veröffentlichte [Mitteilung](#) „Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU – Für stärkere, vernetzte, resiliente und florierende ländliche Gebiete bis 2040“ vorgelegt. Diese soll durch einen Pakt für den ländlichen Raum mit zehn gemeinsamen Zielen und vier Aktionsbereichen Behörden und Interessenträger mobilisieren, um den Bedürfnissen und Wünschen der ortsansässigen Personen ländlicher Gebiete gerecht zu werden (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2021). In dem Bericht werden die seit 2021 erzielten Erfolge sowie Ideen für die künftige Arbeit präsentiert...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Parlament verabschiedet Asyl- und Migrationspaket der EU

Am 10. April 2024 hat das EU-Parlament die einzelnen Gesetzesvorhaben des Asyl- und Migrationspakets in 1. Lesung förmlich verabschiedet, nachdem sich im Dezember 2023 die EU-Institutionen in Trilogverhandlungen bereits vorläufig geeinigt hatten (Brüssel Aktuell 1/2024). Bei den Abstimmungen zu den zehn Rechtsakten ergaben sich teils knappe Mehrheiten. Anders als in den Medien im Vorfeld der Abstimmungen spekuliert wurde, wurden

jedoch sämtliche Gesetzesentwürfe gebilligt. Nun liegt es am Ministerrat als Ko-Gesetzgeber, dem Paket abschließend zuzustimmen. Im Folgenden sind die einzelnen Gesetzesprojekte mit Verweisen aufgeführt (Tabelle)...

Europäisches Bürgerengagement: Panel zur Bekämpfung von Hass in der Gesellschaft

150 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sind vom 5. bis 7. April 2024 aus allen 27 Mitgliedstaaten zu einem Europäischen [Bürgerpanel](#) zusammengekommen, um über die tieferen Ursachen von Hass in der Gesellschaft und die Möglichkeiten seiner Bekämpfung zu diskutieren. Das Bürgerpanel ist eine Folgemaßnahme zur [Mitteilung](#) „Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht“, die im Dezember 2023 von der EU-Kommission angenommen wurde...

Politische Bildung: Neues EU-Quiz für Kinder

Seit dem 8. April 2024 organisiert die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland in Kooperation mit dem Familienradio [TEDDY](#) ein neues EU-Quiz für Kinder. **Bis zum 7. Juni 2024** wird täglich von Montag bis Freitag um 16:50 Uhr ein unterhaltsames und lehrreiches EU-Quiz ausgestrahlt, das sowohl junge als auch erwachsene Hörerinnen und Hörer herausfordert. Ziel dieser Initiative ist es, Kindern und Familien die Vielfalt und die Bedeutung der Europäischen Union näherzubringen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Rumänien und Bulgarien treten Schengen zum Teil bei

Am 31. März 2024 traten Bulgarien und Rumänien dem Schengen-Raum bei, was bedeutet, dass die Schengen-Vorschriften, wie die Ausstellung von Schengen-Visa, nun in beiden Ländern gelten und die Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen aufgehoben wurden. Dieser Schritt erfolgte aufgrund des [Beschlusses](#) des Rates im Dezember 2023...

Transparenz und Targeting politischer Werbung: Verordnung tritt in Kraft

Am 9. April 2024 trat die [Verordnung](#) über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung in Kraft, nachdem sie am 20. März 2024 im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurde (Brüssel Aktuell 4/2024). Ziel der Verordnung ist es, die Integrität von Wahlen zu stärken, Desinformation zu bekämpfen und den Bürgerinnen und Bürgern Transparenz in der politischen Werbung sowohl online als auch offline zu bieten...

Europäischer Verwaltungsraum: Projekte zur Modernisierung

Am 26. März 2024 gab die EU-Kommission ihre Unterstützung für [24 Projekte](#) bekannt, um Deutschland in diesem Jahr bei der Konzeption und Umsetzung von strukturellen Reformvorhaben zur Seite zu stehen. Die Reformprojekte sollen der Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen der Mitgliedstaaten und der Stärkung des europäischen Verwaltungsraums (CompAct) dienen (zuletzt Brüssel Aktuell 18/2023). Alle geförderten Projekte sind auf einen von den Mitgliedstaaten festgestellten Reformbedarf ausgerichtet. Zugleich sind sie eng mit den Prioritäten der Europäischen Union für moderne und effiziente öffentliche Verwaltungen, nachhaltiges Wachstum und resiliente Volkswirtschaften verknüpft...

Katastrophenschutz: 600 Mio. Euro für neue Löschflugzeuge der rescEU-Flotte

Die EU-Kommission gab am 25. März 2024 die Finanzierung von neuen Löschflugzeugen für die rescEU-Flotte [bekannt](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2023). Die zwölf Löschflugzeuge, die mit 600 Mio. € durch die Kommission finanziert werden, sollen ab 2027 geliefert werden und in Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal, Kroatien und Spanien stationiert werden. RescEU ist ein Teil des EU-Katastrophenschutzverfahrens, das vollständig von der EU finanziert wird...

Horizont Europa: Strategieplan 2025-2027 angenommen

Am 20. März 2024 nahm die EU-Kommission den zweiten [Strategieplan](#) (englischsprachig) 2025-2027 für das Programm Horizont Europa an (zuletzt Brüssel Aktuell 2/2023). Der Plan enthält drei strategische Ausrichtungen: grüner Wandel, digitaler Wandel und ein widerstandsfähigeres, wettbewerbsfähigeres, inklusiveres und demokratischeres Europa. Mit dem Strategieplan sollen die Ziele von Horizont Europa im Bereich der biologischen Vielfalt ehrgeiziger gestaltet werden...

In eigener Sache

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen: Neue Kollegin an Bord

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell, seit 1. April 2024 unterstützt Marleen Lorenz das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen als Office-Managerin. Frau Lorenz hat nach ihrem Bachelorstudium in Kulturanthropologie und Politikwissenschaft ihren akademischen Schwerpunkt auf die Friedens- und Konfliktforschung in Eichstätt und Bogotá, Kolumbien, gelegt. Die von Frau Lorenz verfassten Artikel in Brüssel Aktuell werden mit (MZ) gekennzeichnet sein. Die Bürogemeinschaft freut sich über die Verstärkung und wünscht einen guten Start. Darüber hinaus ist Frau Lorenz die erste Ansprechpartnerin für den Kontakt in das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen...

Kohäsionspolitik: Positionspapier zur Zukunft des Fonds für Regionale Entwicklung

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen hat ein [Positionspapier](#) zur Zukunft des Fonds für Regionale Entwicklung veröffentlicht (englische [Version](#)). Darin unterstreichen die Kommunalen Landesverbände, dass der grüne und digitale Wandel eine aktivere Einbindung der maßgeblichen Akteure vor Ort sowie eine sichergestellte Finanzierung benötigt. Sie fordern deshalb für die zukünftige Ausrichtung des Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)...

BRÜSSEL AKTUELL

8/2024

12. bis 26. April 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Digitalisierung: Gigabit-Infrastrukturverordnung verabschiedet

Am 23. April 2024 verabschiedete das EU-Parlament die [Gigabit-Infrastrukturverordnung](#), um den Ausbau von Gigabit-fähigen Netzwerken zu beschleunigen. Die Verordnung sieht vor, die Verwaltungsverfahren schneller und kostengünstiger zu gestalten, und zeitgleich die bürokratischen Hürden zu reduzieren, wodurch ein schneller und reibungsloser Netzausbau gelingen soll...

Beihilfen: Kommission veröffentlicht Beihilfenanzeiger 2023

Die EU-Kommission veröffentlichte am 9. April 2024 ihren jährlichen [Beihilfenanzeiger](#) (englischsprachig), der auf den von den 27 EU-Mitgliedstaaten getätigten Ausgaben für staatliche Beihilfen des Jahres 2022 basiert. Die Gesamtausgaben der Mitgliedstaaten für staatliche Beihilfemaßnahmen beliefen sich 2022 auf 228 Mrd. €, rund 34,8 % weniger als im Vorjahr (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2023). Trotz eines starken Rückgangs des Beihilfevolumens unterstützten die Mitgliedstaaten weiterhin Unternehmen, die von den durch die Corona-Pandemie und den Krieg Russlands gegen die Ukraine verursachten Krisen betroffen waren...

Umwelt, Energie und Verkehr

Grüner Deal: Rat verabschiedet Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie

Der Rat nahm am 12. April 2024 die Einigung zur Revision der [Gebäudeeffizienzrichtlinie](#) (EPBD) formell an, nachdem das EU-Parlament ihr bereits am 12. März 2024 zugestimmt hatte. Die Richtlinie verfolgt das Ziel, die Energieeffizienz von Gebäuden mithilfe neuer Anforderungen zu steigern und Emissionen zu senken. Die Hauptvorgabe der Überarbeitung besteht darin, spätestens bis 2030 alle neuen Gebäude und bis 2050 alle bestehenden Gebäude unter Nullemissionsstandards zu erbauen bzw. zu renovieren (Brüssel Aktuell 19/2023)...

Abfallwirtschaft: Parlament verabschiedet Verpackungsverordnung

Am 24. April 2024 verabschiedete eine Mehrheit im Plenum des EU-Parlaments die [Verordnung](#) über Verpackungen und Verpackungsabfälle, nachdem sich Unterhändler in interinstitutionellen Trilogverhandlungen am 4. März 2024 geeinigt hatten (Brüssel Aktuell 5/2024). Die Verordnung soll zu einer Reduzierung des in der EU erzeugten Verpackungsmülls führen...

Wasser: Delegierte Rechtsakte zur Verbesserung der Wasserresilienz und -qualität

Die EU-Kommission verabschiedete am 11. März 2024 zwei delegierte Rechtsakte, die neue Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserresilienz und -qualität in der EU festlegen. Zum einen wird eine neue standardisierte Messmethode von Mikroplastik im Wasser eingeführt ([Ergänzung](#) zu EU [2020/2184](#)), die die Vergleichbarkeit von Daten verbessern soll. Zum anderen wurde ein Rechtsakt zur sicheren Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser in der Landwirtschaft beschlossen ([Ergänzung](#) zu EU [2020/741](#))...

Bodengesundheit: Positionierung des EU-Parlaments zur Bodenüberwachungsrichtlinie

Am 10. April 2024 nahm das EU-Parlament seine [Positionierung](#) zur [Bodenüberwachungsrichtlinie](#) an, die von der EU-Kommission im Juli 2023 vorgeschlagen wurde. Die Abgeordneten unterstützen das übergeordnete Ziel, bis 2050 gesunde Böden zu haben, in Übereinstimmung mit dem EU-Ziel der Nullverschmutzung und der Notwendigkeit einer harmonisierten Definition der Bodengesundheit sowie eines umfassenden und kohärenten Überwachungsrahmens, um eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung zu fördern und kontaminierte Standorte zu sanieren. Das neue Gesetz wird die EU-Länder verpflichten, den Gesundheitszustand aller Böden in ihrem Hoheitsgebiet zunächst zu überwachen und dann zu bewerten...

Luftqualität: Parlament nimmt die überarbeitete Richtlinie an

Das EU-Parlament hat am 24. April 2024 die überarbeitete [Richtlinie](#) zur Luftqualität und für saubere Luft in Europa angenommen. Vorhergegangen war die [Einigung](#) im Trilog am 20. Februar 2024. Die neuen Normen setzen Grenz- und Zielwerte für verschiedene Luftschadstoffe fest, darunter Feinstaub und Stickstoffdioxid, die bis 2030 verschärft werden sollen. Mitgliedstaaten können unter bestimmten Bedingungen Fristverlängerungen beantragen, müssen jedoch ihre Luftqualitätspläne aktualisieren und über deren Umsetzung berichten...

Mobilität: EU verpflichtet sich zur Förderung des Radverkehrs

Am 3. April 2024 unterzeichnete die Kommissarin Adina Vălean, mit der Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des EU-Parlaments Karima Delli und dem stellvertretenden belgischen Premierminister Georges Gilkinet, die [Erklärung](#) (englischsprachig) zur Förderung des Radverkehrs in Europa. Die Erklärung erkennt das Fahrrad als ein nachhaltiges, zugängliches und erschwingliches Verkehrsmittel an...

TEN-V: Parlament nimmt überarbeitete Verordnung an

Das EU-Parlament hat am 24. April 2024 die Überarbeitung der Verordnung für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) angenommen ([Verordnung; Annexe](#); zuletzt Brüssel Aktuell 4/2024). Das Parlament und die Mitgliedstaaten im Rat einigten sich bereits am 18. Dezember 2023 im Trilog. Die Verordnung legt klare Fristen für den Aufbau des Kernnetzes bis 2030, des erweiterten Kernnetzes bis 2040 und des Gesamtnetzes bis 2050 fest. Mit der neuen Verordnung werden die städtischen Knoten des TEN-V gestärkt, indem bis Ende Dezember 2027 nachhaltige urbane Mobilitätspläne (SUMP) ausgearbeitet werden müssen, bis Ende Dezember 2030 multimodale Mobilitätshubs geplant werden müssen und bis Ende Dezember 2040 ein multimodales Güterterminal errichtet werden muss (Art. 40 ff.)...

Verkehr: Schnellere grenzüberschreitende Ermittlungen bei Verkehrsdelikten

Das EU-Parlament hat am 24. April 2024 der Änderung der [Richtlinie](#) zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte angenommen. Bis zu 40 % der grenzüberschreitenden Verkehrsdelikte bleiben derzeit ungeahndet. Mit der geänderten Richtlinie kann nun das EU-Land, in dem das Verkehrsdelikt begangen wurde, innerhalb von elf Monaten einen Bescheid hierüber ausstellen, unabhängig davon, in welchem EU-Mitgliedstaat der Verursacher des Verstoßes wohnt...

Kreislaufwirtschaft: Parlament verabschiedet Recht auf Reparatur

Das EU-Parlament hat am 24. April 2024 eine [Richtlinie](#) zum Recht auf Reparatur verabschiedet, um Abfälle zu reduzieren und die Kreislaufwirtschaft in der Reparaturbranche zu stärken. Hersteller müssen nun kostengünstige und zeitnahe Reparaturen anbieten und Verbraucher über ihre Rechte informieren. Die Haftungszeit bei Reparaturen während der Gewährleistungszeit wird um ein Jahr verlängert. Auch nach Ablauf der Gewährleistung müssen Hersteller reparieren, und Verbraucher erhalten Zugang zu Reparaturinformationen und -dienstleistungen über eine europäische Plattform...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsionspolitik: Gemeinsamer Aufruf der „Cohesion Alliance“

Am 18. März 2024 wurde von „Cohesion Alliance“ ein [Aufruf](#) zur Zukunft der Kohäsionspolitik veröffentlicht (Brüssel Aktuell 6/2024). Bei dieser Allianz handelt es sich um eine gemeinsame Plattform des Ausschusses der Regionen (AdR) mit Verbänden, wie dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE/CEMR), zu Förderung der Kohäsionspolitik. Der Aufruf stellt die soziale, wirtschaftliche und territoriale Zusammenhalt in den Mittelpunkt der EU-Politik...

Soziales, Bildung und Kultur

Inklusion: Einheitliche EU-Ausweise für Menschen mit Behinderung angenommen

Am 24. April 2024 verabschiedete das EU-Parlament die [Richtlinie](#) zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderung. Die Richtlinie verfolgt das Ziel, Menschen mit Behinderungen während einer Reise oder eines Kurzaufenthalts in einem anderen EU-Mitgliedstaat einen gleichberechtigten Zugang zu Sonderkonditionen oder Vorzugsbehandlungen zu gewährleisten. Dazu zählen u. a. ermäßigte örtliche Tarife oder kostenloser Eintritt, ein vorrangiger Zugang und reservierte Parkplätze. Der Rechtsakt muss noch vom Rat, als Ko-Gesetzgeber, angenommen werden. Am 4. März 2024 einigten sich die EU-Institutionen zudem auf eine ergänzende [Richtlinie](#), mit der die genannte Richtlinie auf Drittstaatsangehörige ausgedehnt werden soll, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten...

Bildung: Kommission stellt Pläne für einen europäischen Hochschulabschluss vor

Die Europäische Kommission hat am 27. März 2024 drei [Initiativen](#) vorgestellt, welche darauf abzielen, die transnationale Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen zu stärken und letztendlich die Einführung eines europäischen Hochschulabschlusses zu erleichtern. Diese [Maßnahmen](#) (englischsprachig) sollen die Lernmobilität innerhalb der EU fördern, die Querschnittskompetenzen der Studierenden verbessern und die Attraktivität Europas für internationale Studierende steigern...

Antisemitismus: Europäisches Netzwerk zur Beobachtung gestartet

Am 16. April 2024 wurde in Berlin das Europäische Netzwerk zur Beobachtung von [Antisemitismus](#) (ENMA) ins Leben gerufen. Finanziert von der Europäischen Union und unterstützt von der Alfred Landecker Stiftung, zielt ENMA darauf ab, vergleichbare Daten über antisemitische Vorfälle europaweit bereitzustellen und eine kohärente Grundlage für Maßnahmen gegen Antisemitismus in ganz Europa zu schaffen...

Europäischer Rat: Beratung über die Wettbewerbsfähigkeit Europas

Am 17. und 18. April 2024 trafen sich die Staats- und Regierungschefs in Brüssel zu einer Sondertagung des Europäischen Rates – dem letzten Gipfel vor den Europawahlen im Juni. Besonderen Raum nahmen die Beratungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Landwirtschaft sowie Positionierungen zu aktuellen außenpolitischen Entwicklungen ein. Zum Ende der Tagung konnte sich der Rat zu diesen Punkten auf gemeinsame [Schlussfolgerungen](#) einigen...

Ethische Standards: Parlament verabschiedet Vereinbarung über neues Gremium

Das EU-Parlament hat am 25. April 2024 die [Einigung](#) auf ein Gremium für ethische Normen zur Stärkung von Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht in der europäischen Entscheidungsfindung verabschiedet. Die Einigung soll für acht EU-Institutionen gelten: EU-Parlament, Rat, EU-Kommission, Gerichtshof der EU, Europäische Zentralbank, Europäischer Rechnungshof, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss und Europäischer Ausschuss der Regionen. Das interinstitutionelle Gremium wird gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln und darüber berichten, wie sich diese Standards in den internen Regeln der Unterzeichner niederschlagen...

Integrität von Wahlen: EU-Kommission stellt Leitlinien vor

Am 26. März 2024 hat die EU-Kommission neue [Leitlinien](#) (englischsprachig) vorgestellt, um systemische Risiken für Wahlen zu mindern, insbesondere im Internet. Dies geschah, nachdem die europäischen politischen Parteien am 9. April 2024 einen [Verhaltenskodex](#) (englischsprachig) für die Europawahlen 2024 unterzeichnet haben, um ethische und faire Wahlkampfpraktiken zu fördern. Die Empfehlungen zielen darauf ab, die Integrität von Wahlen zu schützen und Manipulation sowie Fake-News entgegenzuwirken. Sie richten sich an große Online-Plattformen und Suchmaschinen in der EU, um sicherzustellen, dass sie grundlegende demokratische Prinzipien wie das Recht auf freie Meinungsäußerung wahren...

Auszeichnung: Europadiplom geht an Oberstenfeld in Baden-Württemberg

Am 17. April 2024 wurden die Gewinner des [Europapreises](#) (englischsprachig) von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg verkündet, der in vier verschiedenen Kategorien vergeben wird. Der Europapreis ging nach Terrasse in Spanien, die Ehrenplakette an drei verschiedene Gemeinden in Belgien, Frankreich und Portugal. Städte aus drei verschiedenen Ländern wurden mit der Ehrenfahne geehrt, darunter die deutsche Stadt Krefeld in Nordrhein-Westfalen...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

CERV: Konsultationsaufruf

Bis zum **27. Juni 2024** können Interessensträger ihre Meinung in der öffentlichen [Konsultation](#) zum Förderprogramm für Rechte, Gleichstellung, Unionsbürgerschaft und Werte (CERV) von 2021-2027 sowie deren Vorgängerprogramme Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft (REC) und Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfC) von 2014-2020 abgeben...

INTERREG: Interreg Europe – dritter Projektaufuf

Am 20. März 2024 startete mit rund 130 Mio. € der dritte Interreg Europe [Aufuf](#) (englischsprachig). Bis zum **07. Juni 2024** können Projektvorschläge eingereicht werden. Thematisch können Vorschläge zu den Themen: „Smartes Europa“, „umweltfreundliches Europa“, „besser vernetztes Europa“, „sozialeres Europa“, „bürgernäheres Europa“ und „bessere europäische Governance“ eingereicht werden...

LIFE-Programm: 571 Mio. € für neue Projekte

Am 18. April 2024 veröffentlichte die EU-Kommission neue [Förderaufrufe](#) im Förderprogramm LIFE Clean Energy Transition (CET), dem Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt- und Klimaschutz. Insgesamt stehen 571 Mio. € Förderung für innovative Projekte zur Verfügung. Es können u. a. in folgenden Kategorien Anträge eingereicht werden: Natur und biologische Vielfalt (155 Mio. €), Kreislaufwirtschaft und Lebensqualität (65 Mio. €), Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel (62 Mio. €), Umweltgovernance (10 Mio. €), Neues Europäisches Bauhaus (8 Mio. €) und Energiewende (4 Mio. €)...

EU-Bio-Preis: Bewerbungen bis 12. Mai 2024 möglich

Mit dem [EU-Bio-Preis](#) (EU Organic Award, englischsprachig) sollen herausragende Leistungen entlang der ökologischen Wertschöpfungskette in sieben Kategorien gewürdigt werden. Bewerbungen für den diesjährigen Preis sind bis zum **12. Mai 2024** über ein Online-Formular möglich, darunter in den Kategorien Bio-Stadt, Bio-Region und Bio-Bezirk. Ausgangspunkt für die Ausschreibung des Preises ist u. a. der [Aktionsplan](#) zur Förderung der ökologischen und biologischen Produktion...

BRÜSSEL AKTUELL

9/2024

26. April bis 8. Mai 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Stabilität- und Wachstumspakt: Rat nimmt Reform der Haushaltsregeln an

Der Rat der Europäischen Union nahm am 23. und 24. April 2024 drei Rechtsakte an, die den Rahmen für die wirtschafts- und haushaltspolitische Steuerung der EU reformieren werden (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2024). Der [erste](#) der drei Rechtsakte legt Vorschriften fest, welche eine wirksame Koordinierung einer soliden Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten gewährleisten sollen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Mobilität I: Brüsseler Erklärung zur europäischen Mobilität der Zukunft

Am 4. April 2024 verabschiedeten die europäischen Verkehrsminister:innen im Rahmen einer informellen Tagung eine Brüsseler [Erklärung](#) zur europäischen Mobilität der Zukunft. Die Erklärung zielt darauf ab, den Schienenverkehr als Rückgrat der europäischen Mobilität zu etablieren. Dazu werden verbindliche Ziele für den Anteil des Schienenverkehrs festgelegt und ein EU-weiter Masterplan vorgeschlagen, um das Angebot an Schienenverkehrsdiensten zu erweitern. Es wird angestrebt, Reisen von Haus zu Haus nahtlos zu gestalten und die Schiene als tragfähige Alternative zu Flügen zu fördern...

Mobilität II: Europäische Erklärung zum Radverkehr

Die EU-Institutionen haben am 3. April 2024 im Rahmen des informellen Verkehrsrates (diese Ausgabe) eine Europäische [Erklärung](#) zum Radverkehr unterzeichnet. Die Erklärung erkennt den Radverkehr als nachhaltiges, zugängliches und erschwingliches Verkehrsmittel an. Sie beinhaltet klare Vorschläge wie sichere Radfahrnetze in Städten, bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr, sichere Parkplätze und Zugang zu Ladepunkten für E-Bikes...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration I: Überarbeitung des Visakodex von Gambia und Äthiopien beschlossen

Der Rat der EU beschloss mit Blick auf zwei Drittstaaten, Gambia und Äthiopien, von den 2019 überarbeiteten Regeln über einen Visakodex der Gemeinschaft ([2019/1155/EU](#)) Gebrauch zu machen (Art. 25a Abs. 5; Brüssel Aktuell 22/2019). Demnach können zur Förderung der Mitarbeit von Drittstaaten bei der Rücknahme irregulärer Migranten restriktive Maßnahmen bei Schengen-Visa eingeführt werden. Mit Bezug auf [Gambia](#) beschloss der Rat am 12. April 2024 die seit 2022 erhöhten Visumsgebühren von 120 € wieder auf regulär 80 €

abzusenken, da dieser Staat die Zusammenarbeit bei der Rückübernahme in Bezug auf die Organisation von Rückführungsflügen und -einsätzen „erheblich und nachhaltig“ verbessert habe...

Migration II: Finanzielle Unterstützung für den Libanon & intensivere Zusammenarbeit

In einem [Pressestatement](#) erklärte die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen am 2. Mai 2024 in Beirut, dass die EU die Unterstützung für den Libanon fortführen werde. Im Beisein des zyprischen Präsidenten Nikolas Christodoulides und des libanesischen Premierministers Najib Mikati erklärte sie, dass sich die Unterstützung auf drei Bereiche, grundlegende Dienstleistungen, interne Reformen und Grenz- und Migrationssteuerung, konzentrieren werden. Für den Zeitraum bis 2027 werde 1 Mrd. € zur Verfügung gestellt...

Kultur: Preisträger des Europäischen Integrations- und Vielfaltspreises 2024

Am 25. April 2024 hat die EU-Kommission die Gewinner der dritten Ausgabe des [Preises](#) (engl.) „Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt“ bekannt gegeben. Dieser Preis würdigt Städte, Gemeinden und Regionen in der gesamten EU für ihre Initiativen zur Förderung von Inklusion und Vielfalt. In diesem Jahr wurden Städte und Gemeinden in Kroatien, Italien, Slowenien, Spanien und Schweden ausgezeichnet...

Veranstaltungshinweis: Kommunen sagen Ja zu Europa

Am 12. Juni 2024 findet in Cottbus das [Forum](#) "Kommunen sagen Ja zu Europa" statt. Ziel ist es, grenzübergreifende Partnerschaftsarbeit zwischen Städten und Gemeinden wiederzubeleben und nachhaltig zu gestalten. Die Tagung richtet sich an Mitarbeitende kommunaler Verwaltungen sowie Akteure aus der Jugendarbeit und Bildung...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Schengen I: Kommission veröffentlicht Statusbericht 2024

Am 16. April 2024 veröffentlichte die EU-Kommission den jährlichen Schengen-[Statusbericht](#) 2024 (englischsprachig), der aktuelle Entwicklungen des Schengen-Raums darlegt. Dieser wird von der Kommission seit 2022 vorgelegt. Im Fokus stehen Entwicklungen im Schengen-Raum 40 Jahre nach dessen Entstehung sowie aktuelle Umsetzungslücken der Schengen-Vorschriften im Zyklus 2023-2024...

Schengen II: Parlament verabschiedet Reform des Schengen-Grenzkodex

Am 24. April 2024 stimmte das EU-Parlament der im Trilog im Februar 2024 gefundenen Einigung zu einer Reform der [Verordnung](#) über einen Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen („Schengen-Grenzkodex“) abschließend zu (zuletzt Brüssel Aktuell 4/2024)...

Konsultation I: Verbringung von Abfällen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 30. April 2024 eine [Konsultation](#) über den Entwurf einer Delegierten Verordnung inkl. Annex zur Ergänzung der [Verordnung](#) EG 1013/2006 des EU-Parlaments und des Rates durch die Festlegung der Informationen, die in der Bescheinigung über den Abschluss eines späteren vorläufigen oder nicht vorläufigen Verwertungsverfahrens oder eines späteren vorläufigen oder nicht vorläufigen Beseitigungsverfahrens...

Konsultation II: Delegierte Verordnung zur Tiergesundheit

Die EU-Kommission veröffentlichte am 30. April 2024 eine [Konsultation](#) über eine Delegierte Verordnung inkl. Annex (englischsprachig) zur Ergänzung der [Verordnung](#) (EU) 2016/429 des EU-Parlaments und des Rates hinsichtlich der Vorschriften für die Zulassung und Anerkennung des Seuchenfreiheitsstatus von Kompartimenten, in denen Landtiere gehalten werden. Dieser Rechtsakt soll das EU-Tiergesundheitsrecht zur Vorbeugung und Bekämpfung von Tierseuchen ergänzen, die auf andere Tiere oder Menschen übertragbar sind...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Green Deal Funding Alert: Jetzt auch in Deutsch verfügbar

Seit dem 3. April 2024 ist der vom Ausschuss der Regionen herausgegebene Green Deal Funding Alert in allen 24 EU-[Amtssprachen](#) verfügbar. Der Green Deal Funding Alert ist ein monatlicher Newsletter, der über Finanzierungsmöglichkeiten und Initiativen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des Übergangs zur Klimaneutralität auf dem Laufenden hält...

Horizont Europa: Kommission mobilisiert Mittel für Forschung und Innovation

Am 17. April 2024 nahm die EU-Kommission eine [Änderung](#) des Arbeitsprogrammes 2023-2024 von „Horizont Europa“ an (zuletzt Brüssel Aktuell 7/2024). Durch die besagte Änderung werden bisher nicht zugewiesene Mittel von 1,4 Mrd. EUR mobilisiert. Ein Schwerpunkt werden Investitionen in Forschungs- und Innovationstätigkeiten sein, die unter die EU-Missionen fallen...

In eigener Sache

Stellenausschreibung: Referent (w/m/d) als stellvertretende Büroleitung

Die Kommunalen Landesverbände Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag Baden-Württemberg suchen für ihr Europabüro in Brüssel schnellstmöglich einen [Referenten](#) (w/m/d) als stellvertretende Büroleitung...

BRÜSSEL AKTUELL

10/2024

8. bis 24. Mai 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilferecht: Erneute Änderung des Befristeten Rahmens zur Krisenbewältigung

Die EU-Kommission hat am 2. Mai 2024 über eine zweite [Änderung](#) des [Befristeten Rahmens](#) für staatliche Beihilfen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels informiert (zuletzt Brüssel Aktuell 19/2023). Demnach wird die Gewährung der begrenzten Beihilfebeträge (Abschnitt 2.1 des Befristeten Rahmens in Bezug auf Beihilfen für Unternehmen, die in der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder im Fischerei- und Aquakultursektor tätig sind) um weitere sechs Monate bis zum 31. Dezember 2024 verlängert...

Digitalisierung: Digitale Identität im Amtsblatt veröffentlicht

Am 30. April 2024 wurde die [Verordnung](#) über die europäische digitale Identität (eID) veröffentlicht. Sie ersetzt die bestehende Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (eIDAS-[Verordnung](#)) von 2014. Im Zuge der Überarbeitung hatte die EU-Kommission im Juni 2021 einen neuen Rechtsrahmen vorgeschlagen, mit dem allen Bürgerinnen und Bürgern sowie in der EU ansässigen Unternehmen eine Briefftasche für die europäische digitale Identität („EUid-Briefftasche“) zugänglich würde...

Kurzzeitvermietungen: Verordnung tritt in Kraft

Am 19. Mai 2024 ist die Verordnung (EU) [2024/1028](#) über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften in Kraft getreten, nachdem sie am 29. April 2024 im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurde. Ziel der Verordnung ist es, Kurzzeitvermietungen von Unterkünften auf Online-Plattformen transparenter zu gestalten und den Datenaustausch zwischen Online-Plattformen und Behörden zu harmonisieren...

Frühjahrsprognose: Aktuelle Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Am 15. Mai 2024 veröffentlichte die EU-Kommission die [Frühjahrsprognose](#) (englischsprachig) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten in den Jahren 2024 und 2025. Die Wirtschaft der EU zeigt Anzeichen einer allmählichen Erholung. Nach einer Phase der Stagnation wird für 2024 ein BIP-Wachstum von 1,0 % in der EU und 0,8 % im Euro-Währungsgebiet erwartet (Deutschland: 0,1 %)...

Grüner Deal I: Leitlinien und Empfehlungen zu erneuerbaren Energien

Am 13. Mai 2024, fast zwei Jahre nach Annahme des REPowerEU-Plans, legte die EU-Kommission mehrere Leitlinien und Empfehlungen (englischsprachig) zur weiteren Beschleunigung des Ausbaus und der Nutzung erneuerbarer Energien sowie Verringerung des Imports fossiler Brennstoffe aus Russland vor. Die Initiative soll dazu beitragen, den europäischen Grünen Deal weiter umzusetzen, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, und die Resilienz des Energiesystems zu erhöhen. Konkret handelt es sich dabei um [Empfehlungen](#) und [Leitlinien](#) zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, um [Leitlinien](#) für die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für erneuerbare Energie und [Empfehlungen](#) und [Leitlinien](#) zur Gestaltung von Auktionen für erneuerbare Energien...

Grüner Deal II: Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie im Amtsblatt veröffentlicht

Am 8. Mai 2024 ist die Richtlinie (EU) [2024/1275](#) über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden und tritt damit am 28. Mai 2024 formell in Kraft (zuletzt Brüssel Aktuell 8/2024). Die Richtlinie verfolgt das Ziel, die Energieeffizienz von Gebäuden mithilfe neuer Anforderungen zu steigern und Emissionen zu senken...

Klima: Bericht zur Auswirkung des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit

Die Europäische Umweltagentur (EUA) veröffentlichte am 15. Mai 2024 einen [Bericht](#) (englischsprachig) mit dem Titel „Reaktion auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit in Europa: Schwerpunkt Überschwemmungen, Dürren und Wasserqualität“. Darin warnt die EUA vor den zunehmenden gesundheitlichen Bedrohungen durch den Klimawandel. Überschwemmungen, Dürren und schlechtere Wasserqualität würden die Gesundheit der Europäer:innen zunehmend gefährden...

Umwelt: Richtlinie zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt ist in Kraft

Am 20. Mai 2024 ist die Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt ((EU) [2024/1203](#)) in Kraft getreten. Die neuen Regelungen umfassen eine erweiterte Liste von Straftatbeständen, einschließlich illegalen Holzhandels, Erschöpfung von Wasservorräten, schweren Verstößen gegen die EU-Chemikalienvorschriften und Meeresverschmutzung durch Schiffe. Zudem beinhalten sie sogenannte qualifizierte Straftaten, wie großflächige Waldbrände oder weitreichende Verschmutzungen von Luft, Wasser und Boden, die mit Ökoziden vergleichbar sind...

Landwirtschaft: Unterstützungspaket angenommen

Am 13. Mai 2024 nahm der Rat der EU das [Paket](#) zur Unterstützung von Landwirtinnen und Landwirten abschließend an, nachdem die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Überarbeitung der Verordnungen (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 erst am 18. März 2024 vorgestellt hatte, um für mehr Flexibilität und weniger Verwaltungsaufwand im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) zu sorgen. Dieses Paket wurde vom EU-Parlament am 24. April 2024 angenommen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

URBACT: Konsultation gestartet

Die EU-Kommission hat eine [Konsultation](#) über die Zukunft des Interreg-Kooperationsprogramms URBACT gestartet. Diese Umfrage trägt dazu bei, den Stimmen der Städte über die zukünftige Ausrichtung des Programmes und der interregionalen Zusammenarbeit von Städten für eine nachhaltige urbane Entwicklung Gehör zu verschaffen. URBACT wird durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie durch die 27 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und die Schweiz finanziert...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Rat billigt Asyl- und Migrationspaket abschließend

Am 14. Mai 2024 hat der Rat der EU auf Ministerebene die verschiedenen Rechtsakte des Asyl- und Migrationspakets abschließend [gebilligt](#) (Pressemitteilung), nachdem das EU-Parlament als Ko-Gesetzgeber diesen am 10. April 2024 gestimmt hatte (Brüssel Aktuell 7/2024). Hauptziel des Pakets ist es, ein einheitliches und begrenzendes Regelwerk bei der Erfassung, Aufnahme und ggf. Rückführung von Geflüchteten EU-weit mit besonderen Bestimmungen bei krisenhaften Situationen zur Anwendung zu bringen sowie eine gerechtere Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten sicherzustellen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Kommission: Übersicht über zurückgezogene Vorschläge

Im Amtsblatt der Europäischen Union ist am 6. Mai 2024 eine Liste der zurückgenommenen Vorschläge der Kommission veröffentlicht worden. Diese [Rücknahme](#) erfolgte formell durch einen Beschluss der Kommission. Einige der zurückgenommenen Vorschläge betreffen den europäischen Grünen Deal, u. a. die Regelung der nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln...

Europawahl 2024: Aufruf zur aktiven Teilnahme

Das EU-Parlament hat am 29. April 2024 eine überparteiliche [Kampagne](#) zur Europawahl 2024 unter dem Motto „Nutze deine Stimme. Sonst entscheiden andere für dich.“ gestartet, um die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl zu ermutigen und die Bedeutung der Demokratie zu betonen. Vom 6. bis zum 9. Juni 2024 sind mehr als 370 Millionen Menschen in den 27 EU-Mitgliedstaaten aufgerufen, ein neues EU-Parlament direkt zu wählen. Mit TV- und Radio-Spots sowie einem [Kurzfilm](#), der persönliche Geschichten von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern über ihre Erfahrungen mit Demokratie und Diktatur erzählt, wird die Botschaft verbreitet...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Energieinfrastruktur: Aufruf zur Förderung grenzüberschreitender Projekte

Am 30. April 2024 hat die EU-Kommission einen neuen [Aufruf](#) (englischsprachig) für Energieinfrastrukturprojekte im Wert von bis zu 850 Mio. € lanciert. Dieser zielt darauf ab, grenzüberschreitende Schlüsselprojekte zu fördern, die auf der [Liste](#) der Projekte von gemeinsamem und gegenseitigem Interesse stehen. Erstmals sind auch Offshore-Stromnetze und Wasserstoffprojekte förderfähig...

Europäische Stadtinitiative: Dritter Förderaufruf gestartet

Der dritte Aufruf der [Europäischen Stadtinitiative](#) für innovative Projekte (EUI) mit einem Gesamtbudget von 90 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist eröffnet und läuft bis zum **14. Oktober 2024**. Es werden innovative Projekte in den Bereichen "Energiewende" und "Technologie in Städten" gefördert, wobei jedes Projekt bis zu 5 Mio. € Kofinanzierung erhalten kann...

In eigener Sache

Gemeinsame Europa-Positionierung aus Bayern und Baden-Württemberg

Anlässlich der Europawahlen am 9. Juni 2024 wenden sich die Kommunalen Spitzen- und Landesverbände Bayerns und Baden-Württembergs mit einem gemeinsamen Forderungspapier an die Europapolitik. Darin formulieren sie konkrete Forderungen in den Bereichen Klima und Umwelt, Digitales, Zukunftsinvestitionen, Kohäsionspolitik, Asyl und Migration und zur Stärkung der kommunalen Beteiligung in Europa...

BRÜSSEL AKTUELL

11/2024

24. Mai bis 7. Juni 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wettbewerbsfähigkeit: Deutsch-französische Initiative für mehr Wachstum

Am 23. Mai 2024 veröffentlichten Bundeswirtschaftsminister Habeck und der französische Wirtschafts- und Finanzminister Le Maire eine gemeinsame [Erklärung](#) (engl. mit inoffizieller deutscher [Übersetzung](#)), in dem sie ihre wirtschaftspolitischen Ziele für die EU der nächsten fünf Jahre darlegten. Ziel des deutsch-französischen Vorstoßes ist es, Ideen für eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit, den Wohlstand und die Resilienz der EU zu umreißen. Damit nimmt die Debatte über die zukünftige strategische Ausrichtung der EU nach den Europawahlen weiter an Fahrt auf, nachdem der letzte Europäische Rat seinen Schwerpunkt bereits auf die Wettbewerbsfähigkeit und den EU-Binnenmarkt legte (Brüssel Aktuell 8/2024)...

Umwelt, Energie und Verkehr

Energieeffizienz: Europäische Koalition zur Finanzierung gestartet

EU-Energiekommissarin Kadri Simson hat am 22. April 2024 offiziell die Europäische Koalition zur Finanzierung von Energieeffizienz gestartet. Die 27 Mitgliedstaaten hatten am 19. Dezember 2023 eine gemeinsame [Erklärung](#) (englischsprachig) dazu unterzeichnet. Die [Koalition](#) (englischsprachig) zielt darauf ab, private Investitionen und Marktakzeptanz für Energieeffizienz zu fördern und die Zusammenarbeit der Akteure zu stärken...

Umwelt: Neuer EU-Bericht zur Qualität von Badegewässern in Europa

Am 28. Mai 2024 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Europäischen Umweltagentur (EEA) ihren Jahresbericht über die Badegewässer in Europa (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2023). Die jeweiligen Länderberichte aller EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz und Albanien sind zusammen mit einer interaktiven Karte zur Qualität von einzelnen Badegewässern [online](#) (englischsprachig) abrufbar...

Grüner Deal: Ausschuss der Regionen veröffentlicht Bericht für künftige Ausrichtung

Der Ausschuss der Regionen (AdR) veröffentlichte am 29. Mai 2024 im Rahmen einer Veranstaltung in Brüssel einen [Bericht](#) (engl.) („Regions and cities shaping the European Green Deal 2.0“) zur Zukunft der EU-Klimapolitik. Vor dem Hintergrund der anhaltenden negativen Trends im Bereich Klima- und Umweltschutz wird mit Blick auf die kommende EU-Gesetzgebungsperiode für weitere Maßnahmen plädiert. Dabei wurde die Rolle der regionalen und lokalen Ebene hervorgehoben...

Migration I: Asyl- und Migrationspaket tritt in Kraft

Zum 11. Juni 2024 treten – mit wenigen Ausnahmen – die verschiedenen Rechtsakte des von den Ko-Gesetzgebern, EU-Parlament und Rat, verabschiedeten Asyl- und Migrationspakets offiziell Kraft, nachdem das EU-Amtsblatt diese am 22. Mai 2024 veröffentlichte (Brüssel Aktuell 10/2024)...

Migration II: Resümee (2019-2024) und Ausblick

Mit dem Inkrafttreten und der anstehenden Umsetzungsphase der einzelnen Komponenten des Asyl- und Migrations-Gesetzespakets beginnt eine neue politische Phase. Dabei ist die ausscheidende EU-Kommission unter ihrer Präsidentin auf Wunsch der nationalen Regierungen seit Amtsantritt 2019 in diesem Politikbereich über die laufende Gesetzgebung hinaus in vielen Bereichen aktiv geworden bspw. im Bereich bilateraler Vereinbarungen mit Staaten in der europäischen Nachbarschaft. Die nun beginnende Umsetzungsphase wird das Dossier weiterhin auf der Agenda der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten für die kommenden Gesetzgebungsperiode 2024-2029 behalten. In Anbetracht politischer Trends und Entwicklungen auf EU-Ebene ergeben sich für die Kommunen mehrere Punkte, die in den kommenden Jahren ihre Aufmerksamkeit verdienen...

Horizont 2020: Rat billigt Schlussfolgerungen zur Bewertung

Der Rat der Europäischen Union hat am 23. Mai 2024 die Schlussfolgerungen zur „Ex-post-Bewertung von [Horizont 2020](#) und Zukunftsperspektiven“ gebilligt. Die EU-Kommission legte am 29. Januar 2024 die Ex-post-Bewertung (englischsprachig) von Horizont 2020 vor. Fast 35.000 Projekte wurden finanziert, an denen 40.000 Organisationen beteiligt waren...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

LIFE: zwei Gewinnerprojekte kommen aus Bayern und Sachsen

Jedes Jahr werden im Rahmen des LIFE-Programms der EU für Umwelt- und Klimaschutz Preise für transformative Projekte vergeben. Im diesjährigen Wettbewerb konnten sich zwei deutsche Projekte durchsetzen. Der LIFE-Preis für Natur ging an „[LIFE Flusserlebnis Isar](#)“...

In eigener Sache

euRobi-Stifterpreis: Erfolg für Praktikanten Marius Lang

Marius Lang, ehemaliger Praktikant des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen, hat dieses Jahr den [dritten Platz](#) beim euRobi-Stifterpreis der Europäischen Bewegung Baden-Württemberg e.V. gewonnen. Der 2017 ins Leben gerufene Preis zeichnet Auszubildende aus, die im Rahmen ihrer dualen Ausbildung Zeit im europäischen Ausland verbracht und dabei wertvolle Erfahrungen gesammelt haben. Mit seinem Einsatz für das duale Ausbildungssystem und der Förderung des europäischen Gedankens erhielt Marius ein Preisgeld von 500 EUR. Die Preisverleihung findet am 10. Juli 2024 statt. Herzlichen Glückwunsch!

BRÜSSEL AKTUELL

12/2024

7. bis 21. Juni 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Vergaberecht: Rat nimmt Schlussfolgerungen des Rechnungshofs an

Am 24. Mai 2024 haben die Mitgliedstaaten im Rat ihre [Schlussfolgerungen](#) zum [Sonderbericht](#) des Europäischen Rechnungshofes zum öffentlichen Auftragswesen in der EU angenommen (Brüssel Aktuell 19/2023). Demnach wird ein europaweiter strategischer Aktionsplan für das öffentliche Auftragswesen vorgeschlagen, der eine effiziente Nutzung öffentlicher Gelder sicherstellen, klare Regeln durchsetzen, Zugang zu Informationen erleichtern und echten Wettbewerb fördern soll...

Umwelt, Energie und Verkehr

Kreislaufwirtschaft: Mitgliedstaaten stimmen Recht auf Reparatur zu

Am 30. Mai 2024 haben die Mitgliedstaaten im Rat die [Richtlinie](#) über das Recht auf Reparatur angenommen, die die Reparatur beschädigter oder fehlerhafter Waren erleichtern soll (zuletzt Brüssel Aktuell 8/2024). Die neuen Vorschriften ermöglichen es Verbraucher:innen, Waren leichter reparieren zu lassen, anstatt sie zu ersetzen. Die Richtlinie führt ein neues Recht ein, das Reparaturen günstiger und schneller machen und Anreize für langlebigere Produkte schaffen soll...

Abfallrahmenrichtlinie: Rat verabschiedet allgemeine Ausrichtung

Am 17. Juni 2024 haben die Mitgliedstaaten im Rat ihre Allgemeine Ausrichtung zur [Überarbeitung](#) der Abfallrahmenrichtlinie (2008/98/EG) verabschiedet. Ziel ist es, die Lebensmittelverschwendung bis 2030 um 10 % in der Verarbeitung und Herstellung sowie um 30 % pro Kopf im Einzelhandel, in Restaurants und Haushalten zu reduzieren. Die Richtlinie sieht auch vor, dass die EU-Kommission bis Ende 2027 spezifische Ziele für genießbare Lebensmittel festlegen soll...

Bodenüberwachung: Mitgliedstaaten nehmen ihre Position an

Am 17. Juni 2024 haben die Mitgliedstaaten im Rat ihre allgemeine [Ausrichtung](#) zum Vorschlag für eine Richtlinie zur Bodenüberwachung und -resilienz (Bodenüberwachungsgesetz) verabschiedet. Danach sollen die Mitgliedstaaten die Bodengesundheit überwachen und bewerten, unter Berücksichtigung lokaler Bedingungen und nachhaltiger Managementprinzipien. Maßnahmen gegen Bodenversiegelung und -zerstörung sowie zur Identifizierung und Sanierung kontaminierter Standorte sollen eingeführt werden...

Grüner Deal I: Mitgliedstaaten stimmen der Wiederherstellung der Natur zu

Am 17. Juni 2024 haben die Mitgliedstaaten im Rat die [Verordnung](#) zur Wiederherstellung der Natur mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet (Brüssel Aktuell 2/2024). Diese zielt darauf ab, bis 2030 mindestens 20 % der Land- und Meeresgebiete der EU und bis 2050 alle wiederherstellungsbedürftigen Ökosysteme wiederherzustellen. Zwei wesentliche Definitionen für Kommunen wurden festgelegt: „Städtische Grünfläche“ und „Städtische Baumüberschirmung“. Die Mitgliedstaaten müssen bis zum 31. Dezember 2030 sicherstellen, dass es in städtischen Ökosystemen keinen Nettoverlust an Grünflächen und Baumüberschirmung gibt...

Grüner Deal II: Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte gebilligt

Am 13. Juni 2024 wurde die neue [Ökodesign](#)-Verordnung durch EU-Parlament und Rat und durch Unterschrift ihrer Präsidenten formal angenommen. Die Verordnung nimmt sich zum Ziel, nachhaltige Produkte zu fördern und ersetzt die bisherige Richtlinie ([2009/125/EG](#)). Außerdem wurde sie auf alle Produkte auf dem EU-Markt ausgeweitet. Sie etabliert neue Standards für die Langlebigkeit von Produkten, indem sie spezifische Anforderungen an deren Haltbarkeit und Reparaturfähigkeit stellt. Ab sofort gilt außerdem ein Verbot der Vernichtung von nicht verkauften Textilwaren und Schuhen, wobei eine Ausnahmeregelung für kleine und mittlere Unternehmen besteht...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsion I: Ausschuss der Regionen äußert sich besorgt über aktuelle Entwicklungen

Vasco Alves Cordeiro, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), hat am 17. Juni 2024 in einem [Brief](#) (englischsprachig) an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Bedenken der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas zu geplanten Reformen der Kohäsionspolitik geäußert. Anlass sind Nachrichten über eine mögliche Zentralisierung der Fonds nach dem Modell der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF), die die Grundsätze der ortsbezogenen Ansätze, Multi-Level-Governance und Partnerschaft gefährden könnte...

Kohäsion II: Mitgliedstaaten tagen zur Kohäsionspolitik

Die Mitgliedstaaten diskutierten am 18. Juni 2024 im [Rat](#) für „Allgemeine Angelegenheiten“ über die Verbindung der Kohäsionspolitik mit der strategischen Agenda der EU für 2024 bis 2029, die Ende Juni 2024 verabschiedet werden soll. Die Kohäsionspolitik fördere dabei Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, soziale Eingliederung, ökologischen und digitalen Wandel sowie industrielle Transformation in den EU-Regionen. Sie sei entscheidend für die Reduzierung regionaler Entwicklungsunterschiede und unterstütze die EU-Erweiterung...

Regionalbeihilfen: Kommission nimmt Änderung an Leitlinien vor

Am 31. Mai 2024 hat die EU-Kommission eine [Änderung](#) (englischsprachig) für [Regionalbeihilfenleitlinien](#) angenommen, um den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, für Investitionsvorhaben im Rahmen der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) höhere Regionalbeihilfen zu gewähren. STEP soll die Entwicklung und Herstellung kritischer Technologien für den grünen und digitalen Wandel sowie die strategische Souveränität der EU fördern...

Soziales, Bildung und Kultur

Asyl: EuGH verurteilt Ungarn wegen schwerwiegender Verletzung des EU-Rechts

Laut einem Urteil ([C-123/22](#)) vom 13. Juni 2024 des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wurde Ungarn zur Zahlung eines Pauschalbetrags über 200 Mio. € sowie zusätzlich zu einem täglichen Zwangsgeld über 1 Mio. € wegen fortlaufender Vertragsverletzung verurteilt. Im Dezember 2020 entschied der EuGH bereits über einen Verstoß Ungarns gegen das EU-Recht bei Verfahren für internationalen Schutz und der Rückführung illegaler Drittstaatsangehöriger ([C-808/18](#)). Ungarn beschränkte demnach den Zugang zu Schutzverfahren, nahm

Schutzsuchende rechtswidrig in Transitzonen in Haft und verletzte ihr Recht, bis zur endgültigen Entscheidung im Land zu bleiben...

Asyl- und Migrationspaket: Kommission stellt Fahrplan für Umsetzung vor

Nach Verabschiedung und Inkrafttreten der verschiedenen Gesetze des Asyl- und Migrationspakets (Brüssel Aktuell 11/2024) veröffentlichte die EU-Kommission am 12. Juni 2024 einen gemeinsamen [Plan](#) (engl.) für dessen Umsetzung samt einem Annex und eines Arbeitsdokuments mit einer operativen Checkliste und Liste der Durchführungs- und delegierten Rechtsakte. Das vorgestellte Dokument soll den Mitgliedstaaten für die Erstellung der nationalen Umsetzungspläne als Unterstützung dienen, die bis Ende 2024 angenommen werden müssen...

Migration: EU-Asylagentur veröffentlicht Berichte

Am 16. Mai 2024 legte die EU-Asylagentur (EUAA) mit Sitz in Malta aktuelle [Zahlen](#) (englischsprachig) zu gestellten Asyl-Anträgen in der „EU+“ (d. h. Europäischen Union, Norwegen und die Schweiz) für die ersten drei Monate des Jahres 2024 vor. Im März 2024 erhielten die Asylbehörden der EU+ insgesamt 83.000 Asylanträge, den niedrigsten Stand seit fast einem Jahr. Die Zahl der ausstehenden Erstentscheidungen stieg im März 2024 auf über 913.000, den höchsten Stand seit mehr als sieben Jahren. Ende März 2024 profitierten etwa 4,3 Mio. Personen von temporärem Schutz in der EU+, hauptsächlich aufgrund der Flucht vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine...

Ukraine: Kommission schlägt Verlängerung des Schutzstatus für Geflüchtete vor

Am 10. Juni 2024 veröffentlichte die EU-Kommission ihren [Vorschlag](#) für einen Durchführungsbeschluss des Rates, wonach die Anwendung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz (sog. Massenzustrom-Richtlinie, [2001/55/EG](#)) für ukrainische Geflüchtete um ein weiteres Jahr verlängert werden soll (zuletzt Brüssel Aktuell 5/2023). Bereits in der EU befindliche Personen und jene, die noch ankommen werden, erhielten somit ein Aufenthaltsrecht bis zum 4. März 2026...

Gleichstellung: Standards für Gleichstellungsstellen treten in Kraft

Am 18. Juni 2024 traten zwei Richtlinien zur Stärkung der Rolle und Unabhängigkeit der Gleichstellungsstellen in Kraft, nachdem sie am 29. Mai im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurden (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2022). Dabei handelt es sich um eine Richtlinie ([2024/1500/EU](#)) über Standards für Gleichstellungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen sowie um eine Richtlinie ([2024/1499/EU](#)) über die Rolle der Gleichstellungsstellen bei der Bekämpfung von Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung...

Öffentliche Gesundheit I: EU-Drogenbericht 2024 veröffentlicht

Am 11. Juni 2024 veröffentlichte die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) den „Europäischen [Drogenbericht 2024](#) (engl.): Trends und Entwicklungen“ (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2023). In dem Bericht wird auf Grundlage von Daten aus den EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und Norwegen die Drogensituation in Europa bis Ende 2023 dargestellt sowie mögliche Veränderungen, Entwicklungen und Herausforderungen des europäischen Drogenmarkts bzw. -konsums analysiert...

Öffentliche Gesundheit II: Erweitertes Mandat der EU-Drogenagentur

Die bisherige Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht ([EMCDDA](#)) wird am 2. Juli 2024 durch die Drogenagentur der Europäischen Union (EUDA) ersetzt ([2023/1322/EU](#)). Die EUDA wird die wesentlichen Aufgaben der EMCDDA, d. h. die Erhebung, Analyse und Verbreitung von Daten, fortführen und erweiterte Zuständigkeiten erhalten, die zur Bewältigung derzeitiger und künftiger Herausforderungen im Zusammenhang mit illegalen Drogen erforderlich sind...

Europawahl 2024: Vorstellung des Wahlergebnisses und der MdEP aus BY und BW

Aus den Europawahlen vom 6. bis 9. Juni 2024 ging wieder die christdemokratische EVP als stärkste Fraktion des EU-Parlaments hervor, gefolgt von sozialdemokratischer S&D, den Liberalen (Renew) und der konservativen EKR. In der Wahlperiode 2024-2029 werden den vorläufigen [Ergebnissen](#) der Bundeswahlleiterin zufolge nur noch 11 Abgeordnete aus Bayern vertreten sein (2019: 15), d. h. 6 CSU-, 2 AfD-, 1 SPD-Mitglied, 1 Mitglied der neuen BSW-Partei (Bündnis Sahra Wagenknecht) und 1 Freie Wählerin (FW). Baden-Württemberg wird von 9 Abgeordneten (statt bisher 12) im EU-Parlament repräsentiert. Sie setzen sich aus 4 CDU-, 1 AfD-, 1 Bündnis 90/Die Grünen-Mitglied, 2 SPD-Mitgliedern und 1 FDP-Mitglied zusammen. Die Wahlbeteiligung lag in Deutschland insgesamt bei 64,8 %, in Bayern bei 65,5 %, und in Baden-Württemberg bei 66,4 %, d. h. jeweils höher als 2019...

In eigener Sache

Personal: Die Bürogemeinschaft sagt Dankeschön an Jonathan Koch

Die Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen verabschieden sich mit einem wehmütigen Auge bei Jonathan Koch (JK). Jonathan Koch hat seit September 2021 die Bürogemeinschaft in Brüssel verstärkt und sich insb. um die Themenbereiche Digitalisierung und EU-Förderpolitik gekümmert. Die Bürogemeinschaft bedankt sich bei ihm für die gemeinsame Arbeit an der Zukunft Europas und die Schärfung des kommunalen Blicks in Brüssel. Für die neuen Wege im baden-württembergischen Landesdienst wünscht die Bürogemeinschaft Jonathan Koch alles Gute und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit – ganz im Sinne: Kommunen und Land, Hand in Hand.

BRÜSSEL AKTUELL

13/2024

21. Juni bis 5. Juli 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

EU-Haushalt: Kommission legt Jahreshaushaltsplan für 2025 vor

Am 19. Juni 2024 stellte die EU-Kommission den [Haushaltsentwurf](#) (engl.) für das Jahr 2025 vor ([Pressemitteilung](#)). Der Entwurf umfasst ein Budget von 199,7 Mrd. € und Zahlungen aus dem Aufbauprogramm „Next Generation EU“ in Höhe von etwa 72 Mrd. €. Dabei werden die im Februar 2024 im Rahmen der Halbzeitrevision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 vereinbarten [Änderungen](#) berücksichtigt. Der Haushaltsentwurf legt aus Sicht der Kommission den Fokus auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und internationalen Partnern, um Europas Widerstandsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit zu stärken...

Wirtschaft: Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2024 vorgelegt

Am 19. Juni 2024 legte die EU-Kommission das [Frühjahrspaket](#) des Europäischen Semesters 2024, das u. a. spezifische [Länderberichte](#) und länderspezifische [Empfehlungen](#) (engl.) enthält. Dieser jährliche Prozess nimmt sich zum Ziel, den Mitgliedstaaten Orientierung bei der Bewältigung zentraler wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen zu geben, um Wettbewerbsfähigkeit und langfristigen Wohlstand zu sichern...

Wettbewerbsfähigkeit: Verordnung zur Netto-Null-Industrie tritt in Kraft

Am 29. Juni 2024 trat die Verordnung [2024/1735/EU](#) zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologien und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 in Kraft, nachdem sie am Vortag im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurde. Die Netto-Null-Industrie-Verordnung soll dafür sorgen, dass künftig mehr saubere Technologien in der EU produziert werden mit Fokus auf solche, die die Energiewende vorantreiben...

Umwelt, Energie und Verkehr

Energie: EU-Methanverordnung verabschiedet

Am 27. Mai 2024 wurde die erste EU-weite [Methanverordnung](#) endgültig verabschiedet und am 13. Juni 2024 durch die Präsidentinnen der Ko-Gesetzgeber unterzeichnet. Damit wird sie in Kürze veröffentlicht und wird in Kraft treten. Sie soll die Methanemissionen im EU-Energiesektor und bei Energieimporten eindämmen. Die Verordnung verpflichtet nun Betreiber von Anlagen innerhalb der EU u. a. dazu, regelmäßig über die Quantifizierung und Messung von Methanemissionen an der Quelle zu berichten, Öl- und Gasunternehmen, ihre Anlagen regelmäßig zu überprüfen, um Methanlecks auf dem Gebiet der EU innerhalb bestimmter Fristen zu identifizieren und zu reparieren...

Wasser: Ratspositionierung zu Aktualisierung der Schadstofflisten

Am 19. Juni 2024 nahm der Rat seinen [Standpunkt](#) (engl.) über die [Richtlinie](#) zur Änderung der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie und der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen an. Durch die Richtlinie wird die Liste der Wasserschadstoffe aktualisiert, indem neue Schadstoffe und damit zusammenhängende Qualitätsnormen für einige per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS), Arzneimittel und Pestizide aufgenommen werden. Die Normen für 24 PFAS in Oberflächengewässern und spezifische Arzneimittel sollen nach Ratsposition bestehen bleiben...

Mobilität: Konsultation zur Überarbeitung des Land- und multimodalen Verkehrs

Die EU-Kommission veröffentlichte am 18. Juni 2024 eine öffentliche [Konsultation](#) (engl.) zum Entwurf neuer Vorschriften für den Land- und multimodalen Verkehr, die die aktuellen Eisenbahnleitlinien ersetzen und durch eine neue Gruppenfreistellungsverordnung (Verkehrs-GVO) ergänzt werden sollen. Interessierte können bis zum **20. September 2024** per [E-Mail](#) Rückmeldung zum Entwurf geben...

Grüner Wandel: Kommission gründet neue Klimastadt-Kapitalplattform

Die EU-Kommission hat am 26. Juni 2024 eine neue „Klimastadt-[Kapitalplattform](#)“ (engl.) ins Leben gerufen, um Städte finanziell zu unterstützen, die an der EU-Mission für klimaneutrale und intelligente Städte teilnehmen. Die Plattform soll zusätzliche finanzielle Ressourcen und Beratung für Städte bereitstellen, die das [Missionssiegel](#) bereits erhalten haben. Die Hauptziele sind, Städte mit Hilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) bei der Finanzierung ihrer Projekte zu unterstützen und ihnen zu helfen, diese Projekte potenziellen Investoren vorzustellen...

Krisenprävention: Kommission trifft Vorbereitungen für Waldbrandsaison 2024

Bereits am 14. Mai 2024 [informierte](#) die EU-Kommission über die diesjährigen Anstrengungen, um die Mitgliedstaaten zu Beginn der Waldbrandsaison in der Krisenprävention („proaktive Maßnahmen“) und im etwaigen Bedarfsfall zu unterstützen. Mit Blick auf die zurückliegenden Jahre verweist die Kommission auf die besondere Bedeutung einer ausreichenden Vorbereitung und einer EU-weiten Koordinierung von Ressourcen zur Waldbrandbekämpfung (Brüssel Aktuell 1/2024)...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Forschung und Innovation: Regionale „Innovationstäler“ ermittelt

Am 19. Juni 2024 [veröffentlichte](#) die EU-Kommission die Namen der regionalen Innovationstäler („Regional Innovation Valley“, RIV) an, die im Rahmen des [Aufrufs](#) (engl.) vom März 2023 (zuletzt Brüssel Aktuell 9/2023) ermittelt wurden. Für Europa wurden 151 [Regionen](#) identifiziert, zwölf davon in Deutschland: u. a. die Metropolregion Nürnberg, Karlsruhe, Oberbayern, Niederbayern und Baden-Württemberg. Die Regionen verpflichten sich, ihr Forschungs- und Innovationsökosystem zu stärken, die Koordinierung und Ausrichtung ihrer Forschungs- und Innovationspolitik in Hinblick auf die wichtigsten EU-Prioritäten zu verbessern sowie Regionen mit geringerer Innovationsleistung einzubeziehen...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration: Vereinbarung zwischen Serbien und der EU zum Grenzmanagement

Am 25. Juni 2024 stellten EU-Innenkommissarin Johansson und der serbische Innenminister Dačić eine [Statusvereinbarung](#) (engl.) zwischen der EU und der Republik Serbien über die operative Zusammenarbeit beim Grenzmanagement mit der EU-Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) vor. Gemäß Kommission stellt diese Vereinbarung einen Baustein des Ende 2022 vorgelegten EU-[Aktionsplans](#) für den Westbalkan (engl.) dar (zuletzt Brüssel Aktuell 11/2024)...

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: AdR-Stellungnahme zu Notdiensten

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) arbeitet an einer [Stellungnahme](#) (engl.) zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Notdiensten in den Grenzregionen der EU. Der Berichtersteller, Pavel Branda (CZ/EKR), bitte um schriftliche [Rückmeldungen](#) per E-Mail von Stakeholdern bis zum **15. Juli 2024** möglich. In vielen dieser Gebiete bestünden Hindernisse, darunter rechtliche und administrative Barrieren, die verhindern, dass Rettungsdienste wie Krankenwagen, Feuerwehr und Polizei effizient grenzüberschreitend tätig werden können...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Legislaturperiode 2024-2029: Einigung bei Strategischer Agenda und Spitzenpersonal

Am 27. Juni 2024 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten auf der Tagung des Europäischen Rats auf eine neue Strategische [Agenda](#) für den Zeitraum 2024-2029 sowie auf die personelle Besetzung der wichtigsten EU-Spitzenämter. Die Agenda soll für die EU-Institutionen als Richtschnur dienen und umfasst die Prioritäten „Ein freies und demokratisches Europa“, „Ein starkes und sicheres Europa“ und „Ein wohlhabendes und wettbewerbsfähiges Europa“. Die personellen Entscheidungen (Abschnitt VI.) sowie die neue Agenda (Anhang) sind Bestandteil der [Ratsschlussfolgerungen](#)...

EU-Ratspräsidentschaft: Prioritäten des ungarischen Vorsitzes

Am 1. Juli 2024 übernahm [Ungarn](#) für die kommenden sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Ungarn wird als letztes Land der aktuellen Trio-Präsidentschaft die im Vorfeld mit Spanien und Belgien festgelegten gemeinsamen [Schwerpunkte](#) weiterverfolgen und hat sein eigenes [Arbeitsprogramm](#) (engl.) darauf aufgebaut. Unter dem Motto „Make Europe Great Again“ rückt Ungarn u. a. die Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Migration, den demografischen Wandel und die EU-Erweiterung durch die Länder des Westbalkans ins Zentrum seiner Ratspräsidentschaft. Auch soll in Zusammenarbeit mit dem neu gewählten EU-Parlament und einer neuen EU-Kommission ein reibungsloser institutioneller Übergang gewährleistet werden...

Digitales I: Kommission veröffentlicht Mitteilung zum Stand der Digitalen Dekade 2024

Die EU-Kommission veröffentlichte am 2. Juli 2024 eine [Mitteilung](#) (engl.) zum Stand der Digitalen Dekade 2024 ([Anhänge](#), engl.; [Übersicht](#) zur Digitalen Dekade). Dabei fasst die Kommission die Fortschritte bei der Umsetzung der Digitalen Dekade zusammen und zeigt konkrete Entwicklungen in den [Mitgliedstaaten](#) auf. Die EU stehe vor der Herausforderung, die digitale Kluft zu überwinden und die Ziele der digitalen Dekade bis 2030 zu erreichen. Dies erfordere jedoch verstärkte Anstrengungen, koordinierte Maßnahmen und erhebliche Investitionen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene...

Digitales II: Kommission startet Konsultation zu Digitales Europa

Die EU-Kommission hat eine 12-wöchige [Konsultation](#) für Interessengruppen zum Programm „Digitales Europa“ gestartet, um Einblicke in deren Bedürfnisse hinsichtlich der digitalen Transformation, den Nutzen des Programms und mögliche Verbesserungen zu gewinnen. Ziel ist es, verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen. Dazu sind kleine und mittlere Unternehmen, NGOs, Hochschulen, Sozialpartner, Behörden und Bürger:innen aus EU-Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern aufgerufen, ihre Meinungen abzugeben...

Digitales III: Kommission startet Konsultation im Rahmen der NIS2-Richtlinie

Die EU-Kommission plant im 3. Quartal dieses Jahres eine Durchführungsverordnung für die überarbeitete Richtlinie über Netz- und Informationssicherheit ([NIS2-Richtlinie](#)) zur Abwehr von Cyberbedrohungen in Europa zu erlassen. Hierfür sind Rückmeldungen bis zum **25. Juli 2024** mit einem [EU-Zugang](#) zum Entwurf möglich...

Data Governance Act: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Am 23. Mai 2024 hat die EU-Kommission ein [Vertragsverletzungsverfahren](#) gegen Deutschland mit einem Aufforderungsschreiben eröffnet hinsichtlich der Umsetzung des Daten-Governance-[Rechtsakts](#) (2022/868/EU). Grund dafür ist, dass Deutschland keine zuständige Behörde für die Durchführung des Daten-Governance-Rechtsakts benannt bzw. nicht nachgewiesen hat, dass die zuständigen Behörden zur Ausführung der im Rechtsakt vorgeschriebenen Aufgaben befugt sind...

Ukraine: EU unterzeichnet Finanzhilfe für den Wiederaufbau

Die EU hat auf der [Wiederaufbau-Konferenz](#) für die Ukraine am 11. Juni 2024 in Berlin neue Garantie- und [Finanzhilfvereinbarungen](#) im Wert von 1,4 Mrd. € unterzeichnet, um weiter den Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen und private Investitionen zu fördern. Diese Maßnahmen sind Teil des Investitionsrahmens für die Ukraine-Fazilität, der bis zu 50 Mrd. € umfasst und darauf abzielt, das Land angesichts des andauernden Angriffskriegs Russlands und auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu unterstützen. Die neuen Vereinbarungen umfassen 1 Mrd. € in Darlehensgarantien und 400 Mio. € in Finanzhilfen, die vor allem kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Kommunen und staatlichen Unternehmen zugutekommen sollen...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Neues Europäisches Bauhaus: Konsultation zu den Prioritäten ab 2025

Bis zum **17. September 2024** können interessierte Personen an einer Online-[Konsultation](#) (engl.) zur Neuen Europäischen Bauhaus-Fazilität ([NEB](#), zuletzt Brüssel Aktuell 16/2023), mit der Stadtviertel nachhaltiger und integrativer gestalten werden sollen, teilnehmen. Die Konsultation besteht aus zwei Hauptteilen: einem Forschungs- und Innovationsteil sowie einer Einführungskomponente...

BRÜSSEL AKTUELL

14/2024

5. bis 19. Juli 2024

Soziales, Bildung und Kultur

Antisemitismus: Studie zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden

Am 11. Juli 2024 veröffentlichte die in Wien ansässige Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ([FRA](#)) den englischsprachigen [Bericht](#) „Jewish People’s Experiences and Perceptions of Antisemitism“. Es handelt sich um die dritte Erhebung der FRA zu Erfahrungen mit und Wahrnehmung von Antisemitismus von Jüdinnen und Juden in der EU (zuletzt Brüssel Aktuell 25/2019). Grundlage dieses Berichts bildet eine Online-Befragung an der rund 8.000 jüdische Europäer zwischen 16 und 34 Jahren aus 13 EU-Mitgliedstaaten teilgenommen haben. Die Datenerhebung fand zwischen Januar und Juni 2023 statt, erfasst also nicht die Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung nach dem 7. Oktober 2023 und dem folgenden Gaza-Krieg...

Asyl: EuGH urteilt zur gegenseitigen Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft

Am 18. Juni 2024 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in zwei Vorlageverfahren aus Deutschland zur Wirkung der Anerkennung als Flüchtling in einem Mitgliedstaat auf Verfahren in einem anderen Mitgliedstaat. Laut einem Urteil in dem Vorabentscheidungsverfahren ([C-753/22](#)), das vom Bundesverwaltungsgericht vorgelegt wurde, muss ein Mitgliedstaat (hier: Deutschland), der einen Antrag auf internationalen Schutz nicht als unzulässig ablehnen kann, weil der Antragsteller in einem anderen Mitgliedstaat (hier: Griechenland), der ihm bereits einen solchen Schutz zuerkannt hatte, dort aber der ernsthaften Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung ausgesetzt wäre, eine neue individuelle Prüfung vornehmen...

Legale Migration I: Ratspositionierung zur Einrichtung eines Talentpools

Bereits am 13. Juni 2024 einigten sich die Mitgliedstaaten im Rat auf eine gemeinsame [Positionierung](#) (allgemeine Ausrichtung) zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission vom 15. November 2023 bzgl. der Einrichtung eines EU-Talentpools im Bereich der legalen Migration, der Arbeitgeber in der EU mit Arbeitssuchenden aus Drittländern zusammenbringen soll (Brüssel Aktuell 19/2023). Ziel des Gesetzes soll es sein, dem aktuellen und künftigen Arbeits- und Fachkräftemangel aus Drittländern entgegenzuwirken...

Legale Migration II: EU baut Zusammenarbeit mit Bangladesch aus

Am 8. Juli 2024 informierte die EU-Kommission per [Pressemitteilung](#) über ein neues Programm „Team Europa“ zur Unterstützung einer Fachkräftepartnerschaft mit Bangladesch, mit dem Ziel, die Mobilität von Arbeitskräften zu fördern und die Zusammenarbeit im Bereich der Migration zu intensivieren. Die Bemühungen der Kommission im Bereich der legalen Migration aus Drittstaaten dem Fachkräftemangel in der EU zu begegnen, stehen im Zusammenhang mit anderen Initiativen, wie dem Verordnungsvorschlag zur Einrichtung eines EU-Talentpools (diese Ausgabe Brüssel Aktuell)...

Gleichstellung: Aufruf zur Unterzeichnung der aktualisierten Charta

Am 21. Juni 2024 rief Fabrizio Rossi, Generalsekretär des Europäischen Dachverbandes der Gemeinden und Regionen (CEMR), zur Unterzeichnung der [aktualisierten](#) Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf. Die Charta, die seit ihrer Einführung 2006 über 2000 Unterzeichnungen aus 36 Ländern verzeichnet, wurde im Dezember 2022 überarbeitet (Brüssel Aktuell 05/2013). Die Aktualisierung war aufgrund erheblicher gesellschaftlicher Veränderungen erforderlich. Der Prozess wurde vom CEMR in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsverbänden initiiert, wobei auch die deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) aktiv beteiligt war...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Europawahl 2024 I: Metsola und von der Leyen wiedergewählt

Am 16. Juli 2024 konstituierte sich das neue EU-Parlament im Rahmen der ersten Plenarsitzung in seiner zehnten Legislaturperiode in Straßburg. In der ersten Plenarwoche fand die Wahl der Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen, sowie die Wahl der Quästoren statt. Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte sich am 18. Juli 2024 ihrer Wiederwahl und wurde mit 401 Stimmen erneut zur EU-Kommissionspräsidentin gewählt...

Europawahl 2024 II: Aktualisierte Ergebnisse und Fraktionsbildungen

Im Nachgang der Europawahlen vom 6. bis 9. Juni 2024 schlossen sich fast alle der 720 neu und wieder gewählten Mitglieder des EU-Parlaments (MdEP) zu Fraktionen zusammen (Brüssel Aktuell 12/2024). In den Wochen, die zur ersten Sitzung des neuen Parlaments der Legislaturperiode 2024 bis 2029 führten (diese Ausgabe Brüssel Aktuell), kam es im Vergleich zu den ersten berichteten Ergebnisprojektionen zu Verschiebungen. So verließen bspw. Abgeordnete mehrerer nationaler Parteien ihre bisherigen Fraktionen und schlossen sich neuen Formationen, insbesondere im rechten Lager, an...

Europawahl 2024 III: Neue politische Leitlinien der Kommission

Ursula von der Leyen, wiedergewählte Präsidentin der EU-Kommission, stellte am 18. Juli 2024 ihre politischen [Leitlinien](#) für Ihre zweite Amtszeit bis 2029 in Straßburg vor. Darin skizziert sie den Umfang der möglichen Initiativen, mit der sich das neue Kollegium befassen wird. Insbesondere kündigt sie darin eine Reform des öffentlichen Vergabewesens an. Die politischen Leitlinien werden damit die Grundlage für das Arbeitsprogramm der nächsten Kommission bilden, nachdem die letzten Personalfragen nach der Sommerpause bezüglich des Kollegiums geklärt und die Anhörungen der Kommissarinnen und Kommissare im EU-Parlament abgeschlossen sind...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Digitales: Kommission veröffentlicht Aufrufe zur Cybersicherheit

Die EU-Kommission hat Rahmen des Programms „Digitales Europa“ [Aufrufe](#) (englischsprachig) zur Einreichung von Vorschlägen im Wert von über 210 Mio. Euro veröffentlicht. Im Bereich der digitalen Kompetenzen werden insgesamt 108 Mio. Euro investiert, um die digitale Bildung und Infrastruktur in Europa zu fördern. Dabei fließen 55 Mio. Euro in fortgeschrittene digitale Kompetenzen, um Hochschulbildungsprogramme in Schlüsselbereichen der digitalen Technologien zu entwickeln und umzusetzen...

Barrierefreiheit: Access City Award 2025 ausgeschrieben

Bis zum **10. September 2024** können Städte aus allen EU-Mitgliedstaaten mit mindestens 50.000 Einwohnern ihre Bewerbung für den [Access City Award](#) 2025 einreichen. Der Preis prämiiert Städte für ihre besonders innovativen und außergewöhnlichen Bemühungen um eine Verbesserung der Barrierefreiheit und des gleichberechtigten Zugangs für Menschen mit Behinderungen zum städtischen Leben...

Horizont Europa: Aufruf für Projekte zur Anpassung an den Klimawandel

Am 24. April 2024 veröffentlichte die EU-Kommission einen neuen [Aufruf](#) (engl.) für Projektvorschläge zur Unterstützung von Forschung und Innovation im Rahmen der EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“. Ziel ist es, die Transformation zu einem klimaresistenten Europa zu beschleunigen, indem die Widerstandsfähigkeit von Städten, Regionen und lokalen Gemeinschaften gegenüber dem Klimawandel gefördert wird (zuletzt Brüssel Aktuell 5/2024)...

Europäische Woche der Regionen und Städte: Anmeldung für 2024 geöffnet

Die Anmeldungen für die 22. Europäische Woche der Regionen und Städte sind ab sofort möglich. Die Veranstaltung findet vom 7. bis 10. Oktober 2024 in Brüssel unter dem Motto „Mehr Mitentscheidung vor Ort“ statt. Organisiert von der EU-Kommission und dem Ausschuss der Regionen (AdR), wird die Veranstaltung zentrale Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, europäische Demokratie sowie intelligentes und nachhaltiges Wachstum behandeln...

Neues Europäisches Bauhaus: Projektaufruf zur Transformation der Nachbarschaften

Die EU-Kommission veröffentlichte im Zuge des Arbeitsprogramms „Horizont Europa“ am 7. Mai 2024 einen neuen [Aufruf](#) (engl.) zur Einreichung von Projektvorschlägen, die die Entwicklung von Forschung und Innovation zur „Transformation der Nachbarschaften“ im Zusammenhang mit dem Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) fördern (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2024). Ziel ist es, nachhaltige Veränderungen in der gebauten Umwelt zu schaffen und Nachbarschaften schöner, nachhaltiger und inklusiver zu gestalten...

In eigener Sache

Ein Jubiläum: 25 Jahre Bürogemeinschaft

Vor 25 Jahren, am 13. Juli 1999, wurde die Gründung der Bürogemeinschaft der Europabüros der kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen offiziell in Brüssel bekannt gegeben. Um an diesen Anlass zu erinnern, verweisen wir auf folgenden Beitrag von Brüssel Aktuell, Ausgabe 25/1999, der von Frau Dr. Angelika Poth-Mögele, Leiterin der Bürogemeinschaft, verfasst wurde...

Sommerpause: Rückblick auf das erste Halbjahr 2024 aus kommunaler Sicht

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe von Brüssel Aktuell ist die letzte vor der Sommerpause. Die nächste Ausgabe (Brüssel Aktuell 15/2024) erscheint am **13. September 2024**.

Das erste Halbjahr 2024 unter belgischem Ratsvorsitz (Brüssel Aktuell 1/2024) war insbesondere durch die Europawahl vom 6. bis 9. Juni und dem Wahlkampf im Vorfeld geprägt. Über die Vorstellung des Wahlergebnisses und der neuen und wiedergewählten Abgeordneten aus Bayern und Baden-Württemberg berichteten wir in Brüssel Aktuell 12/2024 ausführlich, ebenso über die Einigung bei der Strategischen Agenda und des Spitzenpersonals (Brüssel Aktuell 13/2024, diese Ausgabe), und der Bildung der Fraktionen (diese Ausgabe). Zu den zentralen Themen aus kommunaler Sicht für die nächste Legislatur haben wir uns mit einem [Europapapier](#) positioniert.

Fachlich waren die letzten Monate von den Einigungen einer Vielzahl an Grünen Deal Dossiers gezeichnet. In diesem Zusammenhang berichteten wir über die Einigungen bei der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, der

Kommunalabwasserrichtlinie (Brüssel Aktuell 2/2024), der Verordnung zu Netto-Null-Industrie, die Überarbeitung der Verordnung für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) und dem Vorschlag zur Festlegung von EU-Luftqualitätsnormen (Brüssel Aktuell 4/2024), die vorläufige Einigung zur Verpackungsverordnung (Brüssel Aktuell 5/2024), sowie die formelle Annahme durch den Rat der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie (Brüssel Aktuell 8/2024). Im Bereich der Kreislaufwirtschaft wurde über den Fortgang der Dossiers zum Recht auf Reparatur berichtet (Brüssel Aktuell 8, 12/2024), das dem Parlament und die Mitgliedstaaten zustimmten, zur Bodenüberwachungsrichtlinie, zu der sich Parlament und Rat positionierten (Brüssel Aktuell 8, 12/2024), und der finalen Einigung zur Verpackungsverordnung (Brüssel Aktuell 8/2024) sowie der Abfallrahmenrichtlinie, zu der der Rat inzwischen seine Allgemeine Ausrichtung verabschiedet hat (Brüssel Aktuell 12/2024).

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Berichterstattung lag auf den aktuellen Entwicklungen und Einigungen beim Thema Migration, das in den letzten Monaten an Dynamik gewann. So wurde sich im Trilog auf das Asyl- und Migrationspaket geeinigt und diese Einigung von den jeweiligen Institutionen kurz darauf bestätigt (Brüssel Aktuell 1, 3, 7, 10/2024). Das Paket trat im Juni in Kraft (Brüssel Aktuell 11/2024). In Brüssel Aktuell 12/2024 gingen wir zudem auf die Vorstellung eines Fahrplans für die Umsetzung des Asyl- und Migrationspakets durch die Kommission ein. Eine ausführliche Übersicht der Entwicklungen der letzten Legislatur zum Thema Migration findet sich in Brüssel Aktuell 11/2024.

Auch die neuesten Entwicklungen im Bereich Digitalisierung waren Thema in unserem Newsletter: Das Datengesetz trat in Kraft (Brüssel Aktuell 1/2024), das Weißbuch zur digitalen Infrastruktur (Brüssel Aktuell 5/2024) wurde vorgelegt und das Gesetz zur Digitalen Identität wurde im Amtsblatt veröffentlicht (Brüssel Aktuell 10/2024). Das Gesetz für ein interoperables Europa wurde vom Rat angenommen (Brüssel Aktuell 5/2024) und die Kommission veröffentlichte eine Mitteilung zum Stand der Digitalen Dekade 2024 (Brüssel Aktuell 13/2024).

Weiter relevant war die Kohäsions- und Regionalpolitik. In diesem Zusammenhang berichteten wir zur Umsetzung und Ergebnissen der Kohäsionspolitik 2014-2020, dem 10. Europäischen Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons (Brüssel Aktuell 6/2024), sowie über den 9. Kohäsionsbericht der Kommission, den Bericht der Kommission zur Vision für ländliche Gebiete und über das [Positionspapier](#) zur Zukunft des Fonds für Regionale Entwicklung des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen (Brüssel Aktuell 7/2024). Darin unterstreichen die Kommunalen Landesverbände, dass der grüne und digitale Wandel eine aktivere Einbindung der maßgeblichen Akteure vor Ort sowie eine sichergestellte Finanzierung benötigt. Auch zu den Änderungen an den Regionalbeihilfeleitlinien und des Befristeten Rahmens zur Krisenbewältigung (Brüssel Aktuell 10, 12/2024) berichteten wir, sowie zum Beihilfenanzeiger 2023 (Brüssel Aktuell 8/2024). Außerdem gab es eine Einigung über den europäischen Gesundheitsdatenraum (Brüssel Aktuell 6/2024) und das Gesetz zu einheitlichen EU-Ausweisen für Menschen mit Behinderung wurden angenommen (Brüssel Aktuell 8/2024).

Seit 1. Juli 2024 hat Ungarn den Ratsvorsitz inne; den Prioritäten des ungarischen Vorsitzes widmeten wir uns in Brüssel Aktuell 13/2024. Nachdem sich das EU-Parlament konstituiert hat (diese Ausgabe), sind nach der Sommerpause Anhörungen mit den designierten Kommissionsmitgliedern zu erwarten sowie die Wiederaufnahme anhängiger Gesetzgebungsvorschläge. (LM)

Wir bedanken uns herzlich bei unseren treuen Leserinnen und Lesern. Die Bürogemeinschaft freut sich darauf, Sie auch nach der Sommerpause wieder mit kommunalrelevanten Informationen aus Brüssel auf dem Laufenden zu halten.

Wir wünschen Ihnen einen erholsamen Sommer!

Die Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen.

BRÜSSEL AKTUELL

15/2024

19. Juli bis 13. September 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wettbewerbsfähigkeit: Draghi-Bericht fordert umfassende Reformen

Am 9. September 2024 stellte Mario Draghi seinen Bericht (englischsprachig) zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union vor. Um nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu sichern, bedürfe es zusätzliche öffentliche und private Investitionen von mind. 800 Mrd. € pro Jahr, so der ehemalige EZB-Chef und ehemalige Ministerpräsident Italiens in dem von der EU-Kommission am 13. September 2023 in Auftrag gegebenen, über 300-seitigen Bericht (zuletzt Brüssel Aktuell 14/2023). Kernziel müsse die Beschleunigung des Produktivitätswachstums sein. Um mittel- und langfristig nicht gegenüber den USA und China ins Hintertreffen zu geraten, müsse Europa deutlich innovativer werden und sich aus seiner statischen Industriestruktur befreien...

Datenschutz: Zweiter Kommissionsbericht zur Anwendung der DSGVO

In ihrem zweiten, gemäß Art. 97 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO, [2016/679/EU](#)) erforderlichen [Bericht](#) vom 25. Juli 2024 über die Anwendung der DSGVO sieht die EU-Kommission neben der generellen Stärkung des Datenschutzes durch die Verordnung weiterhin einige Probleme (zuletzt Brüssel Aktuell 23/2020). Grade im Hinblick auf die oft langsame, unwirksame Umsetzung in grenzüberschreitenden Fällen bedürfe es klarerer Leitfäden und Regeln...

Mehrjähriger Finanzrahmen I: Änderungen am deutschen Aufbau- und Resilienzplan

Am 9. Juli 2024 [billigte](#) der Rat der EU den geänderten Aufbau- und Resilienzplan (ARP) Deutschlands nach positiver Bewertung durch die EU-Kommission. Der ursprünglich am 2021 gebilligte ARP (Brüssel Aktuell 13/2021) wird somit durch ein REPowerEU-Kapitel mit einem Volumen über 2,3 Mrd. € ergänzt. Inbegriffen sind unter anderem Maßnahmen zum Ausbau von Onshore- und Offshore-Windenergieanlagen. Darüber hinaus sollen die Anschaffung von klimafreundlichen Nutzfahrzeugen, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Wasserstoffinfrastrukturvorhaben sowie die energetische Sanierung von Wohngebäuden gefördert werden...

Mehrjähriger Finanzrahmen II: EuRH-Sonderbericht zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit

Am 2. September 2024 legte der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen [Sonderbericht](#) zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit (kurz ARF; [2021/241/EU](#)) vor. Demnach schreitet die Ausschöpfung der Mittel aus der ARF nur langsam voran, wodurch laut EuRH Risiken für die Umsetzung der restlichen geplanten Maßnahmen entstehen. Nachdem erste ARF-Mittel durch ein Vorfinanzierungsmodell schnell abgerufen wurden, kam es in der Folge zu Verzögerungen...

Beihilferecht: Kommission genehmigt Änderung der deutschen Breitbandförderung

Am 23. August 2024 genehmigte die EU-Kommission ([SA.109748](#), engl.) die von der Bundesrepublik Deutschland vorgelegten Änderungsregeln zum flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetzen nach den EU-Beihilfavorschriften. Die ursprünglich im November 2020 genehmigte Regelung (zuletzt Brüssel Aktuell 37/2020) wird somit um drei Jahre bis zum 31. Dezember 2028 verlängert und die entsprechenden Mittel um 26 Mrd. € aufgestockt. Zukünftig können Beihilfen für Gebiete gewährt werden, in denen das vorhandene Netz eine Datenrate von bis zu 300 Mbit/s (Megabit pro Sekunde) im Download und höchstens 150 Mbit/s im Upload zur Verfügung stellt (Rn. 67 im [Schreiben](#) der Kommission)...

Umwelt, Energie und Verkehr

Wolf: EuGH bestätigt das grundsätzliche Verbot der Wolfsjagd

Am 11. und am 29. Juli 2024 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) zum Verbot der Wolfsjagd. Hierbei ging es um Vorabentscheidungsersuchen von nationalen Gerichten (hier: aus Österreich und aus Spanien). Unterdessen stockt das Gesetzgebungsverfahren zur Absenkung des Schutzstatus des Wolfs (*canis lupus*) auf EU-Ebene, da sich weiterhin keine Einigung unter den Mitgliedstaaten im Rat abzeichnet (zuletzt Brüssel Aktuell 1/2024)...

Biodiversitätsstrategie: Naturwiederherstellungsgesetz tritt in Kraft

Am 18. August 2024 trat das [Naturwiederherstellungsgesetz](#) in Kraft, das erste Gesetz dieser Art in Europa. Es ist ein zentrales Element der EU-Biodiversitätsstrategie und setzt verbindliche Ziele zur Wiederherstellung degradierter Ökosysteme, insbesondere solcher, die das größte Potenzial haben, Kohlenstoff zu speichern und die Auswirkungen von Naturkatastrophen zu reduzieren. Das Gesetz zielt darauf ab, die langfristige Erholung der Natur zu ermöglichen, zu den Klimazielen der EU beizutragen und internationale Verpflichtungen zu erfüllen...

Kreislaufwirtschaft: EU-Richtlinie zur Förderung der Reparatur von Waren in Kraft

Am 30. Juli 2024 trat die neue [EU-Richtlinie](#) zur Förderung der Reparatur von Waren in Kraft (zuletzt Brüssel Aktuell 12/2024). Diese fördert nachhaltigen Konsum, indem sie die Reparatur defekter Produkte erleichtert und die Hersteller verpflichtet, Reparaturdienste und Ersatzteile preisgünstig anzubieten. Verbraucher sollen reparieren statt ersetzen, was Kosten spart, Abfall reduziert und Ressourcen schont...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Innovation: Deutschland fällt unter Gruppe der starken Innovatoren an EU-Spitze

Deutschland bleibt mit einer Leistung von 111,6 % über dem EU-Durchschnitt starkes Innovationsland (zuletzt Brüssel Aktuell 17/2022). Die Leistung übertrifft den Durchschnitt der starken Innovatoren, wächst jedoch langsamer als im EU-Durchschnitt. Dies ergab sich aus dem am 9. Juli 2024 erschienenen Europäischen Innovationsanzeiger der EU-Kommission ([hier](#) zur englischsprachigen Website). Damit positioniert sich Deutschland hinter Dänemark, Schweden, Finnland und den Niederlanden, die als führende Innovationsnationen der EU gelten, sowie hinter Belgien, Österreich, Irland und Luxemburg, die ebenfalls als starke Innovationsländer gelten...

Agrarpolitik: Bericht des Strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft

Am 4. September 2024 wurde der [Abschlussbericht](#) (englischsprachig sowie als dt. [Zusammenfassung](#)) des Strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU vorgelegt. Dieser betont die Bedeutung einer nachhaltigen, widerstandsfähigen und wettbewerbsfähigen Agrarwirtschaft in Europa. Der von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Januar 2024 initiierte Dialog brachte Expert:innen aus Landwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammen. Die zentralen Empfehlungen umfassen u. a. die Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittelkette...

Migration: EU-Asylagentur unterzeichnet Plan zur operativen Hilfe für Deutschland

Die EU-Asylagentur (EUAA) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unterzeichneten am 20. Juni 2024 einen [Plan](#), um Deutschland operative und technische Hilfe bei der Umsetzung der sog. „Dublin“-Verordnung ([604/2013/EU](#)) bereitzustellen. Der Plan sieht vor, die deutschen Behörden insbesondere bei der Bearbeitung ausgehender Rücknahmeersuchen sowie bei Informationsanfragen an die Migrationsbehörden anderer „EU+-Staat“en (d. h. EU-Staaten, Norwegen und die Schweiz) zu unterstützen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Vertragsverletzungsverfahren: Über das bayerische Familiengeld und andere Vorgänge

Die EU-Kommission gab am 25. Juli 2024 mehrere [Entscheidungen](#) bezüglich laufender Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Deutschland bekannt. Diese betreffen mehrere Politikbereiche...

Einhaltung von EU-Recht: Kommission veröffentlicht Jahresbericht 2024

Am 25. Juli 2024 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Jahresbericht](#) (englischsprachig) über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts im Jahr 2023 sowie eine interaktive [Plattform](#) zu allgemeinen Statistiken, Politikbereichen und den Mitgliedstaaten (zuletzt Brüssel Aktuell 26/2019). Begleitend dazu gibt es ein Factsheet mit den Daten aller Mitgliedstaaten und eine Übersicht zu [Deutschland](#)...

EuGH-Reform: Neue Verfahrensvorschriften in Kraft getreten

Am 1. September 2024 sind Änderungen der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) durch die Verordnung (EU/Euratom) [2024/2019](#) in Kraft getreten, nachdem sich im Dezember 2023 Rat, EU-Parlament, EU-Kommission und EuGH in interinstitutionellen Verhandlungen auf eine Reform des bisherigen Protokolls Nr. 3 der Satzung des Gerichtshofs geeinigt hatten (Brüssel Aktuell 19/2023). Ziel der Änderung ist es, die Arbeitsbelastung durch eine angepasste Aufgabenverteilung zwischen dem Gerichtshof und dem Gericht der EU (EuG) anzupassen und damit die Arbeitsweise der Gerichte insgesamt zu verbessern...

Europawahl 2024: Sieben Deutsche unter Ausschuss-Vorsitzenden

Am 23. Juli 2024 fanden die konstituierenden Ausschusssitzungen des neuen EU-Parlaments statt. Erste Amtshandlung der Ausschüsse war die Wahl der Ausschussvorsitzenden sowie deren bis zu vier Stellvertretende für die nächsten zweieinhalb Jahre, worüber das Parlament in englischer Sprache [informierte](#). Die Ausschüsse befassen sich mit Legislativvorschlägen; ernennen Verhandlungsteams, die Gespräche mit den EU-Ministern führen; nehmen Berichte an; organisieren Anhörungen und kontrollieren andere EU-Organe und Institutionen...

Rechtsstaatlichkeit: Fünfter Bericht inkl. länderspezifischer Empfehlungen

Am 24. Juli 2024 veröffentlichte die EU-Kommission den fünften [Bericht](#) zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union. Die Kommission untersuchte hierzu Entwicklungen in den vier Bereichen Justizreformen, Korruptionsbekämpfung, Freiheit und Pluralismus der Medien sowie institutionelle Gewaltenteilung. Zwei Drittel der Empfehlungen aus dem Jahr 2023 (zuletzt Brüssel Aktuell 14/2023) wurden vollständig oder teilweise umgesetzt. Der diesjährige Bericht enthält erstmals vier [Länderkapitel](#) zu den Entwicklungen in Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. In einigen Ländern wurde die Unabhängigkeit der Justiz kritisiert sowie weiterhin verbreitete Korruption, trotz verstärkter Maßnahmen in vielen Staaten...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

CERV: Arbeitsprogramm für 2025 angenommen

Am 18. Juli 2024 genehmigte die EU-Kommission das [Arbeitsprogramm](#) des Förderprogramms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) für 2025. CERV wird auf Grundlage von Arbeitsprogrammen durchgeführt, die von der Kommission nach Anhörung des CERV-Programmausschusses festgelegt werden. Bisher wurden zwei „Mehrjährige Arbeitsprogramme“ für die Jahre 2021 und 2022 sowie 2023 und 2024 beschlossen. Letzteres wird nun bis Ende 2025 verlängert...

Connecting Europe: Rund 500 Mio. € Förderung für deutsche Infrastrukturprojekte

Im Rahmen des Förderprogramms „Connecting Europe Facility“ ([CEF](#)) stellte am 17. Juli 2024 die EU-Kommission insgesamt 7 Mrd. € an Fördermitteln für europäische [Infrastrukturprojekte](#) zur Verfügung. Rund 500 Mio. € hiervon entfallen auf 19 Vorhaben mit deutscher Beteiligung. Primär soll damit das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) verbessert werden sowie Güter und Personenverkehr auf der Schiene innerhalb der EU attraktiver werden...

In eigener Sache

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen: Neue stellvertretende Leitung

Sehr geehrte Leserinnen und Leser von Brüssel Aktuell, wir freuen uns Ihnen mitteilen zu können, dass das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen seit dem 1. September 2024 mit Jan Molzberger als stellvertretendem Leiter besetzt ist. Bereits während seines Bachelorstudiums Public Management an der Hochschule Kehl sowie seines Masterstudiums Europäisches Verwaltungsmanagement an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg und Kehl, konnte Jan Molzberger Einblicke in die Arbeit des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel gewinnen...

Veranstaltungshinweis: Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht

Die Europabüros der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene sowie der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen laden wieder gemeinsam zu einer Veranstaltung ein: „Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht“. Diese digitale Veranstaltung wird am **14. Oktober 2024** von **14:00 bis 16:00 Uhr** stattfinden...

BRÜSSEL AKTUELL

16/2024

13. bis 27. September 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Mehrjähriger Finanzrahmen: Deutschland stellt zweiten ARF-Zahlungsantrag

Am 13. September 2024 hat Deutschland bei der EU-Kommission die [Auszahlung](#) (Pressemeldung) einer zweiten Tranche aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (kurz ARF, [2021/241/EU](#)) beantragt. Mit den Mitteln in Höhe von 13,5 Mrd. € sollen 16 Etappenziele und 26 Zielwerte des deutschen Aufbau- und Resilienzplans (ARP) erreicht werden. Diese umfassen Reformen in den Bereichen Onshore- und Offshore-Windenergie, allgemeine und berufliche Bildung, Verwaltungsdigitalisierung und Entbürokratisierung. Zusätzlich sollen der Kauf von insgesamt 320.000 Elektro- oder emissionsarmen Fahrzeugen bezuschusst und 689.000 Ladepunkte finanziert werden...

Umwelt, Energie und Verkehr

Energie: Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Energieeffizienzrichtlinie

Am 2. September 2024 veröffentlichte die EU-Kommission Leitlinien zur neuen Energieeffizienz-Richtlinie (EED, [2023/1791/EU](#)). Bereits zuvor wurden im Mai und im Juni 2024 mehrere Leitlinien einzelne Artikel betreffend zur EED durch die Kommission angenommen, um die EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Durchführung der Richtlinie in nationales Recht zu unterstützen: Die Empfehlung vom 28. Mai 2024 ([2024/1590](#)) enthält Leitlinien zur Auslegung der Art. 8, 9 und 10 bei der Umsetzung in nationales Recht in Bezug auf Energieeinsparverpflichtungen...

Energieunion: Kommission legt Bericht für 2024 vor

Am 11. September 2024 veröffentlichte die EU-Kommission ihren [Bericht](#) (englischsprachig) zur Lage der Energieunion 2024, der die wesentlichen Fortschritte in der EU-Energiepolitik darlegt. Im ersten Halbjahr 2024 erzeugte die EU die Hälfte ihres Stroms aus erneuerbaren Energiequellen (S. 2). Der Anteil russischen Gases an den EU-Importen sank bis Juni 2024 auf 18 % im Vergleich zu 45 % im Jahr 2021 (S. 4), während der Anteil der Importe von Partnern wie Norwegen und den USA auf 34 % bzw. 18 % anstieg (S. 9)...

Umwelt: Parlament reagiert auf extreme Wetterereignisse

Am 19. September 2024 nahm das EU-Parlament eine [Entschließung](#) zu den jüngsten extremen Wetterereignissen und Überschwemmungen in Europa an, die Länder wie Deutschland, Österreich, Polen und Rumänien stark getroffen haben. Das Parlament äußert sich besorgt über die zunehmenden Risiken für Menschenleben, Infrastruktur sowie landwirtschaftliche Betriebe und betont die dringende Notwendigkeit, den Zusammenhang zwischen Klimawandel und zunehmenden Wetterextremen entschlossen zu bekämpfen. Gefordert werden verstärkte Investitionen in den EU-Katastrophenschutz und eine Erhöhung der Mittel für den Europäischen Solidaritätsfonds (EUSF), um schnelle Hilfe für betroffene Regionen zu sichern...

Wolf: Mehrheit im Rat für Absenkung des Schutzstatus

Am 26. September 2024 fasste eine Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat der EU den [Beschluss](#) (Pressemitteilung, englischsprachig), den Vorschlag der EU-Kommission zur Absenkung des Schutzstatus des Wolfs (*canis lupus*) von „streng geschützt“ auf „geschützt“ anzunehmen (Brüssel Aktuell 1/2024). Diese Entwicklung trat nach längerer politischer Blockade ein, nachdem zuletzt Luxemburg und Deutschland ihre Ablehnung am Kommissionsvorschlag sowie ihre Prüfvorbehalte aufgaben (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2024)...

EU-Chemikalienrecht: Beschränkung von PFAS-Untergruppen

Am 19. September 2024 hat die EU-Kommission im Rahmen einer Änderung der [REACH-Verordnung](#) eine neue Beschränkung für die Verwendung von Undecafluorhexansäure (PFHxA) und PFHxA-verbundenen Stoffen eingeführt. Diese Chemikalien gehören zur Gruppe der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS), deren Einsatz aufgrund ihrer Langlebigkeit und Mobilität im Wasser als problematisch gilt. Die neue Regelung verbietet die Verwendung von PFHxA in Textilien für Verbraucher, Lebensmittelverpackungen, Gemischen für Verbraucher, Kosmetika und in bestimmten Anwendungen von Feuerlöschschäumen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsion: Rechnungshof analysiert Ausgabenkontrollen in Periode 2014-2020

Der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten ist es laut der [Analyse](#) „Überblick über den Zuverlässigkeitsrahmen und die wichtigsten Faktoren, die zu Fehlern bei den Kohäsionsausgaben im Zeitraum 2014-2020 beigetragen haben“ des Europäischen Rechnungshofs, veröffentlicht am 8. Juli 2024, nicht gelungen, die Fehlerquote bei den Kohäsionsausgaben signifikant zu senken. Diese Fehlerquote, die keine Aussage über Betrug, sondern über Vorschriftenwidrigkeit trifft, blieb auch in den mehrjährigen Haushaltszyklen 2007–2020 stets über dem zulässigen Schwellenwert von 2 %...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration I: Rückgang irregulärer Grenzübertritte und stabile Asylzahlen

Am 13. September 2024 [berichtete](#) (englischsprachig) die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX), dass in den ersten acht Monaten des Jahres 2024 EU-weit ein Rückgang der irregulären Grenzübertritte um 39 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf knapp 140.000 festzustellen war. Besonders deutlich war der Rückgang auf der sog. Westbalkan-Route (-77 %; 14.669 Übertritte) und der zentralen Mittelmeerroute (-64 %; 41.250). Gleichzeitig stiegen die Zahlen auf der westafrikanischen Route um 123 % (25.539). Die meisten der festgestellten Personen stammen aus Afghanistan, Syrien und Mali...

Migration II: Kommission unterstützt Deutschland bei Umsetzung der GEAS-Reform

Die EU-Kommission unterstützt gemäß [Pressemitteilung](#) vom 1. August 2024 Deutschland bei der Ausarbeitung des nationalen Plans zur Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS, sog. Asyl- und Migrationspaket – Übersicht der zugehörigen Rechtsakte in Brüssel Aktuell 11/2024). Neun Mitgliedstaaten haben das Angebot der Kommission wahrgenommen, maßgeschneiderte Unterstützung bei der Ausarbeitung ihrer nationalen Umsetzungspläne zu erhalten...

Gesundheit: Mitgliedstaaten sollen mehr Nichtraucherzonen im Freien einrichten

Am 18. September 2024 veröffentlichte die EU-Kommission einen [Vorschlag](#) für eine neue Empfehlung des Rates mit dem Ziel, bis 2040 eine weitestgehend tabakfreie Generation durch Schaffung rauchfreier Zonen in bestimmten Außenbereichen zu schaffen. Besonders infrage kämen öffentliche Räume wie Schwimmbäder, Spielplätze, aber auch öffentliche Gebäude sowie Bahnhöfe. Neben herkömmlichen Tabakprodukten wie Zigaretten sollen hierunter auch erhitzte Tabakerzeugnisse sowie elektronische Zigaretten fallen...

Soziales: Soziale Investitionen und Reformen können die Wettbewerbsfähigkeit verbessern

Der [EU-Kommissionsbericht](#) (engl.) vom 19. September 2024 zu den Themen Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa (kurz ESDE-Bericht) kommt zur Schlussfolgerung, dass soziale Investitionen die Beschäftigung, die soziale Eingliederung, das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit fördern können. Als besonders erfolgreich erweisen sich demnach die finanzielle Unterstützung für frühkindliche Betreuung, lebenslanges Lernen sowie Berufsbildungs- und Arbeitsförderungsmaßnahmen. Die Investitionen wirken sich außerdem positiv auf das Beschäftigungsniveau, die soziale Eingliederung und die Armutsbekämpfung aus. Trotz der Fortschritte lasse sich auch weiterhin ein starkes Gefälle innerhalb und auch außerhalb der Mitgliedstaaten konstatieren...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Kommission: Designiertes Kollegium vorgestellt

Am 17. September 2024 stellte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die designierten Mitglieder der neuen EU-Kommission vor – das EU-Parlament muss diesen allerdings noch in den nächsten Wochen zustimmen, bevor das neue Kollegium seine Arbeit offiziell aufnehmen kann. Neben den übergeordneten politischen Prioritäten wie Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung und Kohäsionspolitik sind insbesondere kommunalrelevante Zuständigkeiten in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Migration auf mehrere Kommissarinnen und Kommissare verteilt worden. Jedes designierte Mitglied der neuen Kommission erhielt von der Präsidentin ein englischsprachiges Mandatsschreiben (mission letter), das das jeweilige Portfolio umreißt und die jeweiligen politischen Prioritäten für die kommenden Jahre in Aussicht stellt...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Digitales: Vernetzte lokale digitale Zwillinge in der EU

Die EU-Kommission informierte am 16. September 2024 im Rahmen einer digitalen [Informationsveranstaltung](#) (englischsprachig) über einen laufenden Aufruf im Rahmen von Digitales Europa. Der Aufruf ist am 4. Juli 2024 veröffentlicht worden und umfasst ein Volumen von 20 Mio. € für das Jahr 2024. Das Hauptziel der Maßnahme ist es, auf den bisherigen Ergebnissen des „Data Space for Smart Communities“ und der „EU Local Digital Twin (LDT) Toolbox“ aufzubauen, die beide im Rahmen des Arbeitsprogramms 2021-2022 unterstützt wurden. In enger Verbindung mit der Initiative „Developing CitiVerse“ soll ein Ökosystem aus vernetzten und ausgereiften digitalen Zwillingen (LDTs) in der gesamten EU geschaffen werden...

Interreg: Workshop zum neuen Förderaufruf

Das EU-Förderprogramm Interreg B Nordwesteuropa ([NWE](#), engl.) hat im Juni 2024 seinen neuen Förderaufruf ([Call 5](#)) gestartet. Bis zum **16. Januar 2025** können Kurzanträge zu den fünf Programmprioritäten Klima und Umwelt, Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Innovation und Resilienz sowie inklusive Gesellschaft eingereicht werden. Die Nationale Kontaktstelle bietet am 10. Oktober 2024 einen Workshop im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Stuttgart an, um Kommunen über das Programm zu informieren und bei der Entwicklung von Projektideen sowie dem Antragsprozess zu unterstützen...

In eigener Sache

Veranstaltungshinweis: Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht

Die Europabüros der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene sowie der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen laden wieder gemeinsam zu einer Veranstaltung ein: „Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht“. Diese digitale Veranstaltung wird am **14. Oktober 2024** von **14:00 bis 16:00 Uhr** stattfinden...

BRÜSSEL AKTUELL

17/2024

27. September bis 11. Oktober 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

InvestEU: Kommission veröffentlicht Zwischenevaluierung

Am 30. September 2024 hat die EU-Kommission die [Zwischenevaluierung](#) (englisch) des InvestEU-Programms (Verordnung [2021/523](#)) veröffentlicht. Demnach werde das Programm bis Ende des Jahres 2024 rund 218 Mrd. € an zusätzlichen Investitionen bewirken, wobei 65 % aus privaten Quellen stammen sollen. Überdies seien seit dem Start von InvestEU im März 2021 (siehe [Brüssel Aktuell 7/2021](#)) bereits 90 % der verfügbaren EU-Garantie i. H. v. 26 Mrd. € für 16 verschiedene Durchführungspartner wie die Europäische Investitionsbank bereitgestellt worden (S. 60 der Zwischenevaluierung)...

Vergabe: Webinar zur Überwachung der Auswirkungen von öffentlichen Vergaben

Am Mittwoch, den 16. Oktober 2024, findet von 10:00 bis 11:30 Uhr ein [Webinar](#) mit dem Titel "Making an impact: monitoring the outcomes of public procurement" (dt.: „Wirkung erzielen: Überwachung der Ergebnisse des öffentlichen Vergabewesens“) statt. Das kostenlose, englischsprachige Webinar richtet sich u. a. an Vertreter:innen von Kommunen, die sich mit der Überwachung und Messung der Auswirkungen öffentlicher Vergaben befassen. Im Mittelpunkt steht, wie die Ergebnisse von Vergabeprozessen in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht gemessen werden können...

Umwelt, Energie und Verkehr

Mobilität: Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht

Die Europäische Umweltagentur (EEA) veröffentlichte am 10. Oktober 2024 einen [Bericht](#) zur Nachhaltigkeit des europäischen Mobilitätssystems (englisch). Die EEA analysiert zentrale Trends im Verkehrssektor 2024 und ihre Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Trotz einiger Fortschritte bleibe der Verkehr eine Hauptquelle von Treibhausgasemissionen, Luftverschmutzung und Lärm. Besonders der Straßenverkehr, der sowohl im Personen- als auch Güterverkehr dominiere, zeige weiterhin keine Verlangsamung. Die Klimabelastung durch den Verkehr sei weiterhin erheblich...

Wald: Kommission schlägt Verschiebung der Verordnung über Entwaldung vor

Am 2. Oktober 2024 kündigte die EU-Kommission mit einem neuen [Vorschlag](#) (englisch) an, den Stichtag zur Umsetzung der neuen EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, [2023/1115/EU](#)) um ein Jahr auf den 30. Dezember 2025 verschieben zu wollen. Demnach müssten große Unternehmen erst ab Ende 2025 und Klein- und Kleinstunternehmen ab Juni 2026 nachweisen, dass ihre Lieferketten „entwaldungsfrei“ sind und ihre Importe mithin nicht zum Schwund von Ur- und Regenwäldern beitragen. Der Kommission zufolge ist angesichts des

neuartigen Charakters der EUDR, des straffen Zeitplans und der Vielzahl internationaler Interessengruppen, die Bedenken äußerten, die zusätzliche zwölfmonatige Übergangszeit eine Lösung, um die Akteure weltweit bei einer reibungslosen Implementierung zu unterstützen...

Soziales, Bildung und Kultur

Asyl: EuGH zur Flüchtlingseigenschaft von Frauen aus Afghanistan

Am 4. Oktober 2024 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in zwei verbundenen [Vorlageverfahren](#) (C-608/22 und C-609/22) aus Österreich zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Frauen aus Afghanistan allein aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Geschlechts. Im zugrunde liegenden Fall klagten zwei afghanische Frauen vor dem österreichischen Verwaltungsgerichtshof gegen die Verweigerung des Flüchtlingsstatus durch österreichische Behörden. Nach Ansicht des österreichischen Gerichts hat die Rückkehr des Taliban-Regimes an die Macht seit 2021 schwerwiegende Auswirkungen auf Frauenrechte und ist der Auffassung, afghanische Frauen gehörten zu einer „bestimmten sozialen Gruppe“ im Sinne der Anerkennungsrichtlinie ([2011/95/EU](#))...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

EU-Kommission: Zeitplan für Parlamentsanhörungen der designierten Kommissare

Nachdem die Kommissionspräsidentin von der Leyen die designierten Mitglieder der neuen EU-Kommission am 17. September 2024 vorstellte (zuletzt Brüssel Aktuell 16/2024), hat die Konferenz der Präsidenten des EU-Parlaments am 10. Oktober 2024 den detaillierten [Zeitplan](#) (englisch) für die Anhörungen der designierten Kommissare festgelegt. Diese finden vom 4. bis 12. November 2024 statt. Die Anhörungen werden von den zuständigen Ausschüssen durchgeführt, die im Anschluss die Leistung der designierten Kommissare bewerten...

Vertragsverletzungsverfahren: Zwei Verfahren gegen Deutschland eingeleitet

Die Europäische Kommission hat gegen 17 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, da diese ihre nationalen Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der Rechnungslegungsrichtlinie ([2013/34/EU](#)), der Transparenzrichtlinie ([2004/109/EG](#)) und der Abschlussprüfungsrichtlinie ([2014/56/EU](#)) in der durch die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD, [2022/2464](#)) geänderten Fassung noch nicht mitgeteilt haben. Die Umsetzungsfrist endete am 6. Juli 2024. Die CSRD-Richtlinie verpflichtet große und börsennotierte Unternehmen, umfassend über Umwelt- und Sozialrisiken sowie die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Bevölkerung und die Umwelt zu berichten...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

EFRE: Drei Aufrufe für Innovationsprojekte

Das [Interregional Innovation Investments](#) (I3)-Instrument ist ein Förderprogramm der EU im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Es unterstützt interregionale Innovationsprojekte, die sich in den Phasen der Kommerzialisierung und Skalierung befinden. Ziel ist es, Hindernisse wie regulatorische Barrieren zu überwinden und Projekte auf Investitionsniveau zu bringen. Dafür sollen Akteure aus verschiedenen EU-Regionen zusammengebracht werden...

Erasmus+: Aufruf zur Förderung von Hochschulprojekten

Am 19. September 2024 hat die EU-Kommission einen [Aufruf](#) (englisch) zur Einreichung von Projektvorschlägen im Rahmen des Europäischen Hochschulraums (EHEA) veröffentlicht. Ziel ist es, die internationale Zusammenarbeit zwischen Hochschulen zu stärken, die Mobilität von Studierenden und Lehrkräften zu erleichtern sowie die Anerkennung von Abschlüssen in Europa zu verbessern...

CEF: Kommission veröffentlicht Aufruf

Am 24. September 2024 hat die EU-Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der "Connecting Europe Facility" (CEF) [veröffentlicht](#) (englisch). Mit einem Gesamtbudget von 2,5 Mrd. € werden Projekte gefördert, welche die europäische Verkehrsinfrastruktur modernisieren und ihre Resilienz gegenüber Klimarisiken erhöhen sollen. Die geförderten Projekte sollen zur Nachhaltigkeit, Intelligenz und Widerstandsfähigkeit des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) beitragen und die Interoperabilität zwischen verschiedenen Verkehrsträgern verbessern...

Energieeffizienz I: EU-Förderung für Energieprojekte durch EUCF

Am 15. Oktober 2024 startet die siebte [Ausschreibung](#) der European City Facility ([EUCF](#)), die Kommunen dabei unterstützt, Investitionskonzepte für nachhaltige Energieprojekte zu entwickeln. Pro Projekt stehen bis zu 60.000 € zur Verfügung, um Machbarkeitsstudien, Marktuntersuchungen und Analysen zu finanzieren. Ziel ist es, lokale Energie- und Klimapläne in konkrete Investitionsprojekte zu überführen...

Energieeffizienz II: EU-Initiative ELENA für großangelegte Projekte

Die Initiative der Europäischen Investitionsbank (EIB) „European Local ENergy Assistance“ ([ELENA](#)) bietet technische Unterstützung für Investitionen ab 30 Mio. € in den Bereichen Energieeffizienz, nachhaltiges Wohnen, urbaner Verkehr und Mobilität. Gefördert werden technische Studien, Energieaudits, die Vorbereitung von Ausschreibungen sowie Projektmanagement. Im Bereich Energieeffizienz unterstützt ELENA Vorhaben zur energetischen Sanierung von Wohn- und Nichtwohngebäuden, der Nutzung von erneuerbaren Energien wie Solarmodulen, sowie zur Modernisierung von Fernwärmenetzen und intelligenter öffentlicher Beleuchtung...

Green Assist Programm: Förderinitiative für nachhaltige Kommunen

Mit dem [Green Assist](#) Programm hat die EU-Kommission eine kostenfreie Beratungsinitiative im Rahmen von InvestEU mit Mitteln aus dem LIFE Programm (zuletzt Brüssel Aktuell 8/2024) ins Leben gerufen, um u. a. auf kommunaler Ebene nachhaltige Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Es bietet maßgeschneiderte Beratungsleistungen für Projektträger, um umweltfreundliche Projekte und Praktiken zu implementieren, insbesondere in Bereichen wie Energieeffizienz, Abfallmanagement, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Mobilität...

BRÜSSEL AKTUELL

18/2024

11. bis 25. Oktober 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Digitalisierung I: EU-Kommission schlägt digitale Reise-App vor

Am 8. Oktober 2024 nahm die EU-Kommission zwei [Vorschläge](#) zur Digitalisierung von Reisepässen und Personalausweisen an. Die Vorschläge umfassen eine „Digitale EU-Reise-App“. Sie soll die digitalen Fassungen der Pässe und Personalausweise enthalten und somit die Grenzkontrollen beschleunigen und den Reiseverkehr vereinfachen. Die kostenlose und freiwillige Nutzung der „Digitale EU-Reise-App“ soll nur für Personen bestimmt sein, die in den Schengenraum aus- oder einreisen. Durch die Digitalisierung der Dokumente soll u. a. auch der Verwaltungsaufwand für EU-Bürger:innen verringert werden. Die Mitgliedstaaten können ihnen gestatten, ihre digitalen Dokumente auch für Registrierungs- und Identifikationszwecke zu nutzen...

Rechnungshof I: Anstieg fehlerhafter EU-Ausgaben

Am 10. Oktober 2024 [veröffentlichte](#) der Europäische Rechnungshof seinen [Jahresbericht](#) für das Haushaltsjahr 2023. Bei den Ausgaben des EU-Haushalts in Höhe von 191,2 Mrd. € wurde eine Fehlerquote von 5,6 % festgestellt – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 2022 (4,2 %). Diese Fehlerquote liegt weit über der Schwelle von 2 %, ab der Ausgaben als wesentlich fehlerhaft gelten, was bedeutet, dass ein erheblicher Anteil der Mittel nicht ordnungsgemäß verwendet wurde. Die größten Fehler traten in den Bereichen der Kohäsionspolitik sowie der Aufbau- und Resilienzfazilität ([2021/241/EU](#)), kurz ARF, auf, wo fehlerhafte Zahlungen und Schwächen in den Kontrollsystemen kritisiert wurden...

Rechnungshof II: Sonderbericht warnt vor Doppelfinanzierung im EU-Haushalt

Am 21. Oktober 2024 [veröffentlichte](#) der Europäische Rechnungshof seinen [Sonderbericht](#) zur Doppelfinanzierung im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität ([2021/241/EU](#)), kurz ARF. Der Bericht warnt vor einem erhöhten Risiko, dass EU-Mittel doppelt für dieselben Projekte ausgegeben werden, da der ARF nicht an tatsächliche Kosten gebunden ist. Dies unterscheidet ihn von anderen EU-Finanzierungsprogrammen, wie dem Kohäsionsfonds oder der Fazilität "Connecting Europe". Doppelfinanzierungen können entstehen, wenn entweder dieselben zugrunde liegenden Kosten einer Maßnahme oder dieselben Outputs doppelt geltend gemacht und finanziert werden...

Umwelt, Energie und Verkehr

Wasser: Bericht der Umweltagentur zum Zustand der Gewässer 2024

Die Europäische Umweltagentur (EUA) hat am 15. Oktober 2024 einen [Bericht](#) zum Zustand der Gewässer 2024 veröffentlicht. Die Agrarwirtschaft stelle demnach die größte Belastung für das Oberflächen- und Grundwasser in Europa dar. Intensive Landwirtschaft, insbesondere durch hohen Wasserverbrauch sowie den Einsatz von

Nährstoffen und Pestiziden, führt zu erheblicher Verschmutzung. Die Landwirtschaft sei der größte Nettowasserverbraucher, und der Klimawandel könnte den Bedarf weiter steigern. Der Bericht zeigt zudem, dass 63 % der Oberflächengewässer nicht in gutem ökologischem Zustand seien. Auch der chemische Zustand gebe Anlass zur Sorge: Nur 29 % der Oberflächengewässer erreichten im Zeitraum 2015–2021 einen „guten“ chemischen Zustand...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Regionalpolitik: Europäische Woche der Städte und Regionen

Vom 7. bis 9. Oktober 2024 fand in Brüssel die 22. Europäische Woche der Regionen und Städte statt, organisiert von der Europäischen Kommission und dem Ausschuss der Regionen. Die Woche stand unter dem Motto „Stärkung der Gemeinschaften“ und thematisierte die zentralen Herausforderungen, vor denen Städte und Regionen in ganz Europa stehen. Im Folgenden werden die wichtigsten Inhalte einiger der besuchten Veranstaltungen kurz vorgestellt...

Soziales, Bildung und Kultur

Gleichstellung: Kommission fordert Umsetzung von Strategien

Am 25. September 2024 hat die EU-Kommission drei Berichte zu wichtigen Strategien verabschiedet, die darauf abzielen, Diskriminierung zu beenden und eine Union der Gleichheit zu schaffen. Diese umfassen den EU-Aktionsplan gegen [Rassismus](#) 2020–2025, den [EU-Roma-Rahmenplan](#) 2020–2030 und die [LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie](#) 2020–2025. Die Berichte zeigen Fortschritte bei der Aufstellung nationaler Aktionspläne und verstärkte Unterstützung für Roma-Gemeinschaften. Allerdings haben Rassismus und Hass gegen LGBTIQ-Personen zugenommen...

Antisemitismusbekämpfung: Erster Fortschrittsbericht über EU-Strategie

Am 14. Oktober 2024 veröffentlichte die EU-Kommission ihren ersten [Fortschrittsbericht](#) über die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens für den Zeitraum 2021–2030 (englischsprachig). Vor dem Hintergrund des sprunghaften Anstiegs antisemitischer Vorfälle in ganz Europa seit dem 7. Oktober 2023 (siehe Brüssel Aktuell 14/2024) wird in dem Bericht die Bedeutung der Bekämpfung von Antisemitismus hervorgehoben. Der Bericht folgt den in der Strategie (Brüssel Aktuell 17/2021) festgelegten drei Schwerpunkten: Verhütung aller Formen von Antisemitismus; Schutz und Förderung jüdischen Lebens; Förderung von Forschung, Aufklärung und Gedenken an den Holocaust...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Kreislaufwirtschaft: Förderung von Wertschöpfungsketten für Kreislaufkunststoffe

Bis zum **13. November 2024** um 17:00 Uhr ist es für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) möglich, an einer öffentlichen [Ausschreibung](#) zum INCIRCULAR-Projekt teilzunehmen, um innovative Lösungen zur Förderung einer nachhaltigen Wertschöpfungskette für Kreislaufkunststoffe in Europa zu entwickeln. Insgesamt stehen 360.000 € an Fördermitteln zur Verfügung, wobei jedes ausgewählte Projekt bis zu 60.000 € erhalten kann. Gesucht werden Vorschläge, die entweder Prozess- oder digitale Technologien adressieren...

LIFE-Programm: EU-Kommission stellt umfangreichen Förderrahmen bereit

Die EU-Kommission hat im Rahmen des [LIFE-Programms](#) (zuletzt Brüssel Aktuell 11/2024) über 380 Mio. € für 133 neue Projekte innerhalb der EU bereitgestellt, um einen gezielten Beitrag zur Erreichung der Umwelt- und Klimaziele des Europäischen Grünen Deals zu leisten. Die Projekte, deren Finanzrahmen sich insgesamt auf 574 Millionen Euro beläuft, werden zusätzlich zur europäischen Förderung durch die Kommission auch von

nationalen, regionalen und lokalen Regierungen sowie Unternehmen finanziert und sind in die Bereiche Natur und biologische Vielfalt, Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz sowie Energiewende gegliedert...

Datennutzung: EU-Förderung für kommunale Pilotprojekte

Am 1. September 2024 startete die zweite Einreichungsrunde der [Ausschreibung](#) (englischsprachig) zur Entwicklung von Pilotprojekten im Rahmen des European Data Space for Smart Communities (dt.: Europäischer Datenraum für intelligente Kommunen). Ziel ist es, lokale Verwaltungen und ihre Partner zu unterstützen, innovative Datenlösungen zu entwickeln, die den europäischen Grünen Deal und die digitale Transformation fördern. Insgesamt stehen 15,3 Mio. € für Pilotprojekte zur Verfügung, die über einen Zeitraum von 12 bis 18 Monaten laufen sollen...

Digitalisierung II: EU fördert Bildungsprogramme für digitale Schlüsseltechnologien

Die EU-Kommission hat am 4. Juli 2024 eine neue [Ausschreibung](#) (englischsprachig) im Rahmen des Digital Europe Programme (DIGITAL) gestartet. Mit einem Gesamtbudget von 55 Mio. € sollen Projekte gefördert werden, die Bildungsprogramme zur Entwicklung fortgeschrittener digitaler Fähigkeiten bereitstellen. Ziel ist es, die Zahl der IT- und Technikfachkräfte in der EU bis 2030 auf 20 Mio. zu erhöhen und den Fachkräftemangel in Bereichen wie künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Robotik zu verringern...

Wettbewerbsfähigkeit: EU-Förderung für KMU-Innovationen

Am 18. September 2024 wurde die [Ausschreibung](#) (englischsprachig) „Inno2Market – Empowering SMEs 2024“ gestartet, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Start-ups zu fördern, die bestehende Lösungen auf neue industrielle Kontexte übertragen wollen. Ziel ist es, den europäischen Fertigungssektor durch innovative und nachhaltige Ansätze wettbewerbsfähiger zu machen. KMU sind aufgefordert, bereits am Markt bewährte Lösungen in neue Anwendungsfelder zu bringen, beispielsweise zur Optimierung von Produktionsprozessen, zur Steigerung der Ressourceneffizienz oder für nachhaltige Kreislaufwirtschaftsmodelle...

In eigener Sache

Veranstaltungsbericht: Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht

Die Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen und der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – haben gemeinsam am 14. Oktober 2024 zum zweiten Mal zu der Online-Veranstaltung „Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht“ eingeladen...

Veranstaltungseinladung: Historische Abendveranstaltung mit DStGB

Im Namen des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) sowie der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen möchten wir Sie für

Dienstag, den 26. November 2024 um 18:30 Uhr

*in das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Avenue des Nerviens 9–31, 3. Etage
in 1040 Brüssel*

Sowie optional im Livestream (Einwahldaten erhalten Sie nach Anmeldung)

zu einem Vortrag von Herrn Uwe Lübking (Beigeordneter a.D. des DStGB) zum Thema

„Die historische Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung

und ihre Aufgaben am Beispiel der sozialen Fürsorge“

einladen.

Herr Uwe Lübking – ein langjähriger Kenner der deutschen und europäischen Sozialpolitik – war bis Dezember 2023 Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er hat über Jahrzehnte die deutsche und europäische Sozialpolitik begleitet und weiß um ihre historischen Wurzeln, die gerade im deutschen, niederländischen und österreichischen Bereich von kirchlichen, gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Einrichtungen getragen wurde. Diese historischen Überlegungen passen sich im Übrigen geistesgeschichtlich oft nahtlos in die grundsätzlichen Überlegungen der Europäischen Union ein, die nach ihren Entscheidungen zur Klima-, Verkehrs- Landwirtschafts- und Energiepolitik ihre potentiell offene Flanke im Bereich der Sozialpolitik schließen sollte. Wir bedanken uns bei Herrn Lübking für seine Zusage...

BRÜSSEL AKTUELL

19/2024

25. Oktober bis 8. November 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Rechnungshof: Bericht zu staatlichen Beihilfen in Krisenzeiten

Am 23. Oktober 2024 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof seinen [Sonderbericht](#) zur Krisenregelung für staatliche Beihilfen. Angesichts der durch COVID-19 und den russischen Angriffskrieg verursachten wirtschaftlichen Erschütterungen hat die Europäische Kommission die Beihilferegeln gelockert, um rasche Unterstützung für Unternehmen zu ermöglichen (zuletzt Brüssel Aktuell 10/2024). Diese Flexibilität erschwerte jedoch die Kontrolle der Beihilfen und belastete den Binnenmarkt, da finanzstarke Länder mehr Unterstützung gewähren konnten...

Umwelt, Energie und Verkehr

Energie I: Neue Empfehlungen der Kommission zu EED und EPBD

Ende September 2024 hat die EU-Kommission ihre finalen Empfehlungen zur Umsetzung der überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie (EED, [2023/1791/EU](#)) veröffentlicht (zuletzt Brüssel Aktuell 16/2024). Diese muss von den Mitgliedstaaten bis zum 11. Oktober 2025 in nationales Recht umgesetzt werden. Die Empfehlungen beinhalten neben politischen Maßnahmen im Hinblick auf [Energiedienstleistungen](#) und der Entwicklung von Energiedienstleistungsmärkten (Art. 29) ebenfalls nähere Informationen und Konkretisierungen der [Verbraucherbestimmungen](#) zum Thema Wärme- und Trinkwasserversorgung (Art. 21, 22 und 24). Zudem wurden ergänzende Empfehlungen zum Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ veröffentlicht, die die Planung und Investitionsentscheidungen in diesem Kontext erläutern sollen...

Energie II: Studie zur Energiearmut in der EU veröffentlicht

Die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der EU-Kommission veröffentlichte am 12. Juli 2024 eine [Studie](#) (englisch) zur Energiearmut in der EU. Die Untersuchung steht im Zusammenhang mit dem Grünen Deal der EU, der ambitionierte klimapolitische Maßnahmen umfasst. Der Begriff der Energiearmut umfasst dabei unterschiedliche Ansätze zur Messung und Definition. Die Studie untersucht die Verteilung und sozioökonomischen Profile energiearmer Haushalte in der EU anhand von vier Indikatoren: zwei basieren auf tatsächlichen Ausgaben und zwei auf Selbsteinschätzungen der Haushalte zu ihren Wohnverhältnissen und ihrer Fähigkeit, Grundbedürfnisse zu decken...

Fluthilfe: Kommission schlägt 112 Mio. € für Bayern und Baden-Württemberg vor

Die EU-Kommission schlägt vor, insgesamt [116 Mio. €](#) aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union ([EUSF](#)) zur Verfügung zu stellen, um von Fluten betroffene Länder, darunter Deutschland, bei der Bekämpfung der Folgen der Überschwemmungen im Mai und Juni 2024 zu unterstützen. Allein 112 Mio. € entfallen hierbei auf die

betreffenden Regionen in Bayern und Baden-Württemberg. Die Gelder sollen für Ersthilfe- sowie Wiederaufbaumaßnahmen eingesetzt werden, einschließlich der Instandsetzung beschädigter Infrastruktur sowie des Schutzes des kulturellen Erbes...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Ausschuss der Regionen: Lage der Regionen und Städte 2024

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat im Rahmen der diesjährigen Europäischen Woche der Regionen und Städte (Brüssel Aktuell 18/2024) den Bericht zur Lage der Regionen und Städte 2024 veröffentlicht. Der Bericht verdeutlicht die Schlüsselrolle der Städte und Regionen für eine resiliente und nachhaltige Zukunft der EU, die nicht nur soziale, sondern auch wirtschaftliche und ökologische Ziele erreichen soll. Zudem hat der AdR sich zur anstehenden Kommission von der Leyen II im Rahmen einer Resolution positioniert...

Soziales, Bildung und Kultur

Asyl: EuGH zur Bestimmung eines Drittstaats als sicherer Herkunftsstaat

Am 4. Oktober 2024 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem [Vorlageverfahren](#) (C-406/22, Urteil liegt noch nicht in deutscher Sprache vor) aus der Tschechischen Republik über die Bedingungen für die Bestimmung eines Drittstaats als sicherer Herkunftsstaat durch einen Mitgliedstaat nach der Richtlinie zu gemeinsamen Verfahren im Bereich des internationalen Schutzes ([2013/32/EU](#)). Im zugrundeliegenden Fall klagt ein moldauischer Staatsbürger vor dem Regionalgericht Brünn (Brno) gegen die Ablehnung seines Asylantrages, da er in seiner Herkunftsregion nach Angriffen auf seine Person nicht mehr sicher sei, die tschechischen Behörden die Republik Moldau – mit Ausnahme Transnistriens – jedoch als sicheren Herkunftsstaat anerkennen. Demzufolge stellte der EuGH fest, dass es den Mitgliedstaaten nach EU-Recht nicht möglich ist, nur einen Teil des Gebiets des betroffenen Drittstaats als sicheren Herkunftsstaat zu bestimmen...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit: Kommission veröffentlicht Jahresbericht 2023

Am 25. Oktober 2024 hat die EU-Kommission ihren 31. [Jahresbericht](#) über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten veröffentlicht. Demnach haben sich die nationalen Parlamente im Referenzjahr 2023 mit insgesamt 402 Stellungnahmen (einem Anstieg um 10 % gegenüber dem Vorjahr) stärker als bisher in den Dialog mit der Kommission eingebracht. Inhaltlich fokussierten sich die Stellungnahmen vorwiegend auf die Themenbereiche Umwelt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Digitale Landwirtschaft: Unterstützung für Agrar-Projekte

Am 2. September 2024 begann die Bewerbungsphase für die [Ausschreibung](#) (englisch) „OpenAgri“, eine EU-Förderung für innovative digitale Projekte im Agrarsektor. Zusammenschlüsse aus einem Anbieter für Agrar-Digitallösungen (z. B. KMU, Universität) und einem landwirtschaftlichen Endnutzer (z. B. Hof, Genossenschaft), können sich bis zum **2. Dezember 2024, 17 Uhr** bewerben und bis zu 100.000 € erhalten. Ziel des Projekts ist die Entwicklung und Erprobung nachhaltiger Open Source-Digitalisierungsansätze, die auch in Regionen mit geringer Netzabdeckung nutzbar sind...

Urbane Mobilität: EU-Förderung für KMU-Innovationen

Am 1. Oktober 2024 hat die EU-Kommission den [Aufruf](#) (englisch) „SME Market Expansion Open Call 2025“ [ausgeschrieben](#) (englisch). Mit einem Förderbudget von insgesamt 892.500 € werden bis zu 15 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit je 59.500 € unterstützt, um innovative Mobilitätslösungen zu entwickeln und in Kooperation mit einem Anwender praktisch zu erproben. Förderfähige Projekte sollten sich an Akteure der städtischen Mobilität, wie Verkehrsbehörden sowie Transportunternehmen richten und einen Beitrag zur Lösung spezifischer Mobilitätsherausforderungen in europäischen Städten leisten...

Nachhaltigkeit: Neue Innovationsausschreibung für nachhaltige Produktionsprozesse

Die Europäische Innovationsgemeinschaft für Fertigungstechnologien (EIT Manufacturing) startete am 2. Oktober 2024 die zweite [Ausschreibung](#) (englisch) des Programms „Inno2Market – Innovate Together 2024“. Mit einem Fördervolumen von insgesamt 5 Mio. € sollen Projekte zur nachhaltigen und wettbewerbsstärkenden Innovation in der europäischen Produktion gefördert werden. Ziel ist die beschleunigte Markteinführung von Fertigungstechnologien, die den Zielen des Europäischen Grünen Deals und den Anforderungen des Net Zero Industry Act (dt.: Netto-Null-Industriegesetz) gerecht werden...

Bildung: Innovations-Förderung für Hochschulen

Am 26. September 2024 startete die [Ausschreibung](#) (englisch) der Initiative „EIT Higher Education Institutions“ (HEI) zur Förderung von Innovationskapazitäten an europäischen Hochschulen. Bis zum **12. Dezember 2024, 17 Uhr** können sich Hochschulen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Konsortium um Fördergelder bewerben, die insgesamt 56,28 Mio. € umfassen. Ziel ist es, Innovationsstrukturen und -netzwerke an Hochschulen zu etablieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Bildungs- und Innovationslandschaft zu stärken...

In eigener Sache

Jubiläum: 25 Jahre Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

„Mit dem Europabüro der baden-württembergischen Kommunen haben die Landkreise, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg seit 25 Jahren eine starke Stimme für kommunale Anliegen in Brüssel. Das Team im Europabüro stellt sicher, dass die Kommunalen Landesverbände und ihre Mitgliedskommunen frühzeitig über die für Kommunen relevanten EU-Dossiers informiert werden und ihre Interessen auf europäischer Ebene gegenüber den europäischen Institutionen rechtzeitig einbringen können,“ erklärten der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, der Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, und der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Steffen Jäger, anlässlich des [Festakts](#) zum 25-jährigen Jubiläum des baden-württembergischen Europabüros der Kommunen am 5. November 2024 in Brüssel.

Die Präsidenten betonten: „Unser Europabüro in Brüssel steht zugleich für das Bekenntnis der baden-württembergischen Kommunen zur Europäischen Union und ihren Grundwerten. Auf die großen Herausforderungen unserer Zeit wie etwa die weltweite Migration, die wirtschaftliche Transformation oder den Klimawandel brauchen wir Antworten gerade auf europäischer Ebene. Diese müssen allerdings vor Ort auch umsetzbar sein. Daher kommt es entscheidend darauf an, dass die europäischen Institutionen in engem Austausch mit den Kommunen bleiben und sie partnerschaftlich in die Lösungsfindung einbinden. So liegt es in der DNA der Kommunen, Krisen zu bewältigen und Transformation zu gestalten. Dieses Potenzial kann und sollte die Europäische Union nutzen, um erfolgreich zu sein. Dazu gehört es auch, den Kommunen den nötigen Spielraum zu lassen, wenn es darum geht, die gesamteuropäischen Ziele in der Fläche zu verankern.“

Über 100 Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Verbänden waren der Einladung von Landkreistag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg und Gemeindetag Baden-Württemberg gefolgt, um in der Landesvertretung Baden-Württemberg gemeinsam den Festakt „25 Jahre Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel“ zu begehen. In seiner Begrüßungsrede betonte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, die Notwendigkeit einer ebenenübergreifenden und

partnerschaftlich vorangetriebenen Aufgaben- und Standardkritik, um in diesen herausfordernden Zeiten als Politik insgesamt handlungsfähig zu bleiben.

Florian Hassler, Staatssekretär für politische Koordinierung und Europa im Staatsministerium Baden-Württemberg übersandte eine digitale Grußbotschaft. Die Keynote hielt Sabine Verheyen MdEP (CDU/EVP), Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Auch feierte der neue Imagefilm der baden-württembergischen Kommunen: „Starke Kommunen. Starke Gemeinschaft.“ seine Premiere.

In der darauffolgenden Podiumsdiskussion, die vom Leiter des Europabüros Patrick Wegener moderiert wurde, diskutierten die baden-württembergischen Europaabgeordneten Daniel Caspary MdEP (CDU/EVP) und Prof. Dr. René Repasi MdEP (SPD/S&D) mit den Präsidenten der Kommunalen Landesverbände über die Schlüsselrolle der Kommunen im Europäischen Mehrebenensystem.

Besonders bedeutend in den 25 Jahren des Europabüros war die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden des Freistaats Bayern in einer Bürogemeinschaft. In dieser gemeinsamen Zeit wurden insgesamt sechs EU-Kommissionen begleitet. Wichtige Meilensteine waren unter anderem der Vertrag von Lissabon, aber etwa auch der erfolgreiche Kampf gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Seit 1999 informiert das Europabüro als Brüsseler Horchposten die baden-württembergischen Gemeinden Städte und Landkreise sowie die drei Kommunalen Landesverbände als Träger des Europabüros über europapolitische Entwicklungen und ist Gastgeber und Begleiter von zahlreichen Delegationen aus Baden-Württemberg. Vor allem aber bringt sich das Europabüro aktiv mit Positionspapieren im Rahmen von Konsultationen und durch eine Vielzahl von direkten Kontakten in die europäische Gesetzgebung ein. Das Jubiläum wurde durch die EnBW Energie Baden-Württemberg unterstützt.

Veranstaltungseinladung: Historische Abendveranstaltung mit DStGB

Im Namen des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) sowie der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen möchten wir Sie für

Dienstag, den 26. November 2024 um 18:30 Uhr

in das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Avenue des Nerviens 9–31, 3. Etage
in 1040 Brüssel

Sowie optional im Livestream (Einwahldaten erhalten Sie nach Anmeldung)

zu einem Vortrag von Herrn Uwe Lübking (Beigeordneter a.D. des DStGB) zum Thema
„Die historische Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung

und ihre Aufgaben am Beispiel der sozialen Fürsorge“

einladen.

Herr Uwe Lübking – ein langjähriger Kenner der deutschen und europäischen Sozialpolitik – war bis Dezember 2023 Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er hat über Jahrzehnte die deutsche und europäische Sozialpolitik begleitet und weiß um ihre historischen Wurzeln, die gerade im deutschen, niederländischen und österreichischen Bereich von kirchlichen, gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Einrichtungen getragen wurde. Diese historischen Überlegungen passen sich im Übrigen geistesgeschichtlich oft nahtlos in die grundsätzlichen Überlegungen der Europäischen Union ein, die nach ihren Entscheidungen zur Klima-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und Energiepolitik ihre potentiell offene Flanke im Bereich der Sozialpolitik schließen sollte. Wir bedanken uns bei Herrn Lübking für seine Zusage...

BRÜSSEL AKTUELL

20/2024

8. bis 22. November 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

EU-Haushaltsplan 2025: Einigung zwischen Rat und Parlament

Am 16. November 2024 [einigten](#) sich der Rat der Europäischen Union und das EU-Parlament auf den EU-Jahreshaushaltsplan für 2025 (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2024). Der Plan umfasst insgesamt 199,4 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen (Beträge, die im Jahr 2025 vertraglich vereinbart werden können) und 155,2 Mrd. € an Mitteln für Zahlungen (Beträge, die 2025 tatsächlich ausgezahlt werden können). Der Plan umfasst auch Mittel für besondere Instrumente, die nicht unter den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) fallen. Der Haushalt ist auf die zentralen politischen Prioritäten der EU ausgerichtet und berücksichtigt zugleich den aktuellen geopolitischen Kontext. Die meisten Mittel fließen in die Bereiche Zusammenhalt, Resilienz und Werte (78,0 Mrd. € für Verpflichtungen), Natürliche Ressourcen und Umwelt (56,7 Mrd. € für Verpflichtungen) sowie Binnenmarkt, Innovation und Digitales (21,5 Mrd. € für Verpflichtungen)...

Dienstleistungsfreiheit: EU plant digitales Meldeportal zur Entsendung

Die EU-Kommission und der Rat haben die [Einführung](#) eines einheitlichen digitalen Meldeportals für Unternehmen vorgeschlagen, die Arbeitnehmende vorübergehend in einen anderen Mitgliedstaat entsenden. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu reduzieren, indem ein einziges Formular anstelle von 27 nationalen Formularen genutzt wird. Dies soll den nötigen Zeitaufwand um 73 % verringern und die Komplexität des Verfahrens senken. Das Portal soll im Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) integriert werden und zielt darauf ab, und eine effizientere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen...

Herbstprognose: Aktuelle Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Am 15. November 2024 veröffentlichte die EU-Kommission die [Herbstprognose](#) (englischsprachig) zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten in den Jahren 2024 und 2025. Die Wirtschaft der EU zeigt Anzeichen einer allmählichen Erholung und die Inflation sinkt weiter. Durch sinkende Zinssätze und eine sich erholende Kaufkraft wird 2025 für fast alle Mitgliedstaaten wieder Wachstum erwartet. Nach einer Phase der Stagnation wird für 2024 ein Anwachsen des Bruttoinlandsprodukts von 0,9 % in der EU und 0,8 % in der Eurozone erwartet (Deutschland: -0,1 %)...

Klimaschutz: Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht

Am 31. Oktober 2024 veröffentlichte die Kommission den aktuellen Fortschrittsbericht zum Klimaschutz, der den jährlichen Bericht über die Lage der Energieunion (Brüssel Aktuell 16/2024) ergänzt. Der [Fortschrittsbericht](#) (englischsprachig) dokumentiert deutliche Fortschritte bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen: 2023 sanken die Emissionen in der EU im Vergleich zu 2022 um 8,3 %, sodass die Netto-Emissionen nun 37 % unter dem Niveau von 1990 liegen (S. 3). Gleichzeitig stieg das BIP seit 1990 um 68 %, was die kontinuierliche Entkopplung von Emissionen und Wirtschaftswachstum unterstreicht (S. 3). Die EU bleibt somit auf Kurs, ihr Ziel einer Emissionssenkung von mindestens 55 % bis 2030 zu erreichen (S. 6)...

Luftqualität: Überarbeitete Richtlinie im Amtsblatt veröffentlicht

Die überarbeitete [Richtlinie](#) über die Luftqualität und saubere Luft für Europa wurde am 20. November 2024 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die neuen Normen orientieren sich stärker an den Leitlinien der WHO und betreffen u. a. Schadstoffe wie PM10, PM2,5, Stickstoffdioxid und Schwefeldioxid (Art. 7). Zudem regelt die Richtlinie stärker den Einsatz von Probenahmestellen (Art. 9 i.V.m. Anhang IV). Mitgliedstaaten können unter bestimmten Bedingungen eine Fristverlängerung beantragen (Art. 18)...

Straßenverkehrssicherheit: Bayerisches Ampelprojekt prämiert

Am 14. November 2024 wurde in Brüssel der „Excellence in Road Safety Award“ (dt.: Auszeichnung für hervorragende Leistungen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit) [verliehen](#). Eine der Auszeichnungen ging an die Zentralstelle Verkehrsmanagement in Landshut, Bayern, für ihre innovative Entwicklung intelligenter Ampelsysteme, die die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden erhöhen. Die prämierten Ampeln setzen laut Auswahljury auf fortschrittliche Technologien wie Einsatzfahrzeug-Priorisierung, Kollisionswarnsysteme und optimierte Grünphasen für Fußgänger:innen und Radfahrende...

Soziales, Bildung und Kultur

Menschen mit Behinderung: Regeln zu einheitlichen EU-Ausweisen treten in Kraft

Zum 4. Dezember 2024 tritt die [Richtlinie](#) (2024/2841/EU) zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderung in Kraft (Brüssel Aktuell 8/2024), nachdem sie am 14. November 2024 im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurde. Zuletzt hatten die Mitgliedstaaten im Rat dem Rechtsakt am 14. Oktober 2024 abschließend zugestimmt...

Öffentliche Gesundheit: Bericht „Gesundheit auf einen Blick“ veröffentlicht

Am 18. November 2024 veröffentlichte die EU-Kommission gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den englischsprachigen [Bericht](#) „Health at a Glance: Europe 2024“ (dt. „Gesundheit auf einen Blick: Europa 2024“). Eine deutschsprachige [Zusammenfassung](#) des Berichts sowie ein [Informationsblatt](#) mit den wichtigsten Daten sind ebenfalls verfügbar...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Kommission I: Parlament erzielt politisches Übereinkommen

Am 20. November 2024 erzielten die Fraktionen der Europäischen Volkspartei (EVP), der Sozialdemokraten (S&D) und der Liberalen (Renew Europe) im EU-Parlament eine politische [Übereinkunft](#) (englischsprachig), über die Zusammenarbeit in der neuen Legislaturperiode 2024-2029, die eine Grundlage für die Bestätigung aller designierten Anwärterinnen und Anwärter der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen darstellt, nachdem die parlamentarischen Anhörungen stattgefunden hatten (diese Ausgabe Brüssel Aktuell). Voraussichtlich

am 27. November 2024 wird das Plenum des Parlaments namentlich über das Kollegium en bloc abstimmen, womit (im Falle einer Zustimmung) die neue Kommission zum 1. Dezember die Arbeit aufnehmen könnte...

Kommission II: Parlament bestätigt Kommissar:innen nach Anhörungen

Die neu bestätigten EU-Kommissar:innen haben sich in ihren Anhörungen im Europäischen Parlament den Fragen der Abgeordneten gestellt und ihre Prioritäten für die kommende Amtszeit vorgestellt. Diese Anhörungen dienten dazu, ihre fachliche Kompetenz sowie ihre politischen Ziele zu überprüfen. In diesem Artikel werden die zentralen Aussagen zusammengefasst und die wichtigsten Themen hervorgehoben, die während der Anhörungen zur Diskussion standen...

EU-Erweiterung: Kommission stellt Länderberichte 2024 vor

Am 30. Oktober 2024 stellte die EU-Kommission ihr diesjähriges [Erweiterungspaket](#) (mit [Anhängen](#)) vor, das den aktuellen Stand der Beitrittsverfahren der Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Georgien, der Republik Moldau, der Ukraine und der Türkei bewertet. In diesem Erweiterungspaket unterstreicht die Kommission den strategischen Charakter der Erweiterungspolitik angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen bei Entscheidungen über eine EU-Mitgliedschaft. In diesem Zusammenhang wird die Erweiterung der EU als historische Chance und als Investition für alle – EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländer – betont. Prinzipien der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundwerte sollen die Erweiterungspolitik auch in Zukunft leiten...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

CERV I: Förderaufruf für Betriebskostenzuschüsse an Rahmenpartner

Im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) der EU-Kommission wurde ein neuer [Förderaufruf](#) (englischsprachig) für Betriebskostenzuschüsse von Rahmenpartnerschaften veröffentlicht. Ziel dieser Aufforderung ist der Schutz, die Förderung und die Sensibilisierung für die Rechte durch die finanzielle Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene für die Förderung und Pflege dieser Rechte tätig sind...

CERV II: Förderung von Partnerschaftsrahmenvereinbarungen

Bis zum **28. Januar 2025** ist eine Bewerbung im Rahmen des [CERV-Programms](#) (englischsprachig) für dreijährige Partnerschaftsabkommen möglich. Die Aufforderung zielt darauf ab, dreijährige Partnerschaftsrahmenvereinbarungen mit europäischen Netzwerken, auf EU-Ebene tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene und europäischen Denkfabriken zu schließen und die Kapazitäten der Rahmenpartner zu stärken, damit sie aktiv zur Entwicklung und Umsetzung der EU-Politik beitragen können. Subventioniert werden zahlreiche Initiativen, priorisiert behandelt werden u. a. Projekte zur Förderung und zum Schutz der Werte der Union sowie Aktionspläne zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und jeglicher Form von Intoleranz...

Transport: Ausschreibung zur Verbesserung der Infrastrukturresilienz

Am 24. September 2024 wurde im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF) die [Ausschreibung](#) (englisch) „Improving transport infrastructure resilience – studies, works or mixed“ (dt.: Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur - Studien, Arbeiten oder gemischte Projekte) gestartet. Ziel ist die Anpassung und Modernisierung von Verkehrsinfrastrukturen, um deren Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel und Naturkatastrophen zu verbessern. Gefördert werden Studien und / oder Bauvorhaben, die bestehende Infrastrukturen anpassen, modernisieren oder mit intelligenten Überwachungssystemen ausstatten...

Cybersicherheit: Ausschreibung zur Stärkung europäischer Sicherheitszentren

Am 4. Juli 2024 startete im Rahmen des Digital Europe Programmes die [Ausschreibung](#) (englisch) „Deployment actions in the area of cybersecurity“ (dt.: Einsatzmaßnahmen im Bereich der Cybersicherheit). Ziel ist es, nationale und grenzüberschreitende Sicherheitsbetriebszentren (SOCs) zu fördern und deren Zusammenarbeit zu stärken. Dazu gehören Maßnahmen wie die Entwicklung technischer Rahmenbedingungen für den Informationsaustausch, die Verknüpfung von SOC's mit Akteuren aus der Industrie und die Förderung innovativer Technologien wie Künstlicher Intelligenz...

In eigener Sache

Veranstaltungseinladung: Historische Abendveranstaltung mit DStGB

Im Namen des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) sowie der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen möchten wir Sie für

Dienstag, den 26. November 2024 um 18:30 Uhr

*in das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Avenue des Nerviens 9–31, 3. Etage
in 1040 Brüssel*

Sowie optional im Livestream (Einwahldaten erhalten Sie nach Anmeldung)

*zu einem Vortrag von Herrn Uwe Lübking (Beigeordneter a. D. des DStGB) zum Thema
„Die historische Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung*

und ihre Aufgaben am Beispiel der sozialen Fürsorge“

einladen.

Herr Uwe Lübking – ein langjähriger Kenner der deutschen und europäischen Sozialpolitik – war bis Dezember 2023 Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er hat über Jahrzehnte die deutsche und europäische Sozialpolitik begleitet und weiß um ihre historischen Wurzeln, die gerade im deutschen, niederländischen und österreichischen Bereich von kirchlichen, gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Einrichtungen getragen wurde. Diese historischen Überlegungen passen sich im Übrigen geistesgeschichtlich oft nahtlos in die grundsätzlichen Überlegungen der Europäischen Union ein, die nach ihren Entscheidungen zur Klima-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und Energiepolitik ihre potentiell offene Flanke im Bereich der Sozialpolitik schließen sollte. Wir bedanken uns bei Herrn Lübking für seine Zusage...

Film: Starke Kommunen. Starkes Europa.

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens ihres gemeinsamen Europabüros haben die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs einen beeindruckenden Imagefilm veröffentlicht. Unter dem Titel „Starke Kommunen. Starkes Europa.“ beleuchtet der Film die zentrale Rolle, die Kommunen bei der Gestaltung europäischer Zukunftsthemen spielen. Der Imagefilm zeigt anschaulich, wie Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg durch ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern sowie durch innovative Projekte entscheidend dazu beitragen, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern – von Klimaschutz und Digitalisierung bis hin zu sozialen Fragen. Dabei wird auch deutlich, wie wichtig die Vernetzung und der Austausch auf europäischer Ebene sind, um nachhaltige und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln...

BRÜSSEL AKTUELL

21/2024

22. November bis 6. Dezember 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft: Erstes Herbstpaket des Europäischen Semesters 2024 vorgelegt

Am 26. November 2024 stellte die EU-Kommission das erste [Herbstpaket](#) des Europäischen Semesters vor (zuletzt Brüssel Aktuell 13/2024). Es folgt dem neuen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung, der im April 2024 in Kraft trat. Ziel ist es, gesunde Staatsfinanzen sowie nachhaltiges und integratives Wachstum in der EU zu fördern. Der reformierte Rahmen soll die wirtschaftspolitischen Ziele transparenter und effektiver gestalten und die nationale Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten stärken. Die Kommission hat 21 von 22 vorgelegten mittelfristigen Plänen bewertet, wobei 20 den neuen Anforderungen entsprechen. Diese Pläne integrieren Reformen und Investitionen, um gemeinsame EU-Prioritäten wie den ökologischen und digitalen Wandel sowie soziale Resilienz zu adressieren...

Umwelt, Energie und Verkehr

Naturkatastrophen: Rat einigt sich auf neuen Regeln für Finanzhilfen

Am 27. November 2024 einigten sich die EU-Mitgliedstaaten im Rat auf ein Verhandlungsmandat (englischsprachig), das das Abrufen von Kohäsionsfondsmitteln für von Naturkatastrophen betroffenen Gebieten erleichtern soll. Die von der EU-Kommission im Oktober 2024 vorgestellte RESTORE-Gesetzesinitiative stellt eine Reaktion auf die Überschwemmungen in Mittel-, Ost- und Südeuropa im Spätsommer und Herbst 2024 dar. Insgesamt sollen in Kombination mit Mitteln aus dem Kohäsionsfonds 17,7 Mrd. € zur Verfügung gestellt werden. Der Rat übernimmt den Vorschlag der EU-Kommission bezüglich Änderungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) größtenteils...

Fluthilfe: Parlament und Rat beschließen Hilfen für BY und BW

Am 27. November 2024 [stimmte](#) das EU-Parlament dem [Vorschlag](#) der EU-Kommission zu Fluthilfen in einer Höhe von insgesamt 116 Mio. € aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) abschließend zu (Brüssel Aktuell 19/2024). Die Mitgliedstaaten im [Rat](#) billigten den Entwurf bereits am 18. November. Demnach werden 112 Mio. € für betroffenen Regionen in Bayern und Baden-Württemberg zur Bekämpfung der Folgen der Überschwemmungen im Mai und Juni 2024 zur Verfügung gestellt, rund 4 Mio. € gehen an Italien (Aostatal)...

Wolf: Europarat billigt Antrag der EU auf Herabsetzung des Schutzstatus

Am 3. Dezember 2024 stimmte der Ständige Ausschuss der Berner [Konvention](#) des Europarates einem [Vorschlag](#) der Europäischen Union zu, der den Schutzstatus des Wolfes von „streng geschützte Tierart“ (Anhang II) auf „geschützte Tierart“ (Anhang III) herabsetzen soll. Mit dem veränderten Status „geschützt“ gelten weiter strenge

Regeln, aber der Abschuss bestimmter auffällig gewordener Wölfe wäre künftig einfacher. Die Änderung wird in drei Monaten in Kraft treten, sofern nicht mindestens ein Drittel der Vertragsparteien der Berner Konvention (17 Staaten) Einspruch erhebt. Sollte dies geschehen, wird die Änderung nicht wirksam...

Digitale Brieftasche: Einheitliche technische Standards festgelegt

Am 28. November 2024 legte die EU-Kommission einheitliche technische Standards und Verfahren für die digitale Brieftasche fest, die bis Ende 2026 verfügbar sein soll. Ziel ist die EU-weite Akzeptanz und Nutzbarkeit der digitalen [Brieftasche](#) (englischsprachig). Vier Durchführungsverordnungen regeln technische Funktionen, Datenformate und Sicherheitsmaßnahmen für eine grenzüberschreitende Nutzung: [2024/2977/EU](#), [2024/2979/EU](#), [2024/2980/EU](#), [2024/2982/EU](#). Eine fünfte [Verordnung](#) schafft einen Zertifizierungsrahmen der europäischen Brieftasche für digitale Identitäten (eID). Die Durchführungsverordnungen treten am 24. Dezember 2024 in Kraft...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Preis für Barrierefreiheit 2025: Nürnberg auf dem zweiten Platz

Am 29. November 2024 wurde im Laufe der Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen 2024 der Access City [Award](#) 2025 von Helena Dalli, Kommissarin für Gleichheitspolitik verliehen. Die Stadt Nürnberg belegte hierbei den zweiten Platz, hinter der österreichischen Hauptstadt Wien. Ausgezeichnet wurde Nürnberg für die umgesetzten Konzepte zur Barrierefreiheit. Der Behindertenrat der Stadt sorgt demnach für eine aktive Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Stadtplanung und den Städtealltag...

Soziales, Bildung und Kultur

Europäischer Rechnungshof: Arbeitsprogramm für 2025 und 2026 veröffentlicht

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 12. November 2024 sein [Arbeitsprogramm](#) für die nächsten zwei Jahre. Neben den Jahresberichten, die die Ergebnisse der Prüfungen der Rechnungsführung und der Compliance-Prüfungen enthalten, sollen ebenfalls 65 Prüfungen und vier Analysen veröffentlicht werden. Diese konzentrieren sich insbesondere auf vier Prioritäten: Wettbewerbsfähigkeit, Klimawandel, Außenpolitik und öffentliche Finanzen. Außerdem soll die Bewertung des Aufbaupakets „Next Generation EU“, dessen Kernstück die Aufbau- und Resilienzfazilität (Verordnung [2021/241](#), kurz ARF) ist, fortgesetzt werden...

Legale Migration: EU baut Zusammenarbeit mit Pakistan aus

Am 26. November 2024 informierte die EU-Kommission per [Pressemitteilung](#) über ein neues Programm zur Unterstützung einer Fachkräftepartnerschaft mit Pakistan, mit dem Ziel, die legale Migration von Arbeitskräften zu fördern und zugleich die Zusammenarbeit im Bereich der irregulären Migration, z. B. bei der Bekämpfung von Schleuserkriminalität, zu intensivieren. Damit folgt diese EU-Initiative einem früheren Vorstoß, die migrationsbezogene Zusammenarbeit im Bereich der Arbeits- und Bildungsmobilität mit Bangladesch zu verbessern (Brüssel Aktuell 14/2024)...

Gesundheit: Rat übernimmt Empfehlung zu mehr Nichtraucherzonen im Freien

Am 3. Dezember 2024 nahm der Rat der EU die zuvor von der EU-Kommission vorgeschlagene [Empfehlung](#) an (Brüssel Aktuell 16/2024), die mit dem Ziel verbunden ist, die Belastung durch Passivrauchen und Aerosole zu verringern und bis 2040 eine tabakfreie Generation in Europa zu erreichen (der vorläufige Gesamttext ist [hier](#) verfügbar). Die beschlossene Empfehlung zu rauch- und aerosolfreien Bereichen fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, den Schutz vor Passivrauch auf zentrale Außenbereiche wie Spielplätze und Restaurantterrassen auszuweiten. Zudem werden die neuen Empfehlungen auf moderne Tabak- und verwandte Produkte wie E-Zigaretten und erhitzte Tabakprodukte (HTPs) ausgeweitet...

Erasmus+ 2025: Fast 5 Mrd. € für Bildung, Jugend und Sport

Im Rahmen des Erasmus+ Programms stellt die EU-Kommission im Jahr 2025 rund 5 Mrd. € für den Lernaustausch und Kooperationspartnerschaften in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport zur Verfügung. Dies entspricht einem Anstieg von 6,5 % gegenüber dem Vorjahr. Erasmus+ fördert weiterhin die europäischen Werte und setzt verstärkt auf den Zugang für Menschen mit geringeren Chancen. Das Programm soll eine Schlüsselrolle bei der Konzeption eines gemeinsamen europäischen Hochschulabschlusses spielen und darüber hinaus auch die Anerkennung von Lernqualifikationen und die Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen verbessern...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Neue Legislaturperiode: Kommission sowie Präsident des Europäischen Rates im Amt

Am 27. November 2024 [bestätigte](#) das EU-Parlament nach einer Plenar-[Rede](#) von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen die von ihr designierten Kandidatinnen und Kandidaten für das Kollegium der neuen Kommission mit 370 Stimmen; 282 Abgeordnete stimmten dagegen; 36 enthielten sich. Gemäß der Geschäftsordnung war die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Zuvor hatten die Abgeordneten des Parlaments in öffentlichen Anhörungen die Eignung der Kandidatinnen und Kandidaten geprüft (Brüssel Aktuell 20/2024). Nach ihrer Ernennung durch den Europäischen Rat am 1. Dezember 2024 startete die neue Kommission in ihre fünfjährige Amtszeit...

Vertragsverletzungsverfahren: Richtlinien zu Digitalem und zu Sicherheit im Fokus

Die EU-Kommission gab am 28. November 2024 [Entscheidungen](#) bezüglich zwei EU-Richtlinien bekannt, deren Umsetzungsfristen in nationales Recht vor kurzem abliefen und die nach Ansicht der Kommission nicht vollständig umgesetzt wurden. Beide Vorgänge in den Bereichen digitale Wirtschaft sowie Migration, Inneres und Sicherheit betreffen Deutschland und stellen jeweils den ersten Schritt in einem Vertragsverletzungsverfahren dar...

Cybersicherheit: Rat verabschiedet neue Maßnahmen

Am 2. Dezember 2024 verabschiedeten die Mitgliedstaaten im Rat zwei zentrale Elemente des Cybersicherheitspakets: das „[Cybersolidaritätsgesetz](#)“ und eine gezielte [Änderung](#) des Rechtsakts zur Cybersicherheit (CSA). Ziel ist es, die EU besser gegen Cybersicherheitsbedrohungen zu wappnen. Das Cybersolidaritätsgesetz stärkt Kooperationsmechanismen und führt ein Warnsystem mit KI-gestützten Cyber-Knotenpunkten ein. Zudem wird ein Cybernotfallmechanismus eingeführt, der Präventionsmaßnahmen und eine EU-Cybersicherheitsreserve umfasst...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Ausschreibung: European Sustainable Energy Awards 2025

Seit dem 19. November 2024 können [Bewerbungen](#) für die European Sustainable Energy Awards 2025 (EUSEW Awards) der Europäischen Kommission eingereicht werden. Im Rahmen der Europäischen Woche für nachhaltige Energie 2025 ([EUSEW](#)) werden Auszeichnungen in drei Kategorien vergeben: [Innovation](#), [Lokale](#) Energiemaßnahmen und [Frauen](#) in Energie (englischsprachig). Die EUSEW Awards zeichnen Projekte und Personen aus, die die durch Beiträge zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz überzeugen...

In eigener Sache

Veranstaltung: Die historische Entwicklung zur kommunalen Selbstverwaltung

Am 26. November 2024 fand die historische Veranstaltung zum Thema „Die historische Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung und ihre Aufgaben am Beispiel der sozialen Fürsorge“ statt. Seit 2003 wird die historische Veranstaltung jährlich durch das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) in

Zusammenarbeit mit der Bürogemeinschaft der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen abgehalten (zuletzt Brüssel Aktuell 18/2023). Nach der Begrüßung durch Herrn Dr. Klaus Nutzenberger, Direktor des Europabüros des DStGB, sowie Herrn Nicolas Lux, Leiter des Europabüros der bayerischen Kommunen (EBBK), erläuterte Herr Uwe Lübking, Beigeordneter a. D. des DStGB, die historisch gewachsene Rolle der Kommunen im Sozialen...

Veranstaltungshinweis: CERV – Überblick und Aufrufe 2025 für Kommunen

*Am **23. Januar 2025** von 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr findet eine Online-Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) statt. Die [Kontaktstelle](#) CERV Deutschland sowie die Europabüros der baden-württembergischen und bayerischen Kommunen laden zu der gemeinsamen Informationsveranstaltung ein. Im Fokus der Veranstaltung stehen die relevanten Aufrufe für Kommunen im Jahr 2025...*

BRÜSSEL AKTUELL

22/2024

6. bis 20. Dezember 2024

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Vergabe: Konsultation zu Vergaberichtlinien gestartet

Am 13. Dezember 2024 öffnete die EU-Kommission eine öffentliche [Konsultation](#) zur Evaluierung der drei bestehenden Vergaberechtsrichtlinien: Die Richtlinie über die Vergabe von Konzessionsverträgen ([2014/23/EU](#)), die Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe ([2014/24/EU](#)) sowie die Richtlinie über Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste ([2014/25/EU](#)). Bis zum **7. März 2025** können sich Interessenträger wie insb. Behörden für die öffentliche Auftragsvergabe und öffentliche Auftraggeber auf regionaler und lokaler Ebene beteiligen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Energie: Mitgliedstaaten fordern von Kommission Aktionsplan zur Geothermie

Die EU-Mitgliedstaaten haben am 16. Dezember 2024 [Schlussfolgerungen](#) zur Förderung geothermischer Energie angenommen. Geothermie sei eine Schlüsseltechnologie für die Klimaneutralität, da sie die Dekarbonisierung im Energie- und Gebäudesektor vorantreibe und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziere. Trotz ihres Potenzials werde sie jedoch durch hohe Kosten, regulatorische Hürden und Fachkräftemangel behindert. Gefordert werden vereinfachte Genehmigungsverfahren, bessere geologische Daten, Fachkräfteförderung und finanzielle Unterstützung...

Wasser: Richtlinie zum Kommunalen Abwasser im Amtsblatt veröffentlicht

Am 12. Dezember 2024 wurde die Neufassung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser im [Amtsblatt](#) der Europäischen Union veröffentlicht. Nachdem das EU-Parlament die Einigung mit dem Rat der EU (Brüssel Aktuell 2/2024) im April formell angenommen hat, diese Annahme im Oktober vom neu gewählten Parlament im Rahmen des Corrigendum-Verfahrens noch einmal bestätigt sowie im November vom Rat der EU final angenommen wurde, wird die Richtlinie nun zum 1. Januar 2025 wirksam. Bis Ende Juli 2027 muss sie in nationales Recht übertragen werden...

Abfallwirtschaft: Rat verabschiedet Verpackungsverordnung

Am 16. Dezember 2024 [billigten](#) die Mitgliedstaaten im Rat die [Verordnung](#) über Verpackungen und Verpackungsabfälle, nachdem bereits am 24. April 2024 das EU-Parlament sie mehrheitlich in 1. Lesung verabschiedet hatte (Brüssel Aktuell 8/2024). Aufgrund des sog. [Berichtigungsverfahrens](#) (Corrigendum procedure), das vor der Europawahl bei mehreren Gesetzgebungsverfahren zur Anwendung kam, musste das neu gewählte Parlament die Verordnung nach einer sprachlich-juristischen Berichtigung ein weiteres Mal abschließend

bestätigen, bevor der Rat als Ko-Gesetzgeber nun handeln konnte. Ziel der überarbeiteten Verordnung ist es, durch Wiederverwendung und Recycling den Verpackungsmüll zu reduzieren und gleichzeitig die Abhängigkeit von Primärrohstoffen zu vermindern...

Wald I: Rat und Parlament einigen sich auf Verschiebung der Entwaldungsverordnung

Am 3. Dezember 2024 einigten sich die Mitgliedstaaten im Rat und das EU-Parlament auf eine Verschiebung der Umsetzung der neuen EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR, [2023/1115/EU](#)) um ein Jahr auf den 30. Dezember 2025, nachdem die EU-Kommission diese im Oktober 2024 in einem [Vorschlag](#) (englischsprachig) unterbreitet hatte (Brüssel Aktuell 17/2024). Demnach müssten große Unternehmen erst von Ende 2025 an und Klein- und Kleinstunternehmen ab Juni 2026 nachweisen, dass ihre Lieferketten „entwaldungsfrei“ sind und ihre Importe mithin nicht zum Schwund von Ur- und Regenwäldern beitragen...

Wald II: Kommission genehmigt deutsche Beihilfen

Am 10. Dezember 2024 genehmigte die EU-Kommission gemäß der EU-Beihilfavorschriften eine deutsche [Regelung](#) (Pressemitteilung) für klimaangepasste Waldbewirtschaftung im Umfang von 200 Mio. €. Die Kommission bewertete die Regelung als notwendig, verhältnismäßig und geeignet, um nachhaltige forstwirtschaftliche Verfahren zu fördern und Ziele wie den Grünen Deal, die Klimaanpassungsstrategie sowie die Biodiversitäts- und Forststrategie zu unterstützen...

Grüner Deal: Bauprodukte-Verordnung verabschiedet

Am 5. November 2024 hat der Rat die [Verordnung](#) über Bauprodukte angenommen. Diese sieht vor, die EU-Vorschriften für die Vermarktung von Bauprodukten zu harmonisieren sowie das Inverkehrbringen der Produkte zu vereinfachen. Damit soll der Handel im Binnenmarkt erleichtert, die Kreislaufwirtschaft gefördert und der Verwaltungsaufwand vermindert werden. Die Verordnung ermöglicht gleichzeitig die Einführung gemeinsamer europäischer Spezifikationen, wenn der herkömmliche Normungsweg nicht verfügbar ist, und soll sowohl die Marktüberwachung als auch den Verbraucherschutz stärken...

Verkehrssicherheit: Rat legt Verhandlungsposition zum Fahrberechtigungsverlust fest

Der Rat hat am 5. Dezember 2024 seine allgemeine [Ausrichtung](#) zum Vorschlag der EU-Kommission bekanntgegeben, mit dem Einzelheiten im Falle eines Fahrberechtigungsverlustes geregelt werden sollen. Der [Vorschlag](#) der EU-Kommission sieht vor, dass der Ausstellungsmitgliedstaat den Entzug einer Fahrerlaubnis unter bestimmten Bedingungen und im Einklang mit seinen nationalen Rechtsvorschriften umsetzen muss, wenn eine Person ein schwerwiegendes Verkehrsdelikt begangen hat. Der Standpunkt des Rates unterscheidet sich hiervon grundlegend. Anstelle einer unionsweiten Wirkung sollen die Mechanismen der neuen Führerscheintrichtlinie (Brüssel Aktuell 4/2024) genutzt werden, die u. a. Details der gegenseitigen Anerkennung von Führerscheinen regeln soll...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

BRIDGEforEU: Neues Instrument zur Überwindung grenzüberschreitender Hindernisse

Am 16. Dezember 2024 haben das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten im Rat im Rahmen des Trilogs eine vorläufige [Einigung](#) über das neue und freiwillige Instrument BRIDGEforEU erzielt (englischsprachiges [Informationsblatt](#)). Ziel der Verordnung ist es, administrative und rechtliche Hindernisse in Grenzregionen abzubauen, die Bürgerinnen und Bürger sowie wirtschaftliches Wachstum behinderten. BRIDGEforEU wurde ursprünglich schon 2018 von der Kommission [vorgeschlagen](#). Aufgrund der ablehnenden Haltung der Mitgliedstaaten und der Forderung des Parlaments für eine Regelung hat die Kommission den Vorschlag im Jahr 2023 nochmals in geänderter Fassung [vorgeschlagen](#)...

Katastrophenschutz I: Rat und Parlament einigen sich zu RESTORE

Die EU-Kommission hat am 21. Oktober 2024 die Verordnung RESTORE (Regionale Soforthilfe für den Wiederaufbau) [vorgeschlagen](#), um die Mitgliedstaaten flexibler und effizienter bei der Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen zu unterstützen (Brüssel Aktuell 21/2024). Das Parlament hat den Vorschlag am 17. Dezember 2024 [angenommen](#), die Mitgliedstaaten im Rat [folgten](#) am 19. Dezember. Das Ziel ist, durch Anpassungen im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und im Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) zusätzliche Hilfe bereitzustellen und den Wiederaufbau in betroffenen Regionen zu erleichtern. Die jüngsten Naturkatastrophen in Zentral-, Ost- und Südeuropa haben aus Sicht der Kommission massive Schäden verursacht, die umfangreiche Wiederaufbaumaßnahmen erfordern. Neben zerstörter Infrastruktur und Ausrüstung sind auch soziale und wirtschaftliche Konsequenzen zu bewältigen...

Katastrophenschutz II: Rat und Parlament einigen sich auf Änderung im ELER

Die EU-Kommission hat am 21. Oktober 2024 eine Änderung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) [vorgeschlagen](#). Die Mitgliedstaaten sollen dadurch mehr Flexibilität erhalten, um Landwirte, Waldbesitzer sowie Unternehmen, die von Naturkatastrophen betroffen waren, besser zu unterstützen. Das EU-Parlament hat den Vorschlag am 17. Dezember 2024 [angenommen](#), die Mitgliedstaaten im Rat [folgten](#) am 19. Dezember...

Soziales, Bildung und Kultur

Migration I: Schrittweiser Start des neuen digitalen Grenzsystems

Am 4. Dezember 2024 veröffentlichte die EU-Kommission ihren [Vorschlag](#) (englischsprachig), das neue digitale Einreise- und Ausreisensystem ([EES](#), englischsprachig) schrittweise als Grenzsystem in Betrieb zu nehmen. Für die Inbetriebnahme soll den Mitgliedstaaten und assoziierten Schengen-Ländern ein Zeitraum von sechs Monaten eingeräumt werden. Das EES ist ein automatisiertes IT-System zur digitalen Registrierung von Nicht-EU-Bürger:innen, die für einen kurzen Aufenthalt (bis 90 Tage) in den Schengen-Raum reisen...

Migration II: Rechnungshof untersucht Programme zu Asyl, Migration und Integration

Am 3. Dezember 2024 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen [Sonderbericht](#) über die Integration von Drittstaatsangehörige in der EU. Der Hof prüfte, ob die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds ([AMIF](#)) in den Programmzeiträumen 2014–2020 und 2021–2027 effektiv für die Integration von Drittstaatsangehörigen nutzten bzw. nutzen. Der Bericht ergänzt frühere Überprüfungen zur EU-Migrationspolitik und soll Hinweise zur Verbesserung der Umsetzung und Effizienz der geförderten Integrationsmaßnahmen geben sowie die Monitoring-Instrumente stärken...

Migration III: Kommission informiert über Migration als Waffe v. a. durch Russland

Am 11. Dezember 2024 veröffentlichte die EU-Kommission eine [Mitteilung](#) (englischsprachig) sowie eine [Pressemitteilung](#) in deutscher Sprache über Maßnahmen gegen Migration als Waffe, wie sie v. a. von Russland, aber auch von Belarus, gegen die angrenzenden EU-Mitgliedstaaten eingesetzt wird. Der Kommission zufolge stellt diese hybride Bedrohung eine neue Herausforderung für die Sicherheit und territoriale Integrität der betroffenen Länder dar. Im Jahr 2024 stieg bspw. die Zahl von irregulären Einreisen an der polnisch-belarussischen Grenze um 66 % an und 90 % der einreisenden Drittstaatsangehörigen verfügten über ein russisches Visum...

Gesundheit: Sonderbericht zur Digitalisierung des Gesundheitswesens

Der Europäische Rechnungshof ([EuRH](#)) veröffentlichte am 20. November 2024 einen [Sonderbericht](#) über die Digitalisierung des Gesundheitswesens, deren Notwendigkeit während der Coronavirus-Pandemie besonders deutlich wurde. Geprüft wurde die Wirksamkeit der Maßnahmen der EU-Kommission zur Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei der Digitalisierung ihrer Gesundheitssysteme...

Digitales I: Rat der EU bezieht Stellung zum Weißbuch über digitale Infrastruktur

Die Mitgliedstaaten im Rat haben am 6. Dezember 2024 [Schlussfolgerungen](#) (englischsprachig) zum Weißbuch über die digitale Infrastruktur angenommen. Das [Weißbuch](#) analysiert u. a. die Herausforderungen beim Breitbandausbau und schlägt Strategien zur Förderung eines digitalen Binnenmarkts vor. Die Mitgliedstaaten haben die Vorschläge der Kommission allerdings kritisch bewertet und mehrere Forderungen gestellt, u. a.: Faktenbasierte Maßnahmen: Die EU-Kommission wird aufgefordert, künftige Initiativen gründlicher zu analysieren und auf solide Daten zu stützen;...

Digitales II: Mitgliedstaaten wollen Cybersicherheitsagentur ENISA stärken

Die Mitgliedstaaten im Rat haben am 6. Dezember 2024 [Schlussfolgerungen](#) (englischsprachig) zur EU-Agentur für Cybersicherheit ([ENISA](#), englischsprachig) angenommen. Darin unterstreichen sie die zentrale Bedeutung der ENISA, die sich in den vergangenen zwanzig Jahren als unverzichtbarer Bestandteil des europäischen Cybersicherheitsökosystems etabliert habe. Die Mitgliedstaaten erkennen in ihrem Text an, dass die jüngsten Gesetzgebungsinitiativen, wie der Rechtsakt zur Cybersicherheit und die überarbeitete NIS-2-Richtlinie, die Aufgaben der ENISA erheblich erweitert haben. Diese Entwicklung spiegele die wachsenden Herausforderungen und die zunehmende Komplexität der Cyberbedrohungen wider...

Digitales III: ENISA veröffentlicht Bericht zur Lage der Cybersicherheit in der EU

Die EU-Agentur für Cybersicherheit (ENISA; diese Ausgabe) hat ihren ersten [Bericht](#) zum Stand der Cybersicherheit in der EU veröffentlicht. Der Bericht bietet eine umfassende Übersicht über den aktuellen Reifegrad der Cybersicherheit in Europa sowie über die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten. Zudem enthält er politische Empfehlungen, um Schwachstellen zu adressieren und die Sicherheit in der EU zu verbessern. Der Bericht zeigt, dass trotz gesteigener Sensibilisierung der Bürger:innen und fortschrittlicher digitaler Fähigkeiten bei jüngeren Generationen große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen, etwa bei der Verfügbarkeit von Bildungsprogrammen. Die Cyberrisiken auf EU-Ebene bleiben hoch, und kritische Sektoren weisen aufgrund ihrer Heterogenität Herausforderungen bei der Umsetzung einheitlicher Sicherheitsstandards auf...

Bürgerbeauftragte: Parlament wählt Portugiesin Teresa Anjinho

Am 17. Dezember 2024 [wählte](#) (englischsprachig) das EU-Parlament in einer Plenarsitzung eine neue Europäische Bürgerbeauftragte. Zuvor stellten sich sechs zur Wahl stehende Kandidat:innen aus fünf Mitgliedstaaten in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses (PETI) vor. Die Wahl fiel mit 344 Stimmen auf die Portugiesin Teresa Anjinho. Sie war zuvor Mitglied des Überwachungsausschusses des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), sowie stellv. Bürgerbeauftragte Portugals...

Schengen: Landgrenzkontrollen mit Bulgarien und Rumänien entfallen

Gemäß einem [Beschluss](#) des Rates vom 10. Dezember 2024 werden die Personenkontrollen an den Landbinnengrenzen zu und zwischen Bulgarien und Rumänien ab dem 1. Januar 2025 aufgehoben. Damit treten die beiden Länder vollständig dem Schengen-Raum bei, dem weltweit größten Gebiet des freien Personenverkehrs mit derzeit 29 Mitgliedsländern und über 420 Mio. Menschen...

Horizont Europa: 188,6 Mio. € für nachhaltige Energieversorgung und Energienutzung

Die EU-Kommission hat zwei weitere [Aufrufe](#) (englischsprachig) innerhalb des Clusters 5 des Horizont Europa Arbeitsprogramms gestartet. Das zentrale Ziel dieses Clusters ist es, den grünen und digitalen Wandel zu beschleunigen und die daraus resultierende Transformation von Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft zu fördern. Damit soll ein Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele geleistet und die Widerstandsfähigkeit der Energieversorgung gestärkt werden. Für die beiden Aufrufe ist insgesamt eine Fördersumme von 188,6 Mio. € vorgesehen...

Auszeichnung: Heilbronn auf Platz 2 bei Green Capital Award

Die EU-Kommission verkündete am 27. November 2024 in Valencia, der diesjährigen Titelträgerin, dass Heilbronn den zweiten Platz im Wettbewerb „[Europäische Grüne Hauptstadt 2026](#)“ (englischsprachig) erreicht hat. Den Sieg errang die portugiesische Stadt Guimarães. Die Gewinnerstadt erhält ein Preisgeld in Höhe von 600.000 € für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit. Bei dem jährlichen Wettbewerb können sich Städte mit mehr als 100.000 Einwohner:innen bewerben...

CERV: Neue Ausschreibung zu Städte-Netzwerken

Die EU-Kommission öffnete für den 17. Dezember 2024 die [Ausschreibung](#) „Network of Towns“ (englischsprachig) des [CERV Programms](#). Die Ausschreibung konzentriert sich auf den Austausch zwischen Bürger:innen unterschiedlicher Länder, insbesondere durch Städtepartnerschaften. Ziel ist es, den Bürger:innen praktische Einblicke in die Vielfalt des gemeinsamen Europas zu ermöglichen und ihr Bewusstsein dafür zu stärken. Zudem sollen nachhaltige Städte-Netzwerke aufgebaut, ihre Zusammenarbeit intensiviert und ihre langfristige Vision für die europäische Integration entwickelt werden...

In eigener Sache

Veranstaltungshinweis: CERV – Überblick und Aufrufe 2025 für Kommunen

Am **23. Januar 2025** von 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr findet eine Online-Informationsveranstaltung zum EU-Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) statt. Die [Kontaktstelle](#) CERV Deutschland sowie die Europabüros der baden-württembergischen und bayerischen Kommunen laden zu der gemeinsamen Informationsveranstaltung ein. Im Fokus der Veranstaltung stehen die relevanten Aufrufe für Kommunen im Jahr 2025...

Weihnachtspause: Rückblick auf das zweite Halbjahr 2024 aus kommunaler Sicht

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe von Brüssel Aktuell ist die letzte vor der Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe (Brüssel Aktuell 1/2025) erscheint am **17. Januar 2025**.

Das zweite Halbjahr 2024 unter ungarischem Ratsvorsitz (Brüssel Aktuell 13/2024) war insbesondere durch die Bildung des neuen Kommissions-Kollegiums sowie weiterer Personalfragen geprägt. Über die Anhörungen zur Eignungsprüfung der damals designierten Kandidat:innen durch das EU-Parlament sowie deren Bestätigung berichteten wir ausführlich in Brüssel Aktuell 16/2024, 17/2024 sowie 20/2024 und 21/2024.

Inhaltlich prägte die Agenda die letzten Monate insbesondere die künftige Schwerpunktsetzung der neuen EU-Kommission, die sich bereits u. a. in den Mandatsschreiben der neuen EU-Kommissar:innen (Brüssel Aktuell 16/2024) zeigt. Hervorzuheben sind dabei v. a. die Diskussionen zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang berichteten wir über den Draghi-Report, der umfassende Reformen fordert (Brüssel Aktuell 15/2024) sowie zur Konsultation der Vergaberechtsrichtlinien (diese Ausgabe).

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Berichterstattung lag auf dem Fortgang der aus der letzten Legislatur anhängigen Rechtsakte v. a. aus dem „Fit für 55“-Paket wie der Kommunalabwasserrichtlinie (diese Ausgabe) und der Luftqualitätsrichtlinie (Brüssel Aktuell 20/2024), die beide nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurden. Weiter trat das Naturwiederherstellungsgesetz in Kraft (Brüssel Aktuell 15/2024) und die Frist zur Umsetzung der neuen EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten wurde verlängert (diese Ausgabe). Ebenfalls gab es Diskussionen zur Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfs, die letztendlich beschlossen wurde (Brüssel Aktuell 15,16, 21/2024). Auch die neuesten Entwicklungen im Bereich Digitalisierung waren Thema in unserem Newsletter, wie z. B. der Vorschlag zur Digitalisierung von Reisepässen und Personalausweisen (Brüssel Aktuell 18/2024). Zu einigen Aufrufen aktueller Fördermöglichkeiten wie vom Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV, Brüssel Aktuell 20/2024) wurden in unserem Newsletter ebenso berichtet wie zu neuen Entwicklungen bei Migration wie dem Rückgang irregulärer Grenzübertritte und stabiler Asylzahlen (Brüssel Aktuell 16/2024). Auch das kommunalrelevante Thema der Subsidiarität war Bestandteil der Berichterstattung, wie der Bericht zur Lage der Regionen und Städte 2024 des Ausschusses der Regionen (Brüssel Aktuell 19/2024) sowie der Jahresbericht 2023 der Kommission zu Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

Ein besonderes Highlight war das 25-jährige [Jubiläum](#) des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen, das am 5. November 2024 gebührend in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel gefeiert wurde (Brüssel Aktuell 19/2024). Über 100 Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Verbänden waren der Einladung von Landkreistag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg und Gemeindetag Baden-Württemberg gefolgt und haben am Festakt inkl. Podiumsdiskussion und Vorstellung des neuen Info-Videos zur Europaarbeit teilgenommen. In Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund fand ferner eine Veranstaltung mit dem Thema der historischen Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung und ihre Aufgaben am Beispiel der sozialen Fürsorge statt (Brüssel Aktuell 21/2024). Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – lud die Bürogemeinschaft ebenfalls zur Online-Veranstaltung „Die Rolle der Kommunen im europäischen Beihilferecht“ ein (Brüssel Aktuell 18/2024).

Auch das erste Halbjahr 2025 unter polnischem Ratsvorsitz wird weiter von den inhaltlichen Prioritäten der neuen EU-Kommission geprägt sein. Dementsprechend wird das neue Arbeitsprogramm der EU-Kommission Anfang des nächsten Jahres mit Spannung erwartet.

Wir bedanken uns herzlich bei unseren treuen Leserinnen und Lesern. Die Bürogemeinschaft freut sich darauf, Sie auch nach der Weihnachtspause wieder mit kommunalrelevanten Informationen aus Brüssel auf dem Laufenden zu halten.

Frohe und besinnliche Festtage sowie einen guten Start ins Jahr 2025 wünscht Ihnen das gesamte Team der Bürogemeinschaft der bayerischen und baden-württembergischen kommunalen Europabüros!

Patrick Wegener (PW), Christine Ressler (CR), Jan Molzberger (JM), Marilena Leupold (LM), Marleen Lorenz (MZ), Nicolas Lux (NL) und Nancy Petignot